Donnerstag, 13. September 1984 - D ***

Axel Springer Verlag AG. Postf. 10 08 64, 4300 Essen 1. Tel. 0 20 54 / 10 11
Wichtige Telefon-Nummern der WELT: Zentralredaktion Bonn (02 28) 304-1 / Anzeigenannahme Kettwig (0 20 54) 10 15 24 / Vertriebsabteilung Hamburg (040) 347-1 – Pflichtblatt an allen deutschen Wertpapierbörsen

DIE WELT

UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Nr. 215 - 37. W. - Preis 1,20 DM - 1 H 7109 A

Belgien 36,00 bfr, Dänemark 8,00 dkr, Frankreich 6,50 F, Griechenland 100 Dr, Großbritannien 65 p, Italien 1300 L, Jugoslawien 140,00 Din, Luxemburg 28,00 lfr, Niederlande 2,00 hfl, Norwegen 7,50 nkr, Österreich 12 öS, Portugal 100 Esc, Schweden 6,50 skr, Schweiz 1,80 sfr, Spanien 125 Pts, Kanarische Inseln 150 Pts.

TAGESSCHAU

POLITIK

Israel: Neue Streitigkeiten zwischen Arbeiterpartei und Likud-Block haben die Bildung einer Großen Koalition wieder in Frage gestellt. Die für gestern angesetzte Vertrauensabstimmung im Parlament mußte verschoben werden. Wieder aktuell ist die Bildung einer Kleinen Koalition unter Führung der Arbeiterpartei geworden. Die Knesset wählte Schlomo Hillel von der Arbeiterpartei zu ihrem Präsidenten. (S. 12)

Jugoslawien: Belgrad hat Hoffnungen der Kirche auf einen baldigen Besuch des Papstes gedämpft. Er werde erst stattfinden können, wenn beide Seiten darin übereinstimmten, daß die Voraussetzungen erfüllt seien.

Streik in Estland: Rund 400 an der Hafenerweiterung in Reval in der Sowjetrepublik Estland beteiligte finnische Arbeiter sind in einen zweitägigen Streik für mehr Lohn getreten.

Nach Madrid: Der frühere Chef der salvadorianischen Finanzpolizei, Oberst Carranza, dessen Ernennung zum Militärattaché in Bonn auf Widerspruch der Bundesregierung stieß, wird jetzt Militärattaché in Madrid.

Iran: Der im August an einem Mißtrauensvotum im Parlament gescheiterte Industrieminister Mostafa Haschemi hat in Frankreich um politisches Asyl gebeten.

Chile: Wegen der blutigen Zusammenstöße zwischen Polizei und Demonstranten in Chile rief Belgien seinen Geschäftsträger in Santiago zur Berichterstattung zurück. Staatschef Pinochet erklärte, er werde ungeachtet der Proteste gegen seine Regierung bis 1989 an der Macht bleiben.

Nordsee: Schleswig-Holsteins Ministerpräsident Barschel (CDU) hat die Teilnehmerländer an der für Ende Oktober geplanten Nordseeschutzkonferenz aufgefordert, die Nordsee zu einem Sondergebiet zu erklären, um eine weitere Verschmutzung zu verhindern.

Solidarisch: Die SPD veröffentlicht in internen Rundschreiben einen Spendenaufruf zur Unterstützung der „Friedensbewegung". Genossen, die die Ziele der Protestierer unterstützen, sollten auch zur Finanzierung beitragen.

Asyl: Die USA wollen sich für die Freilassung von 10 000 politischen Häftlingen in Vietnam einsetzen. Sie sollen politisches Asyl in Amerika erhalten.

Südafrika: Nach den schweren Unruhen in den Schwarzenvorstädten sind seit gestern Protestversammlungen in weiten Teilen des Landes verboten.

Heute: Der neue Staatssekretär im US-Außenministerium, Armacost, in Bonn.

ZITAT DES TAGES



» Der Kollege Apel ist bereits in die Finanzgeschichte der Bundesrepublik Deutschland als der fröhlichste, aber auch schlimmste Schuldenmacher der Nachkriegszeit eingegangen «

Bundesfinanzminister Gerhard Stoltenberg (CDU) in der Haushaltsdebatte über den ehemaligen Finanzminister Hans Apel (SPD) FOTO: RICHARD SCHULZE-VORBERG

WIRTSCHAFT

Weltwirtschaft: Die Erholung ist in jüngster Zeit rascher fortgeschritten als erwartet, stellt der Internationale Währungsfonds fest. 1984 könne die globale Wachstumsrate preisbereinigt sogar vier Prozent erreichen. (S. 13)

Arbeitsmarkt: Die Zahl der sozialversicherungspflichtigen Beschäftigten im Bundesgebiet und Berlin ging seit 1974 um 3,2 Prozent – das sind 668 000 – zurück.

Außenhandel: Trotz der streikbedingten Produktionsausfälle bahnt sich nach Einschätzung des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung für dieses Jahr ein neuer Exportrekord an. (S. 13)

Frankreich: Die Pariser Regierung will die Verwaltungsausgaben im Haushalt '85 um nominal zwei Prozent reduzieren und 5300 Beamtenstellen streichen. (S. 13)

Börse: An den Aktienmärkten bewegten sich die Kurse nach oben. Bei Nixdorf, Porsche und Allianz gab es Sonderbewegungen. Der Rentenmarkt war freundlich. WELT-Aktienindex 148,3 (147,0), Dollarmittelkurs 2,9923 (3,0048) Mark. Goldpreis pro Feinunze 339,25 (340,30) Dollar.

KULTUR

Literatur: *Als unermüdlicher Multiplikator der Untergrund-Literatur seiner Heimat hat sich der in der Bundesrepublik im Exil lebende tschechoslowakische Schriftsteller Jiři Gruša hervorgetan. Soeben brachte er die ersten beiden Bände einer neuen Lyrik-Reihe heraus. (S. 19)*

Theater: *Boy Gobert, derzeitiger Generalintendant der Staatlichen Bühnen Berlins, übernimmt am 1. September 1986 die Direktion des Wiener Theaters in der Josefstadt. Gobert hatte am Dienstag ein Angebot abgelehnt, die Leitung des Bayerischen Staatsschauspiels in München zu übernehmen.*

SPORT

Fernsehen: Der Vertrag zwischen dem Deutschen Sportbund und ARD/ZDF läuft aus. Sportbund-Präsident Weyer will bei einer Verlängerung die Erhöhung des Honorars von drei auf sechs Millionen Mark jährlich erreichen.

Galopp: Im sowjetischen Aufgebot für den Preis von Europa in Köln fehlt Star-Trainer Nikolai Nassibow, der den Preis als Jokkey schon dreimal gewonnen hat. Nassibow soll beim Schmuggel von Kaviar erwischt worden sein.

AUS ALLER WELT

Spektakulärer Erfolg: Die Olympischen Sommerspiele in Los Angeles, die ersten rein privatwirtschaftlich veranstalteten Spiele, erbrachten einen Reingewinn von voraussichtlich 150 Millionen Dollar. Ein Teil des Gewinns soll an Entwicklungsländer vergeben werden. (S. 10)

Berliner Ärzteprozeß: Wegen Vergewaltigung und sexueller Nötigung einer Kollegin sind die beiden angeklagten Frauenärzte zu je 27 Monaten Haft verurteilt worden. (S. 20)

Wetter: Wechselnd bewölkt, kaum Regen. 14 bis 19 Grad.

Außerdem lesen Sie in dieser Ausgabe:

Kohl fragt Brandt nach dem Inhalt der „Gemeinsamkeit"

Im Bundestag lehnt der Kanzler die Geraer Forderungen Honeckers ab

MANFRED SCHELL, Bonn

Zentrale Fragen nach den Fundamenten und Perspektiven der Deutschlandpolitik vor dem Hintergrund des abgesagten Honecker-Besuchs haben gestern die Debattenbeiträge von Bundeskanzler Helmut Kohl und dem SPD-Vorsitzenden Willy Brandt vor dem Bundestag bestimmt. Kohl warf die Frage auf, welche Basis der von Brandt bekräftigten Gemeinsamkeit in der Deutschlandpolitikk zugrunde gelegt werden solle.

Wenn damit ein Entgegenkommen gegenüber den Geraer Forderungen Honeckers – eigene Staatsbürgerschaft, Botschafteraustausch, Veränderung des Elbe-Grenzverlaufs und Auflösung der Erfassungsstelle in Salzgitter – gemeint sei, dann werde es diese Gemeinsamkeit nicht geben. Der Kanzler antwortete damit auf Brandt, der die Frage gestellt hatte, ob die „Substanz" des im Dezember 1981 von Kanzler Schmidt und Honecker am Werbellinsee abgefaßten Kommuniqués für die Bundesregierung „unbestritten" sei. Es gehe um „Inhalte, nicht um Rhetorik", hatte Brandt gemeint. In dieser damaligen Erklärung hatte Schmidt „Bemühungen um die Klärung noch offener Fragen des Grenzverlaufs", womit die Elbe gemeint gewesen war, zugesagt.

Schärfe kam in die Debatte, als es um die Haltung von Teilen der SPD zu der von Moskau inszenierten „Revanchismus"-Kampagne ging. Brandt hatte zwar erklärt, die SPD „weise diese Kampagne zurück", aber zugleich relativierend angefügt, dort wo sie „allgemein" gegen die Bundesrepublik Deutschland oder „pauschal" gegen die Bundesregierung gerichtet werde. Es handele sich dabei um das „peinliche Aufwärmen" antideutscher Stimmungen.

Mit Blick auf Polen hatte Brandt hinzugefügt, es wäre für die dort lebenden Deutschen nicht gut, an der Oder-Neiße-Grenze „auch nur verbal herumzumachen". Der Bundeskanzler erwiderte: „Es gibt in der Bundesrepublik Deutschland keinen Revanchismus". In den zurückliegenden Wochen hätten SPD-Politiker die „gleichen Formulierungen" benutzt wie jene im Ostblock, die „unsere Politik verleumden wollen", womit er

SEITE 4:
Auszug aus der Rede

vor allem Stellungnahmen zu seiner Rede vor den Vertriebenen in Braunschweig meinte. Er, Kohl, halte es für „völlig normal", dort als Kanzler zu sprechen.

An die Adresse von Brandt gerichtet sagte Kohl, wenn der Brief zur deutschen Einheit auch aus der Sicht der SPD weiterhin gelte, dann werde man in diesen Fragen" rasch zueinander finden". Bonn jedenfalls sei ein „vertragstreuer Partner". Dies erwarte er auch von den anderen und es könne nicht akzeptiert werden, daß zehn Jahre nach dem Vertragsabschluß in die Texte „Interpretationen hineingelegt werden".

Die „gesamtpolitischen Umstände" seien, so Kohl, ausschlaggebend für die Besuchsverschiebungen von Honecker und Schiwkow gewesen. „Niemand kann übersehen, daß es sich hier um Zusammenhänge und Wechselwirkungen handelt, die vor allem ihren Ursprung in der internen Situation der Beziehungen des Warschauer Paktes zueinander haben". Die Begründung für die Absage Honeckers könne er deshalb nicht akzeptieren.

Brandt widersprach dieser Darlegung nicht ausdrücklich, aber er kritisierte „Geschwätzigkeit" und ein „zügelloses Durcheinander" in Bonn im Vorfeld des geplanten Besuchs. Diese hätten von „welchem Staatsgast auch immer" als „Zumutung" empfunden werden müssen.

Widerspruch im Plenum erntete Brandt, als er die Aussage des SPD-Politikers Apel als „zutreffend" bezeichnete, wonach die deutsche Frage „nicht einfach offen" sei. Brandt sprach auch von „veränderten Fakten" in der Weltpolitik seit der Nachrüstung und er rechtfertigte die Teilnahme der SPD an den Protesten der „Friedensbewegung" in diesem Herbst, vorausgesetzt es handele sich um „gewaltfreie Manifestationen".

Kohl hielt ihm entgegen, man werde sehen, zu „welchen Ergebnissen" dieser Weg der SPD führe. Die Haltung Bonns zur Nachrüstung habe er im Juli 1983 direkt der sowjetischen Führung erläutert. „Wenn die sowjetische Führung damals Illusionen gehabt haben sollte, dann deshalb, weil sie die Durchsetzungskraft von Gegnern des NATO-Doppelbeschlusses falsch eingeschätzt hat".

DER KOMMENTAR

Das Duell

HERBERT KREMP

Mit der Jovialität eines Bulldozers fuhr Bundeskanzler Kohl am ersten Tag der Bundestagsdebatte über die sozialdemokratische Opposition hinweg. Das Duell zwischen dem Regierungschef und Willy Brandt wirkte ungleich. Der SPD-Vorsitzende, in dem seine Partei auch heute noch den Vordenker und Propheten neuer Hoffnungen erblickt, blies nicht zum Angriff, sondern zum Rückzug. Dies geschah in der Form verhüllter, zweideutiger Formulierungen in der Deutschland-, Ost- und Sicherheitspolitik. Ein bißchen Rechthaberei *galt* seiner Prognose, daß der Nachrüstungs-Winter nun doch noch ausgebrochen sei. Brandt benutzte sogar das Wort „Kalter Krieg". Ein Hauch von Pessimismus und Resignation umgab seine Worte.

Gibt es zwischen den beiden großen Parteien noch Gemeinsamkeit in der nationalen Frage, oder hat Moskaus Politik der Absagen das mühsam gedeckte Tischtuch wieder zerschnitten? Brandt versuchte, die Gemeinsamkeit zu behaupten, machte aber unter dem Oberbegriff Untertschiede geltend. Er wies den groben Vorwurf des Revanchismus zurück – um die Deutung eines Revanchismus von Minderheiten da und dort offenzulassen. Er interpretierte Hans Apels Wort, die deutsche Frage sei nicht mehr „offen", so kunstvoll, daß dem Berliner Kandidaten in der Abgeordnetenbank sichtlich die Spukke wegblieb. Er erwähnte die Entscheidung der SPD für die NATO und die Europäischen Verträge, um sogleich die Begriffe Entspannung und Abrüstung in die Nähe der Friedensbewegung zu verschieben.

Der Bundeskanzler setzte gegen den ziselierten Verbalismus Brandts eine körnige, prasselnde Klarheit. Er ließ dem Kollegen Parteivorsitzenden nichts durch, er verwandelte jede Andeutung seines Vorredners in die Deutung, die dieser zweifellos im Sinn hatte. Eine Oppositionspartei *muß* keine Regierungserklärung vorlegen. Aber die Sozialdemokraten verfügen im Augenblick nicht einmal über ein Konzept, mit dem sie sich geschlossen identifizieren könnten. Die Meinungsverschiedenheiten vor allem über die Identifizierung mit der Friedensbewegung sind so groß, daß sich der Vorsitzende öffentlich in der Kunst des Zwiedenkens üben muß.

Die Debatte lieferte am ersten Tag positive „Eckwerte" für die Regierung, negative für die Opposition. Der Kanzler, der weit ausholte, zeigte auch in der Wirtschafts- und Innenpolitik ungehemmten Optimismus. Er repräsentiert damit ein Grundgefühl, das seine Kritiker als Unbedarftheit belächeln, das aber in der Breite des Volkes auf Anerkennung und Zustimmung stößt.

Ost-Manöver: Bukarest contra Prag

cgs./DW. Wien

Die Meldung der offiziellen Prager Nachrichtenagentur CTK vom Montagabend, in der wiederum von einer Beteiligung rumänischer „Einheiten" an den Warschauer-Pakt-Manövern in der CSSR die Rede war, hat zu einem im Ostblock ungewöhnlichen Vorgang geführt: Bukarest bezeichnete die Darstellung des kommunistischen Verbündeten schlicht als falsch. Im Gespräch mit der WELT bekräftigte ein Sprecher der rumänischen Botschaft in Wien den offiziellen Bukarester Standpunkt, wonach lediglich eine Gruppe von Stabsoffizieren, nicht aber Truppen- oder Kampfeinheiten an den Manövern auf dem Territorium der Tschechoslowakei teilnehmen.

Rumänische Truppen dürften die Grenzen ihres Landes nicht ohne Beschluß der Großen Nationalversammlung verlassen. Ein solcher Beschluß, der die Form eines Gesetzes haben müsse, liege aber nicht vor. Schon deshalb könne von einer Beteiligung rumänischer Truppen an Manövern außerhalb der Grenzen des Landes keine Rede sein.

In osteuropäischen politischen Kreisen verfolgt man den um das Manöver „Schild 84" entstandenen „Desinformations- und Dementikrieg" zwischen der Tschechoslowakei einerseits und Rumänien andererseits mit wachsendem Interesse.

Bereits am Wochenende hatte das CSSR-Fernsehen verbreitet, daß sich angeblich rumänische Truppen am Pakt-Manöver beteiligten. Diese Darstellung war von offizieller Bukarester Seite sofort kategorisch dementiert worden. Jetzt hat Prag einen zweiten Versuch unternommen, eine Beteiligung rumänischer Truppen und damit eine in Wirklichkeit nicht existierende „Einheit" und Blockdisziplin innerhalb des Warschauer Pakts vorzutäuschen.

Konsolidierung des Etats ohne neue Opfer der Bürger

Stoltenberg zieht positive Bilanz / Neuverschuldung begrenzt

HANS-J. MAHNKE, Bonn

Die Bundesregierung will den Konsolidierungskurs in der Finanzpolitik unbeirrt fortsetzen. Weitere gesetzliche Leistungen müssen dafür jedoch nicht gekürzt werden. Darauf wiesen gestern im Bundestag die Redner der Koalition hin. Nach Ansicht der Opposition darf die Sanierung der Staatsfinanzen kein Selbstzweck sein, sie müsse sich an der wirtschaftlichen Lage orientieren. Die SPD forderte neue Ausgabenprogramme vor allem zum Abbau der Arbeitslosigkeit, die Grünen präsentierten einen umfassenden Forderungskatalog für den Umweltschutz.

Bundesfinanzminister Gerhard Stoltenberg verwies zu Beginn der Debatte in seiner Einbringungsrede zum Etatentwurf 1985 und der neuen mittelfristigen Finanzplanung darauf, daß im nächsten Jahr die Neuverschuldung des Bundes auf höchstens 24 Milliarden Mark begrenzt werde. Ausschlaggebend für diesen raschen Konsolidierungsfortschritt – 1982 habe die Nettokreditaufnahme noch mehr als 37 Milliarden Mark betragen – sei die Begrenzung des Ausgabenzuwachses. Der Etat 1985 sehe bei einem Volumen von 260,2 Milliarden Mark auch nur eine Steigerung gegenüber dem Ansatz dieses Jahres von 1,2 Prozent vor.

„Konsolidierungspolitik ist im Ergebnis Stabilitätspolitik", betonte Stoltenberg. Die entscheidendste Veränderung der letzten zwei Jahre sei der nachhaltige Rückgang der Inflationsrate von 5,4 Prozent im Sommer 1982 auf gegenwärtig 1,7 Prozent. Stoltenberg: „Stabilitätspolitik ist soziale Politik. Es waren vor allem die sozial schwächeren Mitbürger, die in früheren Jahren unter der Last rasch steigender Preise litten, unter der fehlenden Abstimmung in Finanz- und Währungspolitik, den schlimmen Folgen einer maßlosen Schuldenmacherei." In den vergangenen Jahren hätten gesetzliche Leistungen gekürzt werden müssen, um Fehlentwicklungen der Vergangenheit zu korrigieren. „Jetzt schaffen wir die notwendigen weiteren Konsolidierungsfortschritte ohne erneute gesetzliche Eingriffe, weil die bisherigen Entscheidungen als dauerhafte Entlastung weiter wirken." Die mehr als zwei Millionen Arbeitslosen seien eine nachdrückliche Aufforderung, die Leistungs- und Wettbewerbsfähigkeit der Volkswirtschaft weiter zu verstärken.

Die Gesundung der Staatsfinanzen sei daher von Anfang an mehr als nur eine finanzwirtschaftliche Aufgabe gewesen. „Sie ist maßgeblicher Teil einer langfristigen Strategie der marktwirtschaftlichen Erneuerung für mehr Arbeitsplätze, Wachstum, Stabilität und Freiheit des Einzelnen", betonte Stoltenberg.

Da die Verbesserung der allgemeinen Wirtschaftslage nur zeitlich verzögert auf den Arbeitsmarkt wirke, habe die Bundesregierung zusätzliche Initiativen beschlossen. Der Finanzminister erinnerte an das Vorruhestandsgesetz, an das Gesetz zur Förderung der freiwilligen Rückkehr von Ausländern, an Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen und an Maßnahmen zur Verbesserung der Ausbildungssituation für Jugendliche. Der finanzpolitische Handlungsspielraum solle zur Entlastung der Familien und zur allgemeinen Verbesserung des Steuertarifs genutzt werden. In einem Gesetz sollen die Einkommen- und Lohnsteuer in zwei Stufen 1986 und 1988 um insgesamt 20,2 Milliarden gesenkt werden. Weiterer Handlungsspielraum könne nur gewonnen werden, wenn der bedrohliche Anstieg der Zinsausgaben, die zwischen 1969 und 1984 von 2,2 auf 28,7 Milliarden gestiegen sind, abgebremst werde.

● Fortsetzung Seite 12

Reagan erlaubt Moskau höhere Getreidekäufe

DW. Washington

US-Präsident Reagan hat der Sowjetunion eingeräumt, bis zu 22 Millionen Tonnen Getreide in den USA zu kaufen. Das bestehende Fünfjahresabkommen sah bislang eine Obergrenze von zwölf Millionen Tonnen vor. Die Ankündigung folgte nur wenige Stunden auf die Bestätigung Reagans, daß der sowjetische Außenminister Gromyko eine Einladung zu einem Gespräch am 28. September in Washington angenommen habe.

Die UdSSR hatte bereits im – am 30. September zu Ende gehenden – ersten Jahr des Abkommens bei amerikanischen Farmern rund 14,3 Millionen Tonnen Getreide gekauft und damit die vereinbarte Mindestmenge von neun Millionen Tonnen und auch die Obergrenze von zwölf Millionen überschritten. Sowjetische Getreidekäufe, die auf das zweite Jahr angerechnet werden, beliefen sich bisher auf rund neun Millionen Tonnen.

Auf einer eilig einberufenen Pressekonferenz sagte Reagan, es sei wichtig, die Anwesenheit Gromykos in den USA dazu zu nutzen, über eine Palette von Fragen von internationaler Bedeutung zu sprechen. Eine seiner „höchsten Prioritäten" werde es sein, das Rüstungsniveau zu verringern und „unsere Arbeitsbeziehung" zu der Sowjetunion zu verbessern.

Der Präsident wies Vermutungen zurück, daß die Begegnung mit Gromyko angesichts der Kritik seines Herausforderers Walter Mondale über mangelnde persönliche Kontakte zu führenden Sowjetpolitikern ein Trick sei. Reagan: Die USA hätten mehrfach solche Treffen vorgeschlagen.

Moskau lehnt Einladung zu Manöver ab

rmc. Bonn

Die Sowjetunion wird zu den derzeitigen Bundeswehr-Manövern keine Beobachter entsenden. In der Bundesregierung hieß es, Moskau habe eine Einladung ohne Begründung nicht angenommen. Auch 1981 hatten sich die Sowjets so verhalten. Seinerzeit hatten sie noch zur Begründung erklärt, die Bonner Einladungspraxis entspreche nicht der KSZE-Schlußakte. In den beiden folgenden Jahren waren sowjetische Manöverbeobachter jedoch wieder dabei, obwohl Bonn seine Form der Einladung in keiner Weise geändert hatte.

In informierten Bonner Kreisen hieß es dazu, die Sowjetunion bleibe mit dieser Absage auf ihrer generellen Linie, wegen der Stationierung der Mittelstreckenwaffen der NATO auf deutschem Boden die Kontakte zu Bonn auf ein Mindestmaß zu beschränken. Solange die Genfer Verhandlungen über die Begrenzung der Atomwaffen mittlerer Reichweite von Moskau blockiert seien, passe es aus sowjetischer Sicht, auch bei der Frage einer verbesserten militärischen Vertrauensbildung ablehnend zu erscheinen. Ob andere Staaten des Warschauer Pakts Beobachter zu den drei großen Manövern der NATO-Landstreitkräfte in der Bundesrepublik Deutschland entsenden, ist noch offen. Polen und Ungarn haben seit Existenz der KSZE-Schlußakte von 1975 noch nie Manöverbeobachter entsandt. Sie sagen, sie hätten keine Militärattachés in ihren Botschaften in Bonn akkreditiert. Ob die CSSR Beobachter entsendet, ist bislang unbekannt.

Richter: Warnstreiks sind zulässig

Gesamtmetall äußert schwere Bedenken gegen die Entscheidung / Nach Karlsruhe?

DW. Kassel

Warnstreiks, wie sie von der IG Metall während der Tarifverhandlungen als Teil ihrer Strategie der „neuen Beweglichkeit" praktiziert wurden, sind vom Bundesarbeitsgericht für zulässig erklärt worden. Das Gericht in Kassel wies in letzter Instanz die Anträge mehrerer Metall-Arbeitgeberverbände sowie einiger Einzelunternehmen, Warnstreiks verbieten zu lassen, ab.

Die Zurückweisung der Klagen der einzelnen Arbeitgeber gegen die 1981 in großem Umfang organisierten Warnstreiks begründeten die Richter mit fehlendem rechtlichen Interesse. Bei den Streiks handele es sich um in der Vergangenheit liegende Vorgänge, aus denen für die Parteien keine Rechtsbeziehungen mehr hergeleitet werden könnten. Den Antrag, Warnstreiks vor dem Scheitern von Tarifverhandlungen für unzulässig zu erklären, bezeichnete das Gericht als unbegründet. Ein Arbeitgeberverband habe keinen gesetzlichen Anspruch gegen seinen tariflichen Gegenspieler, das habe der Senat schon 1982 entschieden.

Außerdem urteilte der Senat, nur vom Warnstreik betroffene Firmen – nicht aber die Arbeitgeberverbände – könnten vom Betriebsrat verlangen, daß Aufrufe zu Verweigerung von Überstunden unterlassen würden. Von den Firmen sei dies aber nicht beantragt worden. Auch Auszubildende, so die Richter, hätten grundsätzlich ein Streikrecht, das durch die Besonderheiten des Ausbildungsverhältnisses nicht berührt werde.

Der 1. Senat bekräftigte in seiner Begründung das „Ultima-Ratio-Prinzip", das der Große BAG-Senat 1971 formuliert hatte, und nach dem Streik nur das letzte Mittel nach Ausschöpfung aller Verhandlungsmöglichkeiten sein dürfe. Dieser Grundsatz gelte jedoch nicht uneingeschränkt. Warnstreiks zur Ausübung milden Drucks seien zulässig.

Der Justitiar des Arbeitgeberverbandes Gesamtmetall, Werner Glaubitz, machte schwerwiegende Bedenken geltend. Glaubitz: „Die Anerkennung organisierter Arbeitsniederlegungen während laufender Tarifverhandlungen verschiebt das Gleichgewicht zwischen den Tarifvertragsparteien zu Lasten der Arbeitgeber." Künftig könnten Tarifverhandlungen vor Ausschöpfen aller friedlichen Kompromißwege „unter Streikdruck" gesetzt werden. Dies bedeute „mehr Arbeitskämpfe". Glaubitz stellte eine Prüfung der Frage in Aussicht, ob das Bundesverfassungsgericht angerufen werden soll. Die IG Metall nahm das Urteil „mit großer Befriedigung" zur Kenntnis.

Seite 2: Neuer Bewegungsablauf

Polen: Widerspruch gegen den Verbannungsplan

Bujak: Die Amnestie wird zu positiv beurteilt

DW. Warschau

Das von der polnischen Regierung geplante Gesetz, das eine Verbannung politischer Gegner ins Ausland ermöglichen soll, ist auch in den eigenen Reihen umstritten. Die Warschauer Zeitung „Zyzie Warszawy" äußerte die Befürchtung, daß die Verwirklichung der Pläne dem Ansehen großen Schaden zufügen könne. Das Blatt meinte, es seien auch „weniger drastische Einschränkungen der Rechte des Einzelnen möglich".

Der polnische Regierungssprecher Jerzy Urban hatte in der vergangenen Woche bekanntgegeben, daß erwogen werde, Oppositionelle, die sich „fortlaufender Verstöße gegen die Verfassung und das Rechtssystem" schuldig gemacht hätten, für eine bestimmte Zeit des Landes zu verweisen. Bestimmte Länder „außerhalb Europas" hätten sich zur Aufnahme der in Frage kommenden Personen bereit erklärt. Konkrete Angaben machte Urban nicht. Der Regierungssprecher berief sich bei der Verteidigung der Warschauer Absichten auf, wie er sagte, ähnliche Bestimmungen in der Schweiz und in Frankreich. In diesen Ländern betreffen diese Regelungen jedoch nur Ausländer und nicht eigene Staatsangehörige.

Bereits vor der im Juli verkündeten Amnestie war inhaftierten Führern der verbotenen Gewerkschaft „Solidarität" und des „Komitees für gesellschaftliche Selbstverteidigung" (KOR) Haftentlassung angeboten worden, falls sie sich bereit erklärten, Polen zu verlassen.

Kritisch zu der Amnestie äußerte sich ein führendes Mitglied der Untergrundorganisation, Zbigniew Bujak. Nicht alle politischen Häftlinge seien entlassen worden, so befinde sich der Gewerkschaftler Bogdan Lis weiterhin in Haft.

Bujak meinte, die Amnestie sei von „gewissen politischen und moralischen Kreisen" – gemeint sind unter anderem die Kirche und das westliche Ausland – zu positiv beurteilt worden. Schon Ende August seien zwei Gewerkschaftsmitglieder aus Breslau, die im Juli freigekommen waren, erneut festgenommen und zu zwei Monaten Haft verurteilt worden.

DIE WELT
UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Neuer Bewegungsablauf

Von Peter Gillies

Eine komplette Niederlage bereitete das Bundesarbeitsgericht gestern den Arbeitgebern. Die Zulässigkeit von Warnstreiks und ihr zielstrebiger Ausbau zu einem weiteren gewerkschaftlichen Kampfinstrument („Neue Beweglichkeit"), gegen das die Arbeitgeber über keine Gegenwaffe verfügen, wird künftige Arbeitskämpfe beeinflussen – nicht zum besseren. Das Gericht folgte der politischen Argumentation der IG Metall, die eine Korrektur der sogenannten Wendepolitik begehrte, in vollem Umfang.

Den klagenden Arbeitgeberverbänden – es ging um die Warnstreiks 1981 mit rund 110 Millionen Mark Schaden – wurde sogar eine eigene Rechtsträgerschaft abgesprochen. Sie dürfen zwar verhandeln und Tarifverträge abschließen, aber gegen vergangene und künftige Rechtsverletzungen steht ihnen ein Klagerecht nicht zu. Nur das geschädigte Unternehmen könne vor Gericht ziehen. Diese Einschätzung liegt neben der Wirklichkeit heutiger Verteilungskämpfe.

Das BAG bekräftigt seinen Spruch von 1976, Warnstreiks seien in „milder" Form zulässig, dies auch während laufender Tarifverhandlungen. Daß sich die angeblich milden Arbeitsniederlegungen mittlerweile zu einer anderen Art des Erzwingsstreiks entwickelt haben, nehmen die Arbeitsrichter nicht zur Kenntnis. Auch nicht, daß sich das Machtgleichgewicht, ohne das vernünftige Kompromisse nicht möglich sind, entscheidend zu Lasten der Arbeitgeber verschoben hat.

Man wird sich darauf einrichten müssen, daß die Schwelle zum Streik immer niedriger wird, daß er immer länger dauert und autonome sowie druckfreie Verhandlungen der Vergangenheit angehören. Statt die Schwelle zum Streik als der letzten Waffe zu erhöhen, hat man sie gesenkt. Dabei läuft die Gewerkschaft weder ein rechtliches noch ein finanzielles Risiko. Wenn nicht Verfassungsrichter dies korrigieren, breitet sich der englische Bazillus auch bei uns aus.

Die IG Metall hat gesiegt, der soziale Frieden nicht. Das Urteil wird jene ermuntern, die schon seit längerem den Gesetzgeber zu einem umfassenden Arbeitskampfrecht drängen.

Nicht mehr papistisch

Von Thomas Kielinger

Ein amerikanischer katholischer Kirchenfürst, Erzbischof John O'Connor aus New York, nimmt sich zwei so prominente Katholiken des öffentlichen Lebens vor wie den Gouverneur von New York, Mario Cuomo, und die Vizepräsidentschaftskandidatin Geraldine Ferraro. Er zeiht sie der „Irrationalität" gegenüber den Lehren der katholischen Kirche. Es könne, so sagt der Erzbischof, bei fundamentalen moralischen Fragen wie der Abtreibung keine Unterteilung geben zwischen dem, was einer „privat" ablehnt, und dem, was er „öffentlich" toleriert oder als Gesetzgebung darstellt.

An dieser Kontroverse ist nicht vor allem bemerkenswert, daß sie stattfindet. Auch nicht, daß Cuomo und Frau Ferraro sich gegen einen ihrer Kirchenoberen zur Wehr setzen.

Es springt etwas ganz anderes ins Auge: Der ungeheure Fortschritt, den die katholische Kirche in den USA in den letzten fünfundzwanzig Jahren gemacht hat. Von einer Minderheitenreligion, die schamhaft stillzuhalten pflegte, hin zu einer sichtbaren öffentlichen Rolle des vorgelegten Gewissensauftrags. Nuklearer Krieg, Abtreibung, Kapitalismus: Die Kirche greift wie selbstverständlich in die Debatte ein.

Äußerungen wie die O'Connors hätten vor fünfundzwanzig Jahren einen katholischen Kandidaten namens John F. Kennedy die Chancen auf die Präsidentschaft gekostet. Auf allem Katholischen lastete damals noch der Vorwurf „papistischer" Illoyalität – als könne sich Gehorsam gegenüber Rom nicht mit dem Eid auf die amerikanische Verfassung vertragen.

Kennedy hielt seinerzeit viele Reden ganz im Sinne der Ferraro-Cuomo-Argumente: Daß nicht die private moralische Überzeugung, sondern die Pflicht als Mandatsträger jede öffentliche Amtsausübung zu leiten habe.

Der große Unterschied – und die große Ironie – besteht darin, daß Kennedy sich noch vor der amerikanischen Öffentlichkeit rechtfertigen mußte, Cuomo und Ferraro aber vor ihren eigenen Kirchenoberen. Die brauchen inzwischen nicht mehr stillzuhalten; sie haben stattdessen eine Rolle im Meinungsbildungsprozeß übernommen, die akzeptiert wird.

Orwell und die Chemie

Von Joachim Neander

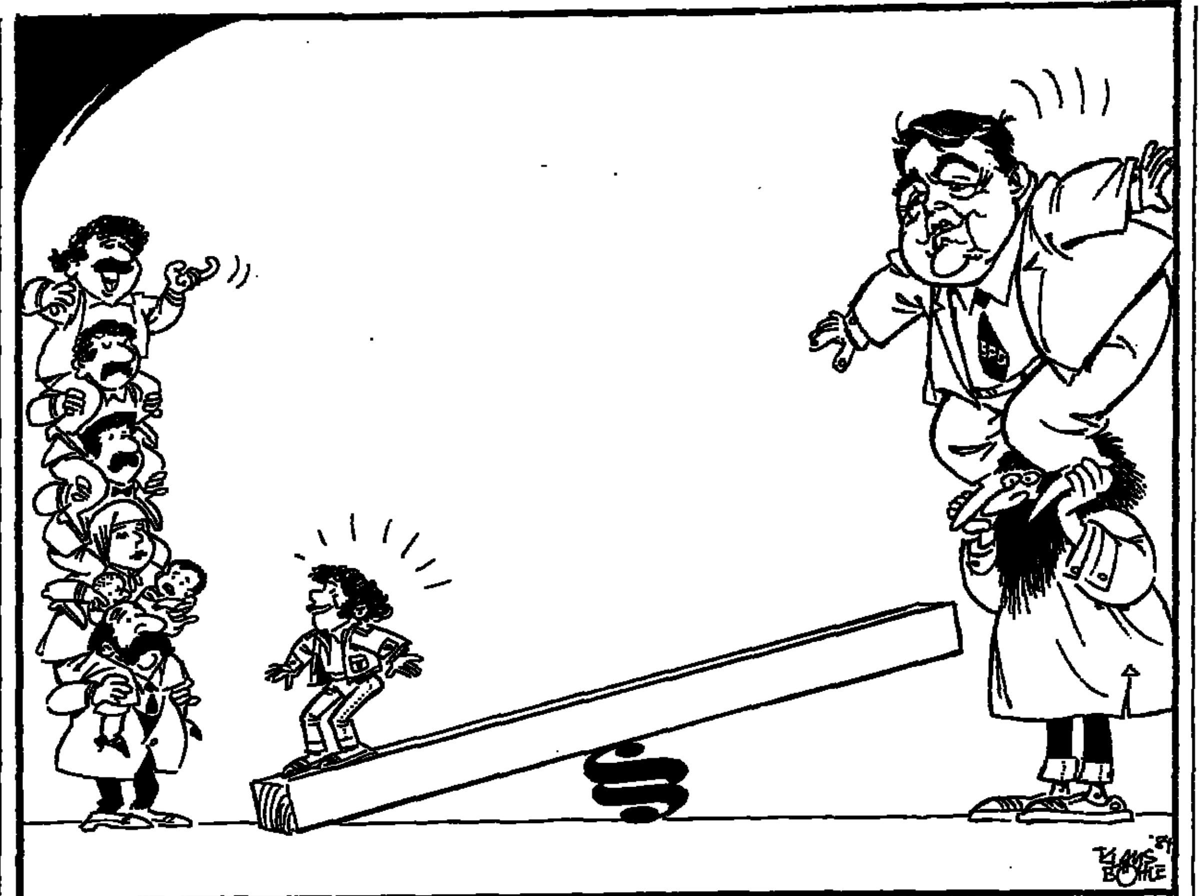
In einigen Buchhandlungen liegt George Orwells „1984" bereits auf dem Wühltisch mit 50 Prozent Rabatt. Aus den Schaufenstern und von den Bestseller-Podesten ist es schon lange entfernt worden. Die Streitgespräche, die Akademietagungen, die Funklesungen sind verklungen. Selbst der Schulfunk, sonst sicherer Aufbewahrungsort für abgelegte Themen, scheint nichts mehr auf Lager zu haben. Nur in den Reden von Politikern der dritten Garnitur taucht es gelegentlich noch auf. Dem schrecklich schönen Orwell-Jahr ist schon nach knapp neun Monaten die Luft ausgegangen.

Schadenfreude ist es durchaus nicht, was man da empfindet. Im Gegenteil, es ist schade, wie hier ein höchst interessantes, aber eben schon 38 Jahre altes literarisches Werk zum Zwecke tagespolitischen Feuerwerks und angstmacherischen Imponiergehabes verpulvert worden ist.

Von denen, die es im Orwell-Jahr gelesen haben, werden einige tief enttäuscht gewesen sein (von einem 18jährigen hörte man: „Und ich dachte, das ist etwas über Computer ..."). Andere werden festgestellt haben, daß zwischen der Gefährlichkeit der kalten Perfektion der Orwell-Welt und unserem heutigen Daten- und Informations-Dschungel Welten liegen. Aber das nützt dem armen George Orwell nichts mehr.

Inzwischen regiert das Dioxin in den Buchregalen. Formaldehyd hat das Stadium Tagespresse und Fernsehen noch nicht verlassen. Kaum haben die Leute gelernt, es auszusprechen, kommt etwas Neues. Die Liste der (möglicherweise) gefährlichen Stoffe ist lang. Wie wäre es mit Ethylenoxid?

Die Taktik mancher Leute, aus jeder Entdeckung, aus jedem Namen gleich einen potentiellen Weltuntergang zu basteln, und das auch noch mit den Posaunen von Jericho, hat verhängnisvolle Folgen. Die einen werden abgestumpft (wer liest noch die Warnung des Gesundheitsministers auf den Zigaretten-Werbeplakaten?), die anderen kultivieren ihre Dauerängste, und wer sich ernsthaft und nicht nur von einer Schlagzeile zur anderen um die Umwelt kümmert, wird zu taktischen Gegenmätzchen und möglicherweise sogar Heuchelei genötigt. Glücklicherweise gibt es noch eine weitere, ziemlich große Gruppe. Sie bildet sich längst ihr eigenes Urteil, ohne Rücksicht auf Posaunisten.



„Allez hopp!" KLAUS BÖHLE

Gesellschafts-Spiel am Main

Von Enno v. Loewenstern

Es ist schon mal vorgekommen, daß man sich in Frankfurt gegen Übergriffe der gottgewollten Obrigkeit erhob. Unter Führung des ehrsamen Lebküchners Vinzenz Fettmilch setzten die Zünfte 1612 eine Verfassung gegen die patrizische Stadtregierung durch; zwei Jahre später wurde die Fettmilch-Gärung durch kaiserliches Eingreifen gestoppt und des Lebküchners Haupt fiel mit denen etlicher Mitverschworener. Heute geht man subtiler vor. Wenn der Oberbürgermeister von Frankfurt verhindern will, daß die Stadt durch hemmungslose Zuwanderung aus dem Ausland unregierbar gemacht wird, so wendet der Innenminister den simplen Trick an, das Ausländerrecht zum Polizeirecht zu erklären und jeden Einzelfall durch den Regierungspräsidenten entscheiden zu lassen. Dieser politische Beamte kann der Freien und Reichsstadt schon zeigen, wie frei sie ist.

So dressiert die zweite Ebene, die der Länder, die dritte Ebene, die der Kommunen. Und der Bund, die oberste Ebene? Er behilft sich in der Person des Außenministers, indem er dort, wo er es für richtig hält, keine Einreisevisa erteilen läßt. Prompt kündigt das Land Hessen an, es werde jeden solchen Ausländer hierbleiben lassen, der mit Touristenvisum einreist. Das hat zwar kaum noch etwas mit dem Polizeirecht zu tun, aber viel mit der grünroten SPD-Strategie.

Erstens kann die SPD im Wege des hessischen Modells zeigen, daß sie vor nichts zurückschreckt, um sich bei einer sogenannten Partei anzubiedern, die ihrerseits nur noch darüber nachdenkt, ob es nicht doch etwas gibt, was sogar für die SPD unerträglich ist. Es ist ein Kampf um die Absurditäts-Klientel des Schlaraffenlandes.

Zweitens kann die SPD dabei Führungsstärke beweisen. Nun fragt sich mancher, ob Stärke zum Unfug denn werbewirksam für die Täter ist. Sie ist es gewiß; daraus erklären sich die vielen Mißerfolge derjenigen, die es gut meinen, die es aber nicht gut darzustellen wissen. Wenn man das Gefühl hat, die hätten zwar das richtige Programm, sind aber zu schwach oder zu ungeschickt, um sich zu halten, dann kann es schon passieren, daß eine gewisse Wählerschicht sagt: da wählen wir lieber gleich diejenigen, die sich am Ende doch durchsetzen. Wenn man beispielsweise findet, daß die bürgerliche Seite mehr als 50 Prozent „Zustimmung" bei den Umfragen bekommt, daß aber weniger als 50 Prozent sie am nächsten Sonntag wählen würden, dann liegt die Lösung dieses vermeintlichen Paradoxons in der Frage nach der Stärke.

Drittens kann die SPD hier ganz speziell die FDP vorführen. Diese profiliert sich in der Bonner Koalition als die Partei pro Zuzug bis zum 16. Lebensjahr, angeblich aus humanitären familiären Gründen, in Wirklichkeit jedoch, weil eine bestimmte Schickeria in den feinen Vororten sich von dem Problem nicht betroffen fühlt – man schickt seine eigenen Kinder natürlich aufs Internat – und sich das Vergnügen leistet, in der Ausländerfrage die Großzügigen auf Kosten der Allgemeinheit zu spielen. In bestimmten Postillen, deren Wohlwollen die FDP zum Überleben braucht oder zu brauchen glaubt, könnte die Partei als „rechts" abgestempelt werden, wenn sie hier einen vernünftigen Kurs steuerte; da aber würde die Partygeher-Klientel sofort abspringen. Genscher nun ist derjenige, der die Visa verweigert, damit hat die SPD schon die FDP bei der angepeilten Kundschaft unterlaufen.

So steht denn, viertens, die Union in Gestalt ihrer Bundesregierung und ihrer geistigen Führung etwas seltsam da. Außer Genschers Visamanövern kann sie unmittelbar nicht viel tun. In der Verfassung sind Barrieren gegen außen- und ausländerpolitische Alleingänge wildgewordener Länderregierungen nicht vorgesehen – sowas haben sich auch die alten Sozialdemokraten vom Parlamentarischen Rat nicht vorstellen können. Die erstaunten Bürger also konstatieren, daß Bonn einen klaren Standpunkt hat (zu haben scheint oder schien), daß es aber wirkt wie, um einen Begriff aus der amerikanischen Politfolklore zu übernehmen, ein „pitiful helpless giant", ein bemitleidenswerter hilfloser Riese.



Ausländerpolitik als Parteiprivatsache: Hessens Innenminister Winterstein FOTO: DPA

Nun ist der Riese rein technisch nicht hilflos. Ausländerrecht ist Bundessache, der Bund kann ein Gesetz über Nachzugsregelungen beschließen. Aber da es eine Koalition mit der FDP gibt, „muß" die Union auf sie und deren Klientel Rücksicht nehmen. Folglich wird Zimmermann im Stich gelassen. Es wird ein Gesetz geben, das nun doch den Zuzug von „Kindern" bis zu 16 Jahren gestattet, das uns aber damit tröstet, daß es hessische Regelungen über frühzeitigen Sozialhilfebezug abfängt und den „Ehegattennachzug der zweiten Generation" bremst; der Gatte der sechzehnjährigen Tochter also darf nicht kommen, auch nicht über die hessische Touristen-Tour.

Was das alles den solcherart eingeschleusten jungen Menschen ohne Sprach- und Fachkenntnis nützen wird – was daran fromm und human ist, letztlich auf eine Belebung des Frankfurter Straßenhandels in Traumprodukten hinzuarbeiten –, wird kaum noch diskutiert; welche Schlüsse der Wähler aus alledem ziehen wird, ist derzeit Gegenstand beruhigender Analysen. Und die Freizügigkeitsfrage von 1986? Man hört nichts. Der türkische Ministerpräsident Özal hat seinen Gastgebern lächelnd vorgehalten, daß dies Land Jugendliche nicht hereinlasse, wohl aber Terroristen Asyl gewähre (wie im Falle der türkischen Kölner Geiselnehmer). Das gab feuerrote Köpfe und keine schlüssige Erwiderung. Aber Politik ist ja, wie Bismarck so treffend sagte, die Kunst des Möglichen.

IM GESPRÄCH Yehuda Blum

Erfahrung mit Rassisten

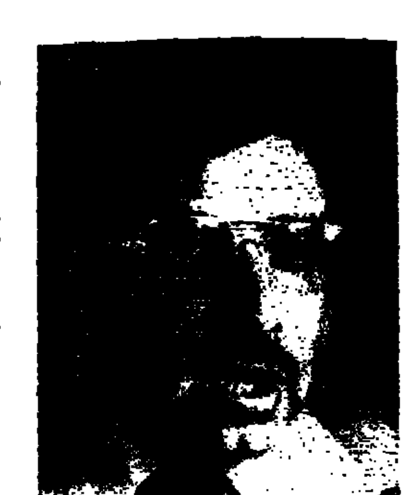
Von Gitta Bauer

Seinen Eintritt in die Welt der Erwachsenen, Bar Mitzvah, vollzog Yehuda Blum im Konzentrationslager Bergen-Belsen. Dem 13jährigen klopfte ein SS-Mann nach dem traditionellen Verlesen eines Stücks aus der Thora auf die Schulter: „Haste aber jut jemacht!" Die Familie der Blums aus Preßburg in der Slowakei wurde wie durch ein Wunder in die Schweiz freigekauft und rettete sich in das damalige Palästina.

Der scharfe juristische Verstand kam dem jetzt 52jährigen Völkerrechtler zugute, als Menachem Begin ihn auf einen der schwersten Posten für einen isrealischen Diplomaten schickte, zu den Vereinten Nationen in New York. Sein Vorgänger in diesem Amt, der jetzige Staatspräsident Chaim Herzog, hatte jene Attacke auf die Befreiungsideologie des jüdischen Staates zu bestehen gehabt, die als Gleichsetzung von Zionismus und Rassismus unrühmlich in die Annalen der Weltorganisation eingegangen ist. In dieser „konzentriertesten Versammlung von Antisemiten seit Hitler", so der amerikanische Publizist William F. Buckley über die Weltorganisation, erreichte die Haßkampagne gegen Israel 1982 einen neuen Höhepunkt. Es war der konzentrische Angriff auf seine Mitgliedschaft in den Vereinten Nationen, an dem sich als einziger arabischer Staat nur Ägypten nicht beteiligte.

Doch in Washington war inzwischen die Regierung Reagan am Zuge. Ihre streitbare UNO-Botschafterin Jeane Kirkpatrick machte es klar: Wenn Israel geht, gehen auch wir. Sie stützte sich dabei auf nahezu einstimmige Entschließungen beider Häuser des Kongresses in diesem Sinne. Es war Pakistan, das die islamischen Staaten angesichts dieser folgenschweren Konsequenz zur Besonnenheit mahnte. Sie bliesen zum Rückzug.

„Nicht Israel war in Gefahr", sagte Botschafter Blum, befriedigt über die Solidarität seines Bündnispartners, „sondern die Vereinten Nationen. Wir wären nicht verletzt, die UNO aber tödlich getroffen worden." Doch der „moralische Niedergang der Vereinten Nationen", wie Blum einmal eine Analyse in der „New York Times" überschrieb, machte dem sensiblen, auf Recht und Gerechtigkeit verpflichteten Mann zu schaffen. So scheidet er jetzt mit einer Klage über den „Mangel an Anstand" in diesem Gremium, der ihm nicht einmal erlaubt habe, „Wertschätzung und Respekt" für einige arabische Diplomaten öffentlich kundzutun. Enttäuscht ist Blum auch von den Europäern, die auf dem Altar ihrer Einheit ein klares und aufrechtes Nein oft genug einer Enthaltung opferten. Ängstlich und kampfmüde nennt er sie. Mit beiden deutschen UNO-Botschaftern während seiner sechsjährigen Dienstzeit in New York, Rüdiger von Wechmar und Günther van Well, verband ihn und seine Frau Maria dennoch herzliche Freundschaft.



Mangel an Anstand in der UNO beklagt: Ex-Botschafter Blum FOTO: CAMERA PRESS

Blum wird zunächst zu seinen akademischen Aufgaben an der Hebräischen Universität Jerusalem zurückkehren. Seine weitere Verwendung und auch sein Nachfolger hängen noch von dem Geschick der Regierungsbildung in Israel ab.

DIE MEINUNG DER ANDEREN

THE WALL STREET JOURNAL

Die New Yorker Wirtschaftszeitung meint zu der Empfehlung der US-Behörde für internationalen Handel, zusätzliche Importschutzmaßnahmen für die Kohle-Stahl-Industrie einzuführen:

In der Wirtschaftswissenschaft gibt es keine Argumente für Protektionismus, und auch politisch sind die Argumente dafür schwach ... Amerikaner mögen es nicht, wenn die Kosten für Autos, Kühlschränke, Kleidung und andere Bedarfsgüter zu Gunsten irgendeiner politischen Interessengruppe erhöht werden ... Einige Industrien empfinden Protektionismus als ihren eigenen Interessen abträglich. Schließlich gibt es wirtschaftlich vernünftige Alternativen zum Protektionismus, darunter Druck auf multilaterale Kreditinstitute, von der Subventionierung einer Überproduktion von Rohstoffen im Ausland Abstand zu nehmen. Importhemmnisse beeinträchtigen die Märkte, mindern die Konkurrenzfähigkeit der geschützten Industrie, treiben die Kosten für die Verbraucher hoch, fordern Gegenmaßnahmen gegen im Ausland verkaufte US-Erzeugnisse heraus und helfen überwiegend dem geschützten Industriezweig nicht.

Frankfurter Allgemeine

Zur Friedensbewegung heißt es hier:

Die „Friedensbewegung" – oder das, was sich noch zu ihr bekennt – ist voller Tatendrang. Sie will sich beweisen und es – wem eigentlich? – wieder einmal zeigen. Auf dem herbstlichen Programm stehen „Manöverbehinderungen", „Menschennetz" und „Menschenketten". Der Aktivismus wirklich und vermeintlich Junger fordert seinen Tribut ... Alle Versuche, sich unter Namen wie „Friedensliste" selbst zu organisieren, sind gescheitert. Die Bonner Koalition bleibt die „geistige Führung" schuldig, die sie jahrelang versprochen hat. Im Bundestag endet die sicherheitspolitische Gemeinsamkeit schon beim Stichwort NATO.

NORDSEE-ZEITUNG

In dem Bremer Blatt heißt es zum Katalysator:

Die Politiker tun sich schwer mit dem umweltfreundlichen Auto. Es gibt viele Meinungen, zahlreiche Ideen, aber keine erkennbare Linie. Zu viele Bedenken, so scheint es, sind zu kleinlich. Wer nichts beginnt, wird nichts zustande bringen. Genau da aber liegt der Hase im Pfeffer oder das Auto neben dem Umweltschutz in Bonn. Es gibt keine Marschrichtung der Regierung. Sie hat das Thema erkannt, aber sie regiert es nicht.

LES ECHOS

Die Pariser Wirtschaftszeitung schreibt unter der Überschrift „Dollar über alles":

Das Überschreiten der psychologischen Schwelle von drei Mark ist um so bedeutender, als die Mark das wichtigste Gegengewicht zum Dollar auf dem Währungsmarkt ist. Unabhängig von den Überlegungen über die Politik und die Wirtschaft der Vereinigten Staaten ist der Markt durch die Unfähigkeit oder den fehlenden Willen der westdeutschen Führung, die eigene Währung zu verteidigen, beeinflußt worden.

Als Molotow keine deutsche Gefahr mehr sah

Die Revanchismus-Kampagne und der Warschauer Pakt / Von Botho Kirsch

Nach dem erfolgreichen Abschuß der Bonn-Visiten Honeckers und Schiwkows nimmt die sowjetische Propaganda das nächste Ziel ins Visier: Ceausescus Reise im Oktober. Glaubt man dem Armeeblatt „Roter Stern", dann fährt er in ein Land, das eine einzige Raketen-Abschußrampe ist und aus dessen Bierkellern die „heisere Stimme des Führers" bellt, um zur Eroberung fremder Gebiete aufzurufen.

Was als Ausgeburt einer überhitzten Phantasie erscheinen mag, hat freilich Methode. Der einstige Honecker-Vertraute und jetzige Kieler Völkerrechtler Professor Wolfgang Seiffert hat in einem Aufsatz im Oktober-Heft des „Deutschland-Archivs" darauf hingewiesen, daß Moskau den Bonner Buhmann „gerade braucht", um seinen Zwangsverbündeten eine Verlängerung oder Erneuerung des im Juli 1985 auslaufenden Warschauer Paktes abzupressen.

Ursprünglich als Antwort auf den Bonner NATO-Beitritt abgeschlossen, war der Warschauer Vertrag auf zunächst zwanzig Jahre befristet – bis 1975 –, mit einer möglichen Verlängerung um weitere zehn Jahre. Danach ist, jedenfalls laut Vertragstext, keine weitere Verlängerung mehr vorgesehen.

Der einschlägige Artikel 11 des Warschauer Vertrages wird in sowjetischen Veröffentlichungen jedoch selten im Wortlaut zitiert. So heißt es zum Beispiel im amtlichen „Diplomatischen Wörterbuch" (Mitherausgeber: Außenminister Gromyko) wahrheitswidrig, daß sich der Pakt „automatisch um jeweils zehn Jahre" verlängert, falls er nicht vorher gekündigt wird – eine Version, die so auch in westliche Nachschlagewerke einging.

Gromykos Diplomaten trifft freilich keine Schuld an dem peinlichen Versäumnis. Als der Warschauer Pakt im Mai 1955 aus der Taufe gehoben wurde, herrschte im Kreml gerade „Tauwetter". Selbst Altstalinist Molotow, der als Außenminister einen kleinen Teil der von Stalin hinterlassenen Erblast eigenhändig liquidieren mußte (er gab den Finnen ihren Hafen Porkkala zurück und unterzeichnete den österreichischen Staatsvertrag), bekannte sich auf dem 20. Parteitag 1956 widerwillig zu der Ansicht, daß „nach dem Zusammenbruch des Hitlerismus" von Deutschland keine Kriegsgefahr mehr ausgehe.

So führte der Warschauer Vertrag im ersten Jahrzehnt seiner Existenz politisch eher ein Kümmerdasein. Ceausescu ließ die Welt bei jeder Gelegenheit wissen, er halte Militärbündnisse im Atomzeitalter für einen „Anachronismus". Bukarest beteiligte sich seit 1968 nicht mehr an gemeinsamen Paktmanövern und gewährte der Sowjetarmee kein Durchmarschrecht. Gründungsmitglied Albanien zog sich 1962 aus dem Ostbündnis zurück und trat 1968, nach der Invasion der CSSR durch Warschauer-Pakt-Truppen, ganz aus. Ungarn konnte 1956 nur gewaltsam daran gehindert werden, den gleichen Weg zu gehen. Für die eigene Sicherheit hatte Moskau ohnehin durch bilaterale Freundschafts- und Beistandspakte sowie durch Truppenstationierungsabkommen mit der „DDR", Polen, Ungarn und der CSSR vorgesorgt.

Nur relativ selten tagte der Politisch Beratende Ausschuß, das wichtigste Führungsorgan des Warschauer Paktes, der nach seinem Statut mindestens zweimal im Jahr zusammentreten soll. Und wenn, dann gab es meist Krach wegen der deutschen Frage. Zuerst scherten die Chinesen aus der antideutschen Einheitsfront Moskaus aus; sie kündigten im März 1960 ihren Beobachter-Status. Ende der sechziger Jahre zerstritten sich die Paktmitglieder heillos über das Problem ihrer Beziehungen zu Bonn. Moskau konnte ein Auseinanderbrechen der Paktorganisation nur dadurch verhindern, daß es selbst die Initiative zu einer neuen Deutschland-Politik ergriff. Sie mündete im Moskauer Vertrag mit seiner Anerkennung des sowjetischen Besitzstandes in Ost- und Mitteleuropa durch die sozial-liberale Koalition.

Die anti-deutsche Masche ist von Moskau in der Vergangenheit zu beachtlicher Perfektion entwickelt worden. Sie zog aber nur so lange, wie die Sowjetunion die fehlende ideologische und ökonomische Anziehungskraft ihres Sozialismus-Modells durch militärische Stärke kompensieren konnte – von Angola bis Vietnam, von der SS 20 bis Afghanistan. Erst als sich die USA unter Präsident Reagan, nach Jahren der Selbstzweifel und der Selbstkasteiung, wieder auf ihre Stärke besannen und die kommunistische Expansion einzudämmen begannen, brachen die alten Widersprüche zwischen Moskau und seinen europäischen Zwangsverbündeten, welche die Hauptlast der sowjetischen Rüstungsexpansion tragen müssen, offen aus.

Und nun soll wieder der Bonner Buhmann herhalten, die bröckelnde Einheit des Sowjetblocks zu zementieren und den Osteuropäern eine Neuauflage des Warschauer Paktes abzutrotzen.



In Montreal trifft der Papst auf eine kritische Gemeinde

Von Etappe zu Etappe zieht Johannes Paul II. in Kanada immer größeres Interesse auf sich. Die Reise weckt Begeisterung, provoziert Kritik, gibt Anlaß zum Nachdenken – doch kaum einen läßt sie völlig kalt. Nur drei Prozent unter den 24 Millionen Kanadiern zeigen sich desinteressiert.

Von F. MEICHSNER

Montreal – mit ihren Wolkenkratzern und tiefen Straßenschluchten, erweckt die Stadt auf den ersten Blick einen typisch nordamerikanischen Eindruck. Der Besucher aus den „Staaten" könnte sich fast in die New Yorker Atmosphäre versetzt fühlen. Aber bald erschließt sich ihm – wie allen anderen Besuchern auch – dieses Montreal als etwas Unvergleichbares.

Allein Montreal kann sich rühmen, *eine der zwei größten Städte Kanadas* und gleichzeitig – nach Paris – die zweitgrößte französischsprachige Stadt der Welt zu sein. Allein Montreal hat Pariser Atmosphäre auf amerikanisch zu bieten: Kleine Bistros, Cafés, Crêperies, exquisite Restaurants und elegante Geschäfte, umgeben – aber nicht „entseelt" – von amerikanischer „Efficiency".

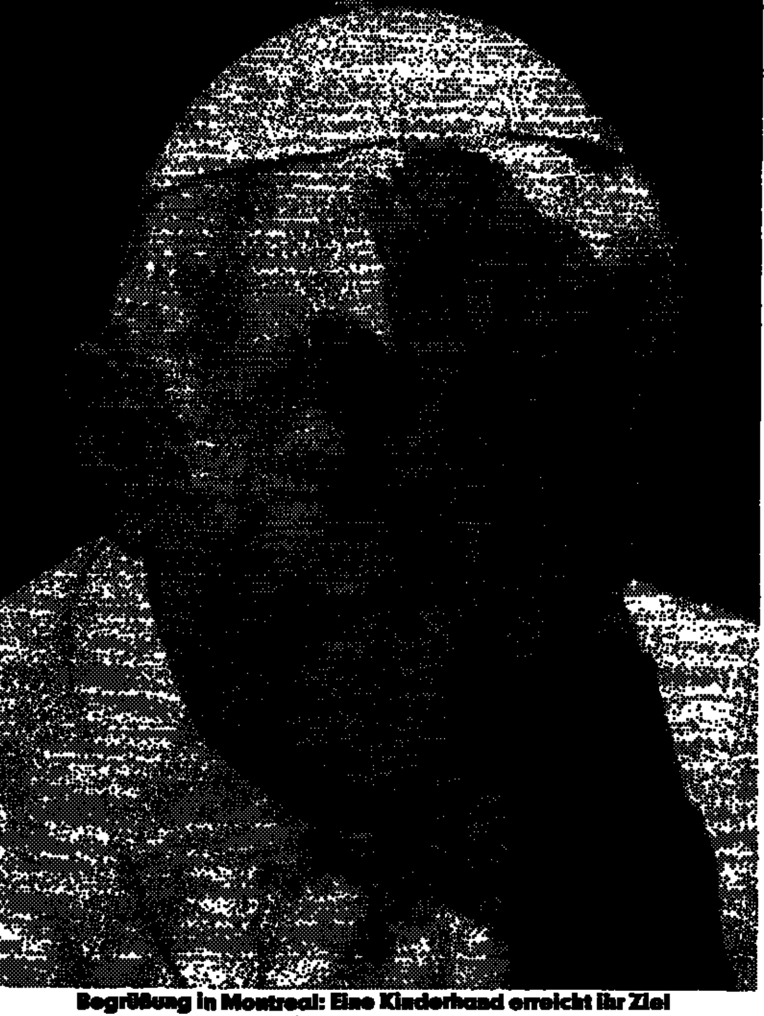
Nur in Montreal scheint auch hier jedes Kind zu ahnen, daß die beste Lösung des kanadischen Sprachenproblems in der perfekten Zweisprachigkeit besteht. Eine aufregende Mischung von französischer und englischer Kultur gibt der Stadt ein besonderes Flair. Eleganz in der Kleidung, Charme, raffinierte Küche, perfekter Service gelten hier mehr als überall sonst in Nordamerika. Lebenskultur *und* Technik, *Tradition und* Fortschrittsdrang fließen zu einer Einheit zusammen, die es in dieser Form wohl nirgendwo anders gibt.

In dieses Ambiente sieht sich auch die Kirche hineingestellt, die Johannes Paul II. besucht. Bis vor drei Jahrzehnten noch galt sie als omnipotent in der Gesellschaft der Provinz Quebec, deren größte Stadt mit 2,8 Millionen Einwohnern Montreal ist. Heute ist sie nach einer erfolgreichen Rebellion des Kirchenvolkes gegen die einst autoritär-traditionalistische Hierarchie voll in die kandadische Gesellschaft integriert.

Als „stille Revolution" ging diese Rebellion in die Kirchengeschichte des Landes ein. Sie manifestierte sich in passivem Widerstand: Die Zahl der Kirchenbesucher, Kommunizierenden und Beichtenden ging von Jahr zu Jahr immer mehr zurück. Die Priesterberufungen erreichten einen erschreckenden Tiefpunkt. Im Jahre 1961 hatte die Zahl der Priester in der Provinz die Rekordhöhe von 5382 erreicht. 1981 waren es nur noch 4285. Und während 1961 das Durchschnittsalter der Priester 44 Jahre betragen hatte, war es schon 1977 auf 54 Jahre gestiegen. Mehr als eintausend Priester legten ihr Amt aus Alters- oder Gesundheitsgründen nieder oder gingen in weltliche Berufe.

Heute gilt die katholische Kirche Kanadas – und das ist in erster Linie die Kirche in der Provinz Quebec – als eine der „progressistischsten" in der gesamten katholischen Welt. Wie die Gesellschaft, in der sie wirkt, ist sie besonders hellhörig für das Humane – sei es auf wirtschaftlich-sozialem Gebiet, sei es auf dem Feld des Umweltschutzes, sei es in der Entwicklungspolitik, sei es in allem, was mit der Friedenssicherung zu tun hat, sei es aber auch auf den Gebieten der Moraltheologie und der Kirchendisziplin, wo sie sich bestrebt zeigt, das starre Prinzip auf ein menschliches Maß zu bringen.

Überall, wo das Menschliche involviert ist, schlägt dem Besucher aus Rom eine Welle der Sympathie entgegen. Wenn er zum Entsetzen der Sicherheitsbeamten, die gerade in Montreal nach dem noch immer nicht aufgeklärten Bombenattentat vom 9. September auf absolute Abschirmung bedacht sind, auf die Menge zugeht, sich, wie in Ste. Anne de Beaupré, mitten unter Indianer und Eskimos mischt, sich Babys reichen und sich sogar am breiten Pelerinenkragen seines weißen Gewandes ziehen läßt, scheinen ihm die Herzen nur so zuzufliegen. Wenn er sich mit den zu kurz Gekommenen, den Leidenden und den Randgruppen der Eingeborenen solidarisiert, findet er begeisterte Zustimmung.



Begrüßung in Montreal: Eine Kinderhand erreicht ihr Ziel FOTO: GIANNI FOGGIA/AP

Daß diese Menschlichkeit im religiösen Bereich durch starre Gesetze reglementiert werden soll, stößt gerade hier weithin auf Unverständnis. Man erwartete offenbar gerade von diesem Papst, der sich anfassen läßt, auch das menschliche Sich-Öffnen im Blick auf menschliche Bedrängnisse, wie sie durch zerstörte Ehen, Bevölkerungsexplosion in der Dritten Welt und gesellschaftliches Hierarchiedenken provoziert werden.

Man hatte in diesen Bereichen, in die besonders auch das Problem der vollen Gleichberechtigung der Frau eingeschlossen ist, Fragen an den Gast zu richten. Und man hoffte auf Antworten. Enttäuscht konstatierte ein Priester in Montreal: „Bisher haben wir noch keine Antwort erhalten. Der Papst hat noch nichts Neues gesagt." Und die Tatsache, daß er in einem Land, in dem die Frauen die volle Gleichberechtigung nicht nur anstreben, sondern auch mehr als in vielen anderen Ländern verwirklicht haben, ausgerechnet die Schwester Marie-Léonie seliggesprochen hat, empfand eine Kanadierin vor der Fernsehkamera geradezu als „shokking". Denn diese Nonne hatte ihre Lebensaufgabe darin gesehen, für Priester und Seminaristen zu kochen, zu waschen und zu stopfen.

Und diese Seligsprechung in einer Kirche, die in einem Bericht einer von der Bischofskonferenz eingesetzten Gegenkommission an die bevorstehende bischöfliche Vollkonferenz selbstkritisch bekannt hat: „In unserer Gesellschaft und in unserer Kirche hält sich der Mann für den einzigen Besitzer von Rationalität, Autorität und aktiver Initiative. Er verweist die Frauen in den privaten Sektor und auf untergeordnete Aufgaben. Als Kirche müssen wir diese kulturelle Deformation erkennen. Das wird uns ermöglichen, die archaischen Konzepte von Fraulichkeit, die uns in Jahrhunderten eingeprägt wurden, zu überwinden."

Der Kanal des Egon Franke ist nur noch ein Rinnsal

Die Zeit der „Kanalarbeiter" ist vorbei. Die einst mächtige Gruppe von rechten SPD-Parlamentariern um ihren Boß Egon Franke hat ihren Einfluß verloren; nicht nur weil die Sozialdemokraten die Oppositionsbänke drücken.

Von PETER PHILIPPS

Der Rahmen für die verordnete Fröhlichkeit war erlesen: Die Fraktionsführung hatte die Damen und Herren Bundestagsabgeordneten der SPD zum Fraktionsabend in die schimmernden Räumlichkeiten der Bonner Parlamentarischen Gesellschaft geladen. Eine Dauereinrichtung zu Beginn der Sitzungswochen sollte damit am Dienstag abend begründet werden; Ersatz dafür, daß die rechten Kanalarbeiter und die Linken vom Leverkusener Kreis *heute* keine Nestwärme mehr verbreiten können – und dies offenbar auch von den jungen, aufstrebenden Polit-Talenten nicht mehr gewünscht wird.

Bis zur Bonner politischen Wende hatten solche Treffen von Genossinnen und Genossen noch ganz anders ausgesehen, waren nicht vornehm, sondern deftig im rauch- und bierdunstgeschwängerten „Kessenicher Hof" bzw. in der „Rheinlust" vonstatten gegangen. „Kanale Grande" Egon Franke war der unumschränkte Herrscher im „Kanal" der „Freunde der sauberen Verhältnisse" gewesen. Die ursprünglich, im Jahre 1957, als Freundeskreis rechter Sozialdemokraten um den damaligen Vorsitzenden des mächtigen Parteibezirks Hannover, Egon Franke, gegründete Gruppe der „Kanalarbeiter" hatte junge Abgeordnete in Bonn aufgefangen und ihnen Nestwärme gegeben.

Erst im Laufe der Jahre war daraus auch eine Gewinn- und Erwerbsgemeinschaft für die Postenverteilung in Fraktion und Kabinett sowie die verläßlichste Hilfstruppe für Bundeskanzler Helmut Schmidt geworden. Als Antwort darauf hatten sich die Linken im Leverkusener Kreis zusammengeschlossen, und in der Hochzeit beider Gruppen verkehrte man nur über „Parlamentäre", die – allerdings ohne sichtbare weiße Fahne – hin- und hergeschickt wurden, um Sach- und Personalthemen auszuhandeln.

Zu den Kuriosa aus der Anfangszeit der Kanalarbeiter gehört es, daß sie ihre erste erfolgreiche Machtprobe gegen den damaligen Bundestags-Vizepräsidenten Karl Mommer, einen Sozialdemokraten, bestanden: Mommer hatte verfügt, daß nur noch solche Abgeordnete zu Auslandsreisen eingeladen werden dürften, die über Fremdsprachenkenntnisse verfügten. Die Kanaler, meist aus dem Arbeitermilieu stammend, fühlten sich zu Hinterbänklern unter akademischen Abgeordneten degradiert. Im gleichen Sinne machte die Franke-Truppe auch mobil, als sie die Vorarbeiten am Godesberger Programm sich zur Spielwiese für Experten entwickeln sah.

Heute ist der Kanal in der SPD-Bundestagsfraktion nicht einmal mehr ein Seitenkanal, er ist leer. Dies liegt nur zum Teil daran, daß Helmut Schmidt nicht mehr Kanzler ist, keine Regierungsmacht mehr zu sichern und keine Posten mehr zu verteilen sind; auch nur teilweise daran, daß Franke durch Alter und schweren Autounfall offensichtlich nicht mehr die Zügel fest in der Hand halten konnte. Es liegt in erster Linie daran, wie es ein SPD-Abgeordneter formuliert, daß „der Stamm von Leuten fehlt, die rechts sind und saufen".

Der Kreis *begann zu zerfleddern*, als keine Führungsfiguren wie Franke und sein Sekretär, der Bundestagsabgeordnete Heinrich Müller aus dem niedersächsischen Nordenham, nachwuchsen.

Selbst die letzte Spargelfahrt ins kleine Rheinstädtchen Unkel – Tradition bereits vor dem Umzug des Parteivorsitzenden Willy Brandt dorthin –, seit Jahrzehnten der unbestrittene Höhepunkt der Kanaler-Saison und einst Pflichtveranstaltung auch für Helmut Schmidt, war in diesem Jahr bereits von den letzten aufrechten Kanalern in Frage gestellt worden. Man fuhr im Juni zwar doch, es war auch dasselbe Ritual wie immer, doch der Inhalt war nicht mehr der gleiche. Es war der mühselige Versuch, eine Tradition aufrechtzuerhalten.

Die Austrocknung des Kanals ist eines der sichtbarsten Zeichen für den Generationswechsel in der SPD-Fraktion. Junge, ehrgeizige Politiker sind nachgewachsen, die etwas bewegen, verändern wollen. Nicht einmal zehn Prozent von ihnen haben noch die letzte Oppositionszeit miterlebt, kennen nur die Regierungsmacht, müssen Oppositions-Formen und -Enttäuschungen erst mühsam erlernen.

Altes sozialdemokratisches Sehnen nach dem „Wir-Gefühl" ist zweitrangig geworden. Zwar hat Hans Apel handstreichartig nach dem Regierungsverlust in Bonn versucht, die Führung der Kanalarbeiter zu übernehmen, doch es konnte ihm nicht nur wegen der veränderten Verhältnisse nicht gelingen: Für ihn kommt erst die Familie und dann die Aufgabe. Er ist eher ein Manager-Typ, der sich „nicht vorbehaltlos einer Sache hingibt" (ein SPD-Abgeordneter) wie zum Beispiel Egon Franke. Zu dessen 65. Geburtstag, der natürlich im „Kessenischer Hof" im Kreis der Kanaler gefeiert wurde, war auch die ganze Familie mit in das Lokal gekommen. Die Seligkeit war vollständig, als auch Schmidt mit Ehefrau Loki zu vorgerückter Stunde zum Gratulieren erschien und die Stabführung bei der Geburtstagskapelle übernahm. Apel würde mit Ehefrau Ingrid („Wir wollen nicht Kanzler werden") wohl eher zu Hause feiern.

In zwei Bereichen ist dadurch heute ein Vakuum in der sozialdemokratischen Fraktion entstanden:

Im geselligen Bereich, wo die verordneten Fraktionsabende sicher keinen Ausgleich bringen werden.

Im internen Abstimmungsbereich, wo es für die Fraktionsführung nicht mehr genügt, sich mit den Gruppenchefs *zu besprechen, die dann mit* ihren Riegen die Beschlüsse tragen. Inzwischen müssen mehr Einzelgespräche mit Abgeordneten geführt werden, überraschende und unvorhergesehene Abstimmungsergebnisse werden dadurch häufiger – zuletzt bei den Wahlen zum Fraktionsvorstand in diesem Frühjahr. In diesen Bereich sind allerdings inzwischen auch die Landesverbände hineingestoßen und nehmen heute viele der Macht- und Gruppenfunktionen wahr. Die Nordrhein-Westfalen, zahlenmäßig ohnehin die stärkste Truppe, haben insoweit manche Kanal-Nische ausgefüllt.

Politisch-inhaltlich gehörten „Kanale-Grande"-Anhänger ohnehin nie zu den Prägendsten. Dies war für die rechten, zum Gewerkschaftsflügel gehörenden Sozialdemokraten bereits 1971 der Metzger- (später Metzger-Vogel-) Kreis um den damaligen Bundestagsabgeordneten und heutigen Darmstädter Oberbürgermeister Günther Metzger und Hans-Jochen Vogel. Die Gruppe entwickelte sich später von der Fraktion weg hin zu einem Zusammenschluß in der Gesamtpartei und nannte sich nach dem Tagungsort „Seeheimer Kreis".

„Wann wir schreiten Seit' an Seit'" – im Kanal mit dem typischen „Stallgeruch" der alten Arbeiterbewegung tut dies heute in der SPD-Bundestagsfraktion jedenfalls keiner mehr. Statt dessen duftet man in der noblen Parlamentarischen Gesellschaft nach Parfüm und After-shave. Allerhöchstens noch nach Sekt und Campari.



Bei Bier und Korn machten Egon Franke (2. v. r.) und seine Kanalarbeiter im „Kessenicher Hof" große Politik FOTO: JUPP DARCHINGER

Mangelhaft für Abc-Schützen und Eltern

Die Abc-Schützen in Großbritannien bestürzen ihre Lehrer. Der Grund ist ein weitverbreitetes unsoziales, disziplinloses Verhalten. Dies beklagt zumindest der 90 000 Mitglieder starke Pädagogenverband in einer neuen Studie.

Von SIEGFRIED HELM

Befragt wurden repräsentativ ausgewählte Grundschullehrer *an 156 Schulen im ganzen* Land, wobei der Befund in Stadt-, Land- und Vorortgemeinden überraschende Ähnlichkeit zeigt. Ein Vergleich der heutigen Situation mit der Lage vor fünf Jahren zeigt einen gravierenden Niveauverlust. Obwohl die Einschulung in England schon im fünften Lebensjahr erfolgt, liest sich dieser Report, als graue den Lehrern vor den neuen Steppke-Brigaden.

Dies der Befund: Schulanfänger sind im Umgang mit ihren Mitschülern wesentlich aggressiver als noch vor fünf Jahren, meinten 64 Prozent der Befragten. Erstkläßler haben heute weniger Respekt vor Erwachsenen, lassen sich vom Lehrer nichts sagen und steigen schon dem Hausmeister aufs Dach (53 Prozent). Unsoziales Verhalten, das sich in Zerstörungswut und Diebstählen äußert, hat in einem halben Jahrzehnt um 50 Prozent zugenommen und die Neigung zum Gebrauch von Kraftausdrücken *um 41 Prozent. Einige* Schulen meldeten eine Zunahme des „Schwänzens" schon bei Fünf- und Sechsjährigen.

Sind die „lieben Kleinen" demnach in den Techniken störenden Verhaltens wahre Frühstarter, so sind sie auf anderen Gebieten Spätentwickler. Zum Beispiel klagten die Lehrer, daß Abc-Schützen noch nicht gelernt hätten, ohne fremde Hilfe zur Toilette zu gehen, sich für die Turnstunde alleine umzuziehen, sich die Hände zu waschen und abzutrocknen. Unterentwickelt sei auch ihre Fähigkeit im Umgang mit Messer und Gabel.

Und dann die Ausdrucksweise: Da sei keine gute Kinderstube mehr zu erkennen. Was die Pädagogen „soziales Basistraining für gute Manieren" nennen, sei wie weggefegt. Die Standardformeln für den Umgang *im Alltag*, die für Engländer fast sprichwörtlich wurden, wie das häufige „sorry" und „please", das automatische „thank you" oder „excuse me" – dieses Abc des Umgangs droht zu verschwinden. Erstkläßler werfen heute mit Kraftausdrücken um sich, die noch vor fünf Jahren tabu waren.

Die Ursachen für gesteigerte Aggressivität, Anpassungsprobleme und Niveauverlust sind den Erziehern zufolge im Elternhaus zu suchen. Der Trend bei den Kindern habe sein *Pendant* in der zunehmenden Ratlosigkeit vieler Eltern in Erziehungsfragen. Väter und Mütter lassen zu, daß ihre Kinder schon im Vorschulalter „Fernsehsklaven" werden. Der Report warnt: „Schüler im Alter von vier bis sieben, die noch den späten Film im Fernsehen und schon vor dem Frühstück Videos sehen dürfen, sind nicht in der Lage, in der Schule vernünftig mitzuarbeiten." Der Fernsehapparat dürfte nicht als Ersatz für das Gespräch der Eltern mit ihrem Kind angesehen werden. „Eltern sollten auch auf der Einhaltung vernünftiger Zeiten für die Nachtruhe der Kinder bestehen."

Pädagogen beklagen heute die Früchte der Forderung nach einer „Demokratisierung der Kindheit", einer antiautoritären Erziehung schon *im Vorschulalter, die das Kind* wie einen Erwachsenen behandle. „Wir geben heute mehr Geld für Kinder aus, haben aber weniger Zeit für sie", erklärt die Pädagogin Mary Kenny, die betonte, daß Kinder zunehmend ihrer Kindheit beraubt würden.

Unsoziales Verhalten sei nicht zuletzt die Folge allzu großer Freiheit im Elternhaus. Die Überbetonung des Visuellen im TV-dominierten Elternhaus wurde als Grund für die unterentwickelte Fähigkeit zuzuhören herausgestellt.

Abc-Schützen als randalierende Rangen: Der Report macht dafür an erster Stelle (86 Prozent) das „Fehlen klarer Leitvorstellungen und Erwartungen des Elternhauses" verantwortlich, gefolgt vom „Mangel an gutem Beispiel der Eltern" (82 Prozent), aber auch „Schwäche der Eltern" (78 Prozent) und mit je 70 Prozent „geringe Sprachentwicklung im Elterhaus *und Fernsehen*".

Obwohl Nachhilfe-Unterricht bei den Eltern angebracht wäre, setzen die Pädagogen auf Prophylaxe. Die Versäumnisse des Elternhauses sollen in einem „Familienunterricht" der Oberklassen wenigstens für die nächste Generation wiedergutgemacht werden. Die Schule soll leisten, was die Eltern nicht vorlebten. Außerdem enthält der Report die Anregung, „nach dem Vorbild der Anti-Raucher-Aktionen eine landesweite Kampagne gegen die Kraftausdrükke" in Gang zu bringen.

Für das Krankheitsbild der ersten beiden Grundschulklassen machten die Lehrer übrigens nur zu neun Prozent Unfähigkeit der Pädagogen verantwortlich. (SAD)

Heidemann hatte Kujau „am allerwenigsten“ als Fälscher im Verdacht

UWE BAHNSEN, **Hamburg**

Als am 6. Mai vorigen Jahres amtlich bekanntgegeben worden war, daß es sich bei den Hitler-Tagebüchern um eine Fälschung handelte, wollte sich deren Beschaffer Gerd Heidemann das Leben nehmen. *In* seiner Vernehmung zur Sache vor der *Großen Strafkammer 11 des Hamburger* Landgerichts sagte der 52jährige Reporter gestern vormittag aus: „Ich habe nie Zweifel an der Echtheit der Tagebücher gehabt. Als ich im Radio die Meldung hörte, daß sie gefälscht waren, bin ich völlig fertig gewesen. Ich habe mir überlegt, ob ich mich gleich erschießen soll oder etwas später.“

Ausführlich und flüssig schilderte der *Journalist dem Gericht, wie er* sich zunächst in der zeithistorischen Literatur über jenes Flugzeug informiert habe, das nach der Darstellung des früheren Chef-Piloten Hitlers, Hans Baur, am frühen Morgen des 21. April 1945 mit wichtigen Papieren Hitlers von Berlin *aus nach* Salzburg gestartet war und ihr Ziel nicht erreicht hat. Der Vorsitzende der Strafkammer verlas dazu die entsprechenden Buchpassagen. Er habe sich dann, so Heidemann, in seiner Aussage bei ehemaligen Hitler-Vertrauten darüber *informiert, ob der Diktatur* überhaupt Tagebücher geschrieben haben konnte. Die Reaktionen auf diese Frage seien unterschiedlich gewesen: „Da hat jeder so getan, als ob er allein für Hitler zuständig sei. Jeder warnte mich vor dem anderen, und jeder *hat erst einmal beleidigt* reagiert, wenn man etwas Neues erzählte, und gemeint, das könne nicht sein.“ Andererseits sei dieser Kreis aber auch eine „verschworene Gemeinschaft“ gewesen.

Detailliert berichtet der frühere Stern-Reporter über seine ersten Kontakte mit der Verlagsleitung des Hauses Gruner + Jahr über die Tagebücher. Dabei hätten er und der da*malige Leiter des Ressorts Zeitge*schichte, Thomas Walde, sich im Hinblick auf die 200 000 Mark, die das erste Tagebuch kosten sollte, je zur Hälfte gegenüber dem Verlag für diesen Betrag verbürgt. Heidemann: „Da haben wir noch geflachst, nun sind wir *unkündbar, und wenn es schief* geht, müssen wir das abstottern vom Gehalt. Ich bin davon ausgegangen, daß nun eine Echtheitsprüfung stattfindet. Über dieses Thema haben wir auch ausführlich gesprochen. Es war keine Rede davon, diese Prüfung auf die *lange Bank zu schieben. Dr. Man*fred Fischer (der damalige G + J-Vorstandsvorsitzende, d. Red.) war dafür, vor allem auch amerikanische Experten einzuschalten, wegen der Vermarktung in den USA.“

Die Tagebücher persönlich abgeholt

Bis in die Einzelheiten schilderte Heidemann seine Verhandlungen mit dem Tagebuch-Lieferanten Kujau alias Fischer, konnte sich aber anders als sein *heutiger Mitangeklagter nicht* daran erinnern, wann genau er welche Tagebücher bekommen hatte: „Aufzeichnungen darüber habe ich mir nie gemacht. Das muß ich aus dem Gedächtnis rekonstruieren, und mit Daten stehe ich auf Kriegsfuß.“ Das hatte sich schon am *Dienstag* gezeigt, als der Journalist zur Person vernommen wurde und nicht in der Lage gewesen war, dem Gericht mit *Datum und Jahreszahl anzugeben, wann seine insgesamt vier Eheschließungen stattgefunden hatten.*

Nach der Lieferung der ersten Bände, so fuhr Heidemann fort, habe er dem Verlag gesagt, für rund 2,2 Millionen Mark werde er insgesamt 27 Tagebücher besorgen können. In der *Regel sei er persönlich nach Stuttgart* geflogen, um die Bücher abzuholen. Bis Ende 1981 habe er insgesamt 25 Kladden von Kujau erhalten. Immer wieder habe er versucht, Klarheit darüber zu bekommen, wie viele Bücher insgesamt noch zu erwarten seien, denn danach sei er von der Verlagsleitung immer wieder gefragt worden, und man habe ja auch das notwendige Geld bereitstellen müssen. Eine klare Antwort darauf habe er aber von Kujau nicht erhalten. Als dann immer mehr Bücher zur Verfügung standen, habe Kujau *ihm zur* Begründung dafür erklärt, er habe von sei*nem Bruder in der* „DDR“, der ihm die Bände besorge, zunächst selbst eine falsche Zahl genannt bekommen; denn dieser Bruder habe die Übersicht über die tatsächlich vorhandenen Tagebücher, die man überall in der „DDR“ bei Bekannten ver*steckt habe, selbst verloren.*

Chefredaktion frühzeitig unterrichtet

In zentralen Punkten gab Heidemann dem Gericht eine völlig andere *Darstellung* seiner Gespräche und Verhandlungen mit Kujau als der mitangeklagte Militaria-Händler. Während Kujau in seiner Aussage behauptet hatte, Heidemann sei sich über die Fälschung der Tagebücher durch ihn, Kujau, völlig im klaren gewesen, erklärte der *Journalist* gestern: „Kujau war der, den ich am *allerwenigsten im Verdacht* hatte, als die Fälschung feststand.“ In einem letzten Telefongespräch habe er ihm am 9. Mai vorigen Jahres gesagt: „Wenn wir nicht beide für fünf Jahre ins Gefängnis wollen, dann mußt *Du* herauskriegen, wer uns gelinkt hat. Das ist unsere einzige Chance.“ Auch im Hinblick auf die finanziellen Transaktionen weichen die Schilderungen Heidemanns und Kujaus stark voneinander ab. Kujau hatte dem Gericht erkärt, der Reporter sei mit Bargeldzahlungen für die Tagebücher *immer mehr in Verzug* geraten, und zum Schluß „hat er mir noch 700 000 Mark geschuldet“. Heidemann dagegen versicherte gestern, er habe Kujau „viel Vorschuß gezahlt“.

Am Dienstag nachmittag hatte Heidemann zur Vorgeschichte des Falles versichert, die Chefredaktion sei schon sehr frühzeitig darüber unterrichtet gewesen, daß er sich auf die Suche nach der Absturzstelle des *1945 vermißten Flugzeugs gemacht* habe. Von diesem Zeitpunkt an habe er jede Dienstreise zu dieser Recherche abgerechnet: „Es ist also nicht so gewesen, daß die Chefredaktion nicht darüber Bescheid wußte, an welcher Geschichte ich arbeite. Auch Henri *Nannen sei im Bilde gewesen. Er ha*be ihm keinesfalls gesagt: „Lassen Sie die Finger von NS-Sachen“, sondern er habe nur gelächelt und kein großes Interesse gezeigt. Einen präzisen Auftrag zur Recherche habe er, so Heidemann weiter, erst im September *1980* von dem Ressortleiter Zeitgeschichte, Thomas Walde, erhalten. Der habe ihm gesagt: „Nun kümmere Dich doch mal um die Tagebücher.“

Der lange Marsch aus der Kirche oder: Wo bleibt die allgemeine geistige Wende?

Von HANS-OTTO WÖLBER

Die evangelische Kirche könne sich nach wie vor auf ein relativ breites „volkskirchliches“ Einverständnis stützen. Das ist die Kernaussage einer Untersuchung, die heute vom Rat der EKD in Bonn vorgestellt wird. Das allgemeine Meinungsklima gegenüber der Kirche sei weniger kritisch als vor zehn Jahren. Die Kindertaufe finde breite Zustimmung (88 Prozent gegenüber 82 Prozent 1972). Befragt wurde eine „repräsentative Stichprobe“ von 1500 evangelischen Bürgern. Außerdem wurden fünf „Spezialstichproben“ unter jeweils rund 450 Personen vorgenommen: Akademiker, Jugendliche, Arbeiter, Großstädter. Hans-Otto Wölber, bis zum Mai 1983 Hamburger Bischof, bezweifelt die Richtigkeit der Thesen.



Soeben legt die Evangelische Kirche in Deutschland (EKD) eine neue demoskopische Bestandsaufnahme der Volkskirche vor. Es handelt sich um die Fortsetzung einer ersten Untersuchung von 1974 unter dem Titel „Wie stabil ist die Kirche?“. *Damals meinte man, wie es im Vor*wort hieß, daß „der empirisch faßbare Bestand auf einer soliden Basis beruht“. Ein Zug zur Beschwichtigung derjenigen, die sich aufgrund des damaligen Austrittsbooms Sorgen machten und für Realismus plädierten, ging durch die Interpretation. Wie sich aber jetzt zeigt, muß man *doch mit einem allmählichen* Ende der Volkskirche rechnen, wenn es nicht zu einer allgemeinen geistigen Wende kommt. Das Glaubensschicksal der Menschen hängt sowohl an der religiösen Entschlußkraft des einzelnen wie auch an dem sozio*kulturellen Kontext ihrer Epoche,* durch den sie sich abschleppen lassen. Die Auffassung von Familie und Ehe, der pluralistisch-materialistische Zeitgeist, das kritische Verhältnis zu den Institutionen und vieles andere nagt an den Dämmen der *Volkskirche. Das machen solche Un*tersuchungen, wenn auch mehr indirekt als direkt, aber unübersehbar deutlich. Vielleicht hat die damals geschönte Interpretation die Kirche gehindert, energischer missionarische Strategien zu entwickeln. Das muß man sagen, auch wenn die Untersuchung zeigt, daß einige Bemühungen z. B. *zu einer weitgehenden formellen* Sicherstellung des Konfirmandenunterrichts geführt haben oder daß das „Ritenmonopol“ der Kirche etliches an Bestand sichert.

Aber die Gesamtlage hat sich keineswegs gebessert. Im Gegenteil. Bei einer ersten Durchsicht der neuen Studie macht das von vielfältigen *grundsätzlichen Überlegungen* umlagerte Zahlenmaterial einen zwiespältigen Eindruck. Einerseits behauptet man wieder, „im Verhältnis der Mitglieder zu ihrer Kirche lassen sich keine dramatischen Veränderungen feststellen“, andererseits heißt es, „man wird vielmehr davon ausgehen müssen, *daß* der Kirchenaustritt inzwischen aus dem Bereich sozial auffälligen, fast tabuisierten Handelns aufgerückt ist in den Rang einer durchaus normalen, nicht weiter begründungsbedürftigen Verhaltensweise“. Tatsächlich sind auch in den letzten zehn Jahren über 1,52 Millionen Mitglieder aus der evangelischen *Kirche ausgetreten. Das ist* mehr, als die ganze Badische Landeskirche an Mitgliedern hat. Seit langem geht diese Entwicklung unablässig weiter. Die Gesellschaft deckt keine Volkskirche mit ihrer geistigen Vorstellung und ihrer Mentalität mehr. *Auch zeigt sich, daß die Zahl* der Austrittsbereiten gewachsen ist.

Die Untersuchung sagt: „Es gibt zum Zeitpunkt der Erhebung hochgerechnet rund 4,6 Millionen Kirchenmitglieder über 14 Jahren, die sozusagen einen Fuß bereits aus der Kirche herausgesetzt haben.“

Prototyp des Distanzierten: der junge Großstadtbürger. Es gibt zwar Indizien für ein durchaus positives Verhältnis zum Christentum und sogar zur Kirche, aber dies bedeutet keinen Impuls zur Mitgliedschaft *mehr. Es stimmt nachdenklich,* wenn man liest, daß der Prototyp des Distanzierten der junge, gebildete Großstadtmensch ist. Man muß sich doch fragen: Von woher geben eigentlich die Prägungen unserer Epoche aus? Die Bildungsexpansion hat allein in *den letzten zehn Jahren dieses Poten*tial an Distanz verdoppelt.

Was die allgemeine Mentalität unserer Gesellschaft angeht, so denke ich schon, daß Christentum und sogar Kirche im allgemeinen breit akzeptiert sind. Die Kirche tritt in das Vakuum transzendentaler Positionen ein, das zur „Natur“ des Menschen gehört. Es entwickelt sich auch keine Gegenreligion. Nirgends ist eine Aussicht, *daß irgend* etwas in unserem Kulturkreis die großartige christliche Botschaft ersetzen kann. Man hält es auch für gut, daß sich die Kirche für Soziales und Frieden einsetzt. Doch das tun andere auch – und zwar auch weit jenseits von Gottesglauben, Erlösung, Hoffnung, Gebet usw. Es handelt sich vielmehr um einen menschlichen Impuls für alle von vitalem Interesse.

In dieser Lage erscheint mir die Untersuchung deshalb völlig ungenügend, weil sie überwiegend als „evangelisch“ abfragt, was sie austauschbar ebenso bei anderen Institutionen mit relativ ähnlichen Ergebnissen *abfragen könnte. Wenn man* die Kirche im wesentlichen „sozialrelevant“ vor Augen hat, dann muß die allgemeine Zustimmung groß sein, und man braucht sich auch nicht zu wundern, wenn es gleichzeitig einen außerordentlichen Indifferentismus gegenüber *religiöser Bindung und* Praxis gibt.

Die Untersuchung trägt den Titel „Was wird aus der Kirche?“. Man antwortet mit der *Feststellung, daß die* sekundären Motive für Kirchenzugehörigkeit wie Tradition und gesellschaftliche Selbstverständlichkeit abnehmen. Aber das heißt doch im Klartext: Es wird an den Säulen gerüttelt. Wir sollten den langen Marsch der bundesrepublikanischen *Gesell*schaft aus der Kirche durchaus ins *Auge fassen. Wenn es dann* aber um eine andere Kirche, vielleicht mit volkskirchlichen Inhalten, geht, dann wünschte man sich eine Untersuchung, die nicht fast ausschließlich an der Soziographie und Sozialdemoskopie einer Institution orientiert ist, sondern an *unverwechselbaren Inhal*ten der Kirche wie dem Stand des biblischen Wissens, der Einschätzung des Gebets, dem Verständnis von Natur als Schöpfung usw. Wie sollte man sonst wirklich ertasten können, was eine Zukunft einer Kirche ist?

(idea)

Mainz: Ausschuß untersucht Spendenpraxis

JOACHIM NEANDER, **Mainz**

Im rheinland-pfälzischen Landtag wird sich ein parlamentarischer Untersuchungsausschuß mit den Parteispenden beschäftigen müssen. Die SPD-Fraktion beschloß gestern ein*stimmig, einen entsprechenden* Antrag zu stellen. Es ist nach dem Flick-Ausschuß des Bundestages der erste parlamentarische Versuch, die Vorgänge um Parteispenden umfassend aufzuklären.

Konkreter Anlaß für den Mainzer Vorstoß ist ein Artikel in der Wochenzeitung „Die Zeit“, in dem behauptet worden war, Rheinland-Pfalz habe mit seiner Finanzverwaltung in den 70er Jahren als regelrechte Steueroase für jene staatsbürgerlichen Vereinigungen gegolten, die damals als gemeinnützige Geldsammelstellen für Parteispenden tätig waren.

Finanzminister Wagner hat solche Vorwürfe zurückgewiesen: Allein die Staatsanwaltschaft Bonn ermittele gegen zwölf solcher Stellen; nur gegen drei in Rheinland-Pfalz, aber neun in Nordrhein-Westfalen. Auch habe die Steuerabteilung des Mainzer Finanzministeriums 1969 keinesfalls eine Betriebsprüfung in Koblenz gestoppt.

„Dolchstoß für die neuen Medien“

Hamburger CDU wirft SPD Vertrauensbruch gegenüber privaten Interessenten vor

HERBERT SCHÜTTE, **Hamburg**

Hamburgs Bürgermeister Klaus von Dohnanyi spricht von einer „Sicherung der Wettbewerbsfähigkeit des Medienzentrums Hamburg“, die CDU-Opposition von einem „Dolchstoß für die neuen Medien“ – die Rede ist von den Thesen für ein Landes*mediengesetz, die der SPD-Senat* nach monatelangen innerparteilichen Auseinandersetzungen endlich der Öffentlichkeit präsentierte. Das Gesetz – nachdem Schleswig-Holstein und Niedersachsen längst eigene Entwürfe ins Parlament eingebracht haben – soll bis zur Jahresfrist 1985 nachgereicht werden.

Im Vordergrund der Intentionen der sozialdemokratischen Mehrheitsregierung stehen die Existenz- und Entwicklungs-Garantie für den NDR und der Vorrang für Interessenten am privaten Rundfunk, die aus „unterschiedlich ausgerichteten Kräften“ *bestehen und die ihren Redaktions*mitgliedern „besondere Einflußmöglichkeiten“ einräumen. Anbieter, die eine „beherrschende Stellung bei den Tageszeitungen in Hamburg besitzen“, können nach dem Senats-Thesen-Katalog „nur mit einer deutlich begrenzten *Minderheitsbeteiligung*“ zugelassen werden. Eine öffentlich-rechtliche Anstalt soll das „Dach“ mit Zulassungs- und Aufsichts-Kompetenzen bilden, ein Gremium, dessen *elf Mitglieder der Fraktionsstärke im* Landesparlament entsprechend zusammengesetzt wird. Mit vorweg je einem Mandat für die SPD, die CDU und die Grün-Alternative Liste.

Noch am selben Tag meldete die Handelskammer Hamburg erhebliche Bedenken *gegen die „geplante* Benachteiligung für örtliche Printmedien“ an, sie konstatierte, daß den privaten Trägern ein chancengleicher Wettbewerb mit dem öffentlich-rechtlichen Rundfunksystem versperrt werde. Die FDP erkannte die Gefahr, *daß private Anbieter „nur abgehalten* werden können“, in der Hansestadt Hörfunk und Fernsehen zu veranstalten. Die Grün-Alternativen lehnten – wie erwartet – privaten Rundfunk generell ab.

CDU-Fraktionschef Hartmut Perschau warf gestern Bürgermeister von Dohnanyi Vertrauensbruch gegenüber den *privaten* Interessenten vor, „die sich auf seine Zusage hin in Hamburg niedergelassen haben“. Er zielte damit auf das Fernsehen der Zeitungen, APF, die Gesellschaft, die sich trotz der Bedenken einer Reihe ihrer Mitglieder für den Produktionsort *Hamburg entschieden habe.* Von „realen Wettbewerbs-Chancen“ der privaten Rundfunkveranstalter könne keine Rede sein. Perschau nannte die Bedingung einer „deutlich begrenzte Minderheitsbeteiligung“ eine bewußte Beeinträchtigung des Springer-Verlages, eine „Lex Springer“. Er betonte: „Das Engagement eines Unternehmens soll aus erkennbaren politischen Gründen *kaufmännisch* sinnlos gemacht werden“. Das Fernsehen *der Zeitungen*, APF, sei *allein* auf Kabel angewiesen und festgelegt, während dem NDR und dem ZDF der Zugang zur Satellitentechnik garantiert werden solle.

Nach Perschaus Überzeugung wird der Thesenkatalog beim Hamburger *SPD-Landesparteitag Ende* November „eher ver- statt entschärft“. Die Bestimmungen über die Zusammensetzung des Vorstandes im öffentlich-rechtlichen „Dach“ für den Privatrundfunk bedeuteten einen „Rückfall in den parteipolitischen Proporz und in die parteipolitische Kontrolle“. Der Gesetzentwurf der Hamburger CDU sieht hingegen ein Aufsichtsgremium vor, in dem die Kammern, die Gewerkschaften und Kirchen Sitz und Stimme erhalten sollten, während der Bürgerschaft nur das Recht zufallen sollte, zwei der 13 Mitglieder zu benennen. Dieser *Gesetzentwurf schlummert seit* Februar 1984 im Rechtsausschuß. Er wurde bisher nicht ein einziges Mal beraten.

Staatsanwalt: Hoffmann befahl Mordanschlag

dpa, **Nürnberg**

Nach Meinung der Nürnberger Staatsanwaltschaft hatte Karl-Heinz Hoffmann, *Führer der nach ihm be*nannten rechtsextremen „Wehrsport*gruppe*“, seinem Anhänger Uwe Behrendt befohlen, den jüdischen Verleger Shlomo Lewin und dessen Lebensgefährtin Frida Poeschke in Erlangen zu ermorden. Als Motiv vermutet die Staatsanwaltschaft, Hoffmann habe sich mit Terroranschlägen in der Bundesrepublik gegenüber der PLO-Führung „profilieren“ und sich für deren *Unterstützung* seiner „Wehrsportgruppe Ausland“ in *Libanon erkenntlich zeigen wollen.* In dem Prozeß, der gestern vor dem Nürnberger Schwurgericht eröffnet wurde, wirft die Staatsanwaltschaft Hoffmann vor, seinen Gefolgsmann Behrendt für den Mordanschlag mit einer Maschinenpistole ausgerüstet *zu haben.*

„Schleppender Abbau der Todesautomaten“

SAD, **London**

Die britische Verteidigungs-Fachzeitschrift „Jane's Defence Weekly“ ist der Auffassung, daß Ost-Berlin bisher erst „eine Handvoll“ soge*nannter „Todesautomaten*“ abgebaut. Die Zeitschrift berichtet, daß sich nach Zahlen aus dem Hauptquartier der britischen Rheinarmee, durch deren Patrouillenbereich 650 Kilometer deutsch-deutscher Grenze verlaufen, im August vergangenen Jahres auf einer Strecke von 196 Kilometern SM-70-Selbstschußanlage befanden. Das Tempo des von der „DDR“ zugesagten Abbaus sei so schleppend, daß allein im britischen Bereich noch immer 128,45 Kilometer mit den Todesautomaten ausgerüstet seien.

Häber: Deutsche Frage ist erledigt

hrk. **Berlin**

Wenige Tage nach der Verschiebung des Honecker-Besuchs in der Bundesrepublik stellte der engste Vertraute des SED-Chefs in deutschland-politischen Fragen nochmals klar, *daß die „DDR“ die* deutsche Frage für erledigt hält. Politbüromitglied Professor Herbert Häber sprach gegenüber DKP-Vertretern davon, „was in den 50er Jahren erreicht wurde“, könne „schon gar nicht“ in einer Zeit gelingen, in der der Sozialismus „stärker denn je“ sei.

SPD: Spenden für Friedensaktionen

p. p. **Bonn**

Die SPD hat in ihren internen Rundschreiben einen Spendenaufruf zur Unterstützung der Friedensbewegung veröffentlicht. Angesichts der Defizite in den Kassen der Protestierer sollen Genossen, die deren Ziele unterstützen, auch durch Spenden oder Bürgschaften zur Finanzierung beitragen. Empfänger soll Jo Leinen sein. Auch Bundestagsabgeordnete haben inzwischen ihr Scherflein beigetragen.

DIE WELT (USPS 603-590) is published daily except sundays and holidays. The subscription price for the USA is US-Dollar 365,00 per annum. Distributed by German Language Publications, Inc., 560 Sylvan Avenue, Englewood Cliffs, NJ 07632. Second class postage is paid at Englewood, NJ 07651 and at additional mailing offices. Postmaster: send address changes to: DIE WELT, GERMAN LANGUAGE PUBLICATIONS, INC., 560 Sylvan Avenue, Englewood Cliffs, NJ 07632.

Haushaltsdebatte im Deutschen Bundestag / Kanzler Helmut Kohl nimmt zur aktuellen Ost-West-Politik Stellung

„Es besteht kein Anlaß, die Lage zu dramatisieren“

DW. **Bonn**

Bundeskanzler Helmut Kohl hat in der gestrigen Debatte des Deutschen Bundestages zur Ost-West-Politik Stellung genommen. Die WELT veröffentlicht Auszüge aus dem Redemanuskript:

„Die gegenwärtige Phase der West-Ost-Beziehungen gestaltet sich schwierig. Ich wähle dieses Wort mit Bedacht. *Denn es besteht kein* Anlaß, die Lage nach den Besuchsverschiebungen der Staatsratsvorsitzenden Honecker und Schiwkow zu dramatisieren.

Ich darf Sie nochmals an die Tatsachen erinnern, die vorausgegangen sind:

– Beide Gesprächstermine sollten auf Wunsch der beiden Staatsratsvorsitzenden zustandekommen.

– Die Termine wurden zwischen der Bundesrepublik Deutschland einerseits und der DDR bzw. Bulgarien andererseits gemeinsam abgestimmt.

– Die Besuchsvorbereitungen waren in beiden Fällen sehr weit fortgeschritten bzw. praktisch abgeschlossen.

Ich möchte außerdem an folgendes erinnern:

– Beide Seiten legen jeweils Wert auf die Feststellung, daß die Besuche lediglich verschoben sind und nachgeholt werden sollen.

– Beide Seiten haben jeweils gleichzeitig unterstrichen, daß sie an der Fortentwicklung konstruktiver bilateraler Beziehungen interessiert bleiben.

– Die entscheidende Begründung für die Verschiebung der Besuche wurde in beiden Fällen maßgeblich unter Hinweis auf die gesamtpolitischen Umstände gegeben.

Wer für die Verschiebung des Besuches des Staatsratsvorsitzenden Honecker andere Gründe geltend machen will, muß spätestens seit den Nachrichten aus Sofia eines Besse*ren belehrt sein.*

Niemand kann übersehen, daß es sich hier um Zusammenhänge und Wechselwirkungen handelt, die vor allem ihren Ursprung in der internen Situation der Beziehungen der Staaten des Warschauer Pakts zueinander haben.

Die Bundesregierung bedauert die eingetretene Entwicklung. Sie wird sich in ihrer auf Frieden gerichteten und auf die Bereitschaft zu Dialog, Ausgleich und Zusammenarbeit beruhenden Politik gegenüber dem Osten nicht beirren lassen ...

Enttäuscht über diese Vorgänge kann nur der sein, der die Ursachen der Spannungen zwischen Ost und West niemals richtig eingeschätzt oder geglaubt hat, sie in wenigen Jahren überwinden zu können.

Entspannungspolitik kann gegenwärtig nicht mehr leisten als die Begrenzung und Kontrolle der Spannungen und Konflikte, sowie Zusammenarbeit dort, wo gemeinsame Interessen sie ermöglichen ...

Unser Angebot zur Fortsetzung des Dialogs und der Zusammenar*beit mit der DDR steht.* Beharrlich werden wir uns weiter darum bemühen, das Geflecht der Beziehungen zwischen den beiden Staaten in Deutschland auszubauen und, wo immer dies möglich ist, zu Verbesserungen zu gelangen. Es gibt eine Reihe von Bereichen, in denen gemeinsame Interessen beider Staaten bestehen.

Die Bundesregierung erwartet, daß die Entscheidung der DDR die Fortentwicklung der Beziehungen zwischen den beiden Staaten in Deutchland nicht belastet.

Unsere Deutschlandpolitik war und ist erfolgreich. Niemand hat erwartet, daß alle Probleme auf einen Schlag gelöst werden können. Wir wollen und dürfen aber nicht gering achten, was in den vergangenen zwei Jahren an Verbesserungen erreicht wurde ...

Es bleibt dabei, daß wir eine Politik der Verständigung, der langfristigen Zusammenarbeit und des Ausgleichs mit allen Vertragspartnern im Osten wollen und auf diese Weise den Frieden in Europa festigen ...“

*

„Unser Hauptproblem heißt Arbeitslosigkeit. Wir alle sind uns darüber klar, daß es für die Überwindung der Arbeitslosigkeit – vor allem der strukturellen und regionalen – *keine Patentrezepte, keine schnellen* Lösungen gibt. Was über viele Jahre hinweg gewachsen ist, läßt sich nicht in wenigen Monaten beseitigen.

Es ist uns aber gelungen, innerhalb von 1½ Jahren den Anstieg der Arbeitslosigkeit zu stoppen.

In den zwei Jahren zuvor waren 800 000 Arbeitsplätze verloren gegangen, die Zahl der Arbeitslosen war um eine Million angestiegen.

Im Herbst 1982 war ein Ende des verhängnisvollen Trends zu mehr Arbeitslosigkeit nicht in Sicht. Wir haben diese dramatische Entwicklung gestoppt.

Die Kurzarbeiterzahl ist seit Ja*nuar 1983 sogar von 1,2 Millionen* auf zuletzt 212 000 zurückgegangen.

Dieser Abbau der Kurzarbeit geht notwendigerweise einer Verringerung der Arbeitslosenzahl voraus, denn niemand stellt Arbeitslose ein, solange die Kurzarbeit nicht der vollen Auslastung von Personal und Maschinen Platz gemacht hat. Gerade deswegen ist dieser erhebliche Fortschritt bei der Kurzarbeit eine entscheidende Voraussetzung für den Abbau der Arbeitslosigkeit. Diese Voraussetzung ist innerhalb von 18 *Monaten* geschaffen worden.

Eine ermutigende Entwicklung *beobachten wir auch bei der Jugend*arbeitslosigkeit, die in der Bundesrepublik Deutschland *deutlich gerin*ger ist als in praktisch allen anderen EG-Ländern.

Die Quote der Jugendarbeitslosigkeit liegt jetzt – anders als 1982 – unter derjenigen aller Arbeitnehmer.

Auch die Entwicklung bei den offenen Stellen signalisiert Bewegung auf dem Arbeitsmarkt. Ihr Angebot ist heute um 15 Prozent höher als vor einem Jahr.

Wir überschätzen diese Zahlen nicht. Wir sind noch nicht über den Berg. Unsere Bilanz zeigt aber, daß wir auf dem richtigen Weg sind. Mit solider Haushaltspolitik, *mit der be*währten Politik der sozialen Marktwirtschaft haben wir erreicht,

– daß unsere Wirtschaft wieder wächst, und zwar bei stabilen Preisen,

– daß die gewerblichen Betriebe wieder höhere Erträge erzielen,

– daß wieder investiert wird und

– daß die internationale Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft verbessert wurde.“

*

„Das ist gelungen, *obwohl unsere* Volkswirtschaft in diesem Jahr erheblichen Belastungen durch die Arbeitskämpfe in der Metall- und Druckindustrie ausgesetzt war. Lassen Sie mich deshalb an dieser Stelle ein Wort zum Tarifkonflikt und seinen Auswirkungen sagen:

Die Tarifautonomie ist unverzichtbarer Bestandteil der sozialen Marktwirtschaft. Und dazu gehört selbst*verständlich das Recht der Tarifpart*ner, ihre Interessen auch mit den Mitteln des Arbeitskampfes zu vertreten. Solche streitigen Auseinandersetzungen sind ein Preis der Freiheit. Eine freie Gesellschaft muß sie ertragen können.

Die Bundesregierung sagt ohne Wenn und Aber ‚ja‘ zur Tarifautonomie. Auf der anderen Seite gehört es zur gesamtpolitischen Verantwortung der Bundesregierung, zu wirtschaftlichen Risiken und Gefährdungen *als Folgen eines Arbeitskampfes* und seines Ergebnisses Stellung zu nehmen. Eine *freiheitliche* Gesellschaft braucht dieses nebeneinander von Tarifautonomie und politischer Gesamtverantwortung.

Nach Beendigung des Arbeitskampfes ist es notwendig, den Dialog zwischen den Tarifpartnern sowie zwischen ihnen und der Bundesregierung zu intensivieren.

*Alle Beteiligten haben ihre Bereit*schaft dazu signalisiert. Wirtschaftswachstum, mehr Beschäftigung und Abbau der Arbeitslosigkeit sind nur möglich, wenn die großen gesellschaftlichen Gruppen in unserem Land nicht auf Konfrontation, sondern auf offenes Gespräch und konstruktive Zusammenarbeit setzen ...

Auch in anderen Branchen, die be*sonders vom Sturkturwandel betrof*fen sind, haben wir Fortschritte erreicht.

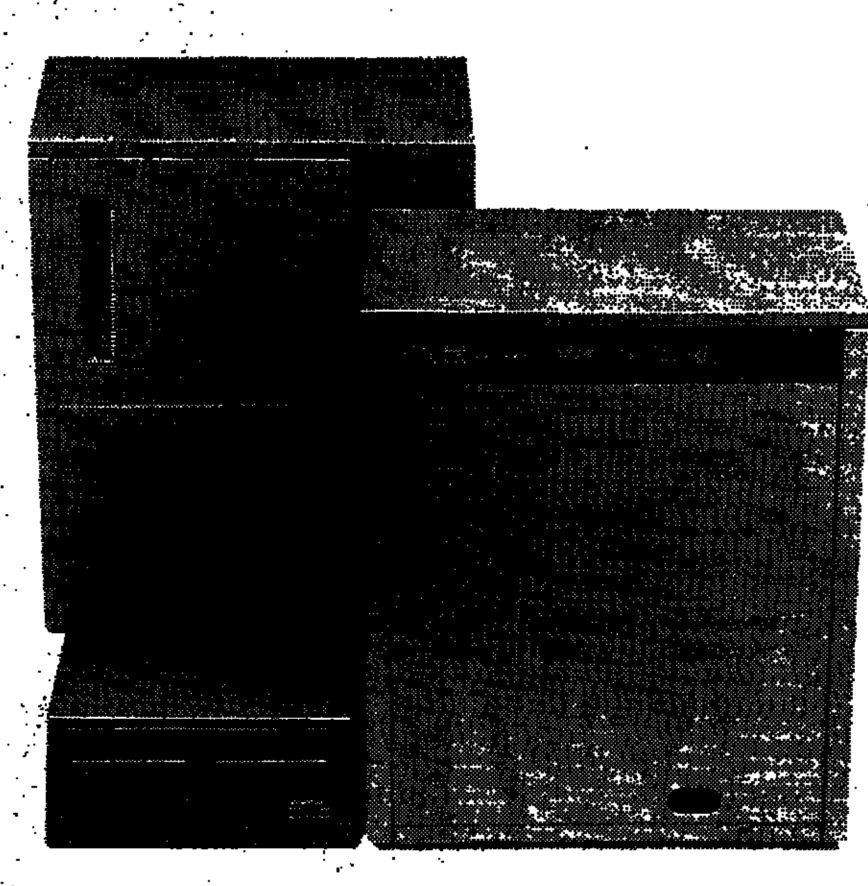
Die deutschen Stahlunternehmen *gehören heute zu den modernsten* und rationellsten in der Welt. Erlöse und Produktionserwartungen haben sich auf einem spürbar verbesserten Niveau stabilisiert. Das Stahlprogramm der Bundesregierung hat Kapazitätsanpassung und Modernisierung für die Unternehmen erleichtert und den Übergang für die Arbeitnehmer sozialverträglicher gestaltet.

Bei den Werften beobachten wir ebenfalls eine Wendung zum Besseren ...

Wenn ich die Wirtschaftslage im Herbst 1984 zusammenfasse, so ergibt sich eine günstige Ausgangslage für die weitere Entwicklung ...“

LINIE 1 VON OLIVETTI: DIE ALTERNATIVE IN DER INFORMATIONSTECHNOLOGIE.

Vor noch gar nicht so langer Zeit unterschieden sich die Computer für das Rechnungswesen von denen für die Textverarbeitung. Und die für das Ingenieurswesen waren wiederum anders. Verschiedene Systeme, verschiedene Welten – in einem Unternehmen. Diese Zeiten sind vorbei – durch die Linie 1 von Olivetti: Eine Serie multifunktionaler Systeme, die auftretende Probleme lösen helfen: Im Management, in der Verwaltung, Planung und Entwicklung. In der Produktionsplanung und -kontrolle, bei der Verarbeitung technisch-wissenschaftlicher Daten. In der Büroautomation. Sie liefert klare Entscheidungshilfen. Und alle Worte und Daten



werden sofort gespeichert. So sind sie bei Bedarf jederzeit und überall verfügbar. Ohne Verzögerungen, ohne Fehler. Linie 1: Eine Serie von Prozessoren, die miteinander zu einem lokalen Netzwerk verknüpft werden können – zu jeder gewünschten Zahl von Arbeitsplätzen, so leistungsfähig und spezialisiert, wie Sie es wünschen. Dieser modulare Aufbau stellt die notwendige Verarbeitungskapazität bereit, wo immer und wann immer sie gebraucht wird. Außerdem ist die Linie 1 durch das Olivetti-Softwaresystem ebenso leicht zu bedienen wie zu programmieren. Olivetti, die Alternative in der Informationstechnologie.

MULTIFUNKTIONALITÄT VON OLIVETTI. WIE MAN VON WORTEN ZU ZAHLEN KOMMT, OHNE DABEI DEN COMPUTER ZU WECHSELN.

olivetti

Größter europäischer Büromaschinen- und Informatik-Konzern.

Bitte schicken Sie diesen Cou[pon]
Deutsche Olivetti GmbH, Postfach 2012,
Kaiser-Friedrich-Promenade 89, 6380 Bad Homburg 1
Name: ....
Firma: ....
Straße: ....
PLZ/Ort: ....
L1 I/41-Welt

Wir trauern um

Karl-Heinz Bilke

geb. 22.1.1934 gest. 5.9.1984

Als Bundesgeschäftsführer der CDU Deutschlands in den Jahren 1973 - 1978 stellte er seine ganze Kraft in den Dienst der Erneuerung der CDU.

Den Mitarbeitern der CDU-Bundesgeschäftsstelle war Karl-Heinz Bilke seit 1962 geschätzter Kollege und hochgeachteter Vorgesetzter. Sein Wirken hat die Arbeit und das Ansehen der CDU-Bundesgeschäftsstelle entscheidend geprägt.

Die CDU Deutschlands gedenkt seiner in Anerkennung seiner Verdienste und in Dankbarkeit für seinen Einsatz.

Bundeskanzler
Dr. Helmut Kohl
Vorsitzender der Christlich Demokratischen Union Deutschlands

Bundesminister
Dr. Heiner Geißler
Generalsekretär der Christlich Demokratischen Union Deutschlands

---

In tiefer Betroffenheit und Trauer nehmen wir Abschied von

Karl-Heinz Bilke

geb. 22.1.1934 gest. 5.9.1984

Der Verstorbene war seit 1978 Hauptgeschäftsführer der Konrad-Adenauer-Stiftung. Seine große berufliche Erfahrung widmete er der Arbeit der Stiftung.

Karl-Heinz Bilke war ein Mann von seltener Lauterkeit, der sich bei seiner Arbeit in der Pflicht Konrad Adenauers und Ludwig Erhards wußte, ein Mann von großer Güte.

Den Mitarbeitern war er ein verständnisvoller Vorgesetzter.

In Erinnerung an unsere gemeinsame Arbeit bleiben wir ihm dankbar verbunden. Unser besonderes Mitgefühl gehört seiner Familie.

Wir verdanken ihm viel.

Betriebsrat Vorstand Mitarbeiter
der
Konrad-Adenauer-Stiftung

Die Beerdigung fand im engsten Familienkreis statt.

Nach kurzer schwerer Krankheit ist

Magdalene Thümmler

am 9. September 1984 im Alter von 70 Jahren von uns gegangen.

In stiller Trauer
Erika Radtke
und Kinder

1000 Berlin 62,
Heylstraße 8

Die Trauerfeier findet am 17. 9. 1984 um 15.30 Uhr im Krematorium Wilmersdorf, Berliner Straße 81, statt.

Wir trauern um

Magdalene Thümmler

Jahrelang, auch noch nach ihrer Pensionierung, war sie uns eine bewährte, loyale und beliebte Kollegin. Den Jüngeren war sie bis zuletzt Freundin und Beispiel.

Axel Springer Verlag
Geschäftsleitung, Mitarbeiter, Betriebsrat

Gerhard François Nitschke

Flugkapitän a. D.
ehemaliger Chefpilot der Ernst Heinkel Flugzeugwerke

* 26. Juli 1905 in Königsberg/Preußen
† 9. September 1984 in Hamburg

Wir verloren ihn nach kurzer schwerer Krankheit. Mit uns trauert sein großer Freundeskreis.

Eva Nitschke geb. Ilgner
Heinz Nitschke

2000 Hamburg 60, Wolffsonweg 30
3300 Braunschweig, Steinweg 19

Die Trauerfeier findet statt am Dienstag, dem 18. September 1984, um 12 Uhr, Friedhof Hamburg-Ohlsdorf, Halle B.

STUDIEN PLATZ BÖRSE

Die WELT hilft wieder beim Tausch von Studienplätzen. Die Tauschbörse organisiert der Ring Christlich Demokratischer Studenten (RCDS). Ausschließlich er nimmt die Tauschwünsche entgegen. Auch die Antworten auf die Offerten sind ausschließlich an den RCDS, Siegburger Str. 49, 5300 Bonn 3, Telefon 02 28 / 46 49 33, zu richten. Bei den Antworten sollen nur das Studienfach, das Semester und die laufende Nummer der Offerte angegeben werden. An erster Stelle ist jeweils der bisherige, an zweiter Stelle der gewünschte Studienort genannt.

Die Tauschaktion betrifft das Wintersemester 1984/85.

Zahnmedizin
Erstsemester

von	nach
1 Frankfurt	Aachen
2 Frankfurt	Bonn
3 Frankfurt	Düsseldorf
4 Uni Kiel	Frankfurt
5 Uni Kiel	Gießen
6 Uni Kiel	Mainz

Humanmedizin
Erstsemester

von	nach
1 Aachen	Göttingen
2 FU Berlin	Bochum
3 FU Berlin	Essen
4 FU Berlin	Freiburg
5 FU Berlin	Heidelberg
6 FU Berlin	Uni München
7 FU Berlin	Mainz
8 Heidelberg	Würzburg
9 Marburg	Köln
10 Uni München	Würzburg

Pharmazie
Erstsemester

von	nach
1 Braunschweig	Bonn

Rechtswissenschaft
Erstsemester

von	nach
1 FU Berlin	Hamburg
2 Konstanz	Tübingen

Tiermedizin
Erstsemester

von	nach
1 Uni München	Gießen
2 Uni München	Hannover

Volkswirtschaft
Erstsemester

von	nach
1 Frankfurt	Bonn
2 Göttingen	Bonn
3 Hamburg	Uni München
4 Konstanz	Tübingen
5 Münster	Bonn
6 Münster	Köln

Germanistik
Erstsemester

von	nach
1 Bonn	Köln

Professor Dr. Dr. med. h. c.

Hans Sautter

Wir sind dem Verstorbenen für beachtenswerte, fachwissenschaftlich fundierte Ratschläge dankbar, die viele Jahre mithalfen, unserer Stiftungsaufgabe auf dem Gebiet der Humanmedizin gerecht zu werden.
Wir haben einen Freund verloren.

JUNG-STIFTUNG FÜR WISSENSCHAFT UND FORSCHUNG
Vorstand und Kuratorium

Hamburg, im September 1984

DIE WELT
UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Herausgeber: Axel Springer, Matthias Walden, Berlin

Chefredakteure: Wilfried Hertz-Eichenrode, Dr. Herbert Kremp

Stellv. Chefredakteure: Peter Gillies, Manfred Schell, Dr. Günter Zehm

Berater der Chefredaktion: Heinz Barth

Hamburg-Ausgabe: Diethart Goos, Klaus Bruns, (stellv.)

Chefs vom Dienst: Klaus Jürgen Fritzsche, Friedr. W. Heering, Heinz Kluge-Lübke, Jens-Martin Lüddeke Bonn; Horst Hillesheim, Hamburg

Verantwortlich für Seite 1, politische Nachrichten: Gernot Facius; Deutschland: Norbert Koch, Rüdiger v. Wolkowsky (stellv.); Internationale Politik: Manfred Neuber; Ausland: Jürgen Liminski, Marta Weidenhiller (stellv.); Seite 3: Burkhard Müller, Dr. Manfred Rowold (stellv.); Meinungen: Enno von Loewenstern; Bundeswehr: Rüdiger Moniac; Osteuropa: Dr. Carl Gustaf Ströhm; Zeitgeschichte: Walter Görlitz; Wirtschaft: Gerd Brüggemann, Dr. Leo Fischer (stellv.); Industriepolitik: Hans Baumann; Geld und Kredit: Claus Dertinger; Feuilleton: Dr. Peter Dittmar, Reinhard Beuth (stellv.); Geistige Welt/WELT des Buches: Alfred Starkmann, Peter Böbbis (stellv.); Fernsehen: Dr. Rainer Nolden; Wissenschaft und Technik: Dr. Dieter Thierbach; Sport: Frank Quednau; Aus aller Welt: Knut Teske (stellv.); Reise-WELT und Auto-WELT: Heinz Horrmann, Birgit Cremers-Schiemann (stellv. für Reise-WELT); WELT-Report: Heinz Kluge-Lübke, WELT-Report Inland: Heinz-Rudolf Scheike (stellv.), WELT-Report Ausland: Hans-Herbert Holzamer; Leserbriefe: Henk Ohnesorge; Personalien: Ingo Urban; Dokumentation: Reinhard Berger; Grafik: Werner Schmidt

Weitere leitende Redakteure: Werner Kahl, Lothar Schmidt-Mühlisch

Fotoredaktion: Bettina Rathje
Schlußredaktion: Armin Reck

Bonner Korrespondenten-Redaktion: Manfred Schell (Leiter), Heinz Heck (stellv.), Günther Bading, Stefan G. Heydeck, Peter Jentsch, Evi Keil, Hans-Jürgen Mahnke, Dr. Eberhard Nitschke, Peter Philipps

Diplomatischer Korrespondent: Bernt Conrad

Korrespondent für Technologie: Adalbert Bärwolf

Deutschland-Korrespondenten Berlin: Hans-Rüdiger Karutz, Klaus Geitel, Peter Weertz; Düsseldorf: Dr. Wilm Herlyn, Joachim Gehlhoff, Harald Posny; Frankfurt: Dr. Dankwart Guratzsch (zugleich Korrespondent für Städtebau/Architektur), Inge Adham, Joachim Weber; Hamburg: Herbert Schütte, Jan Brech, Klare Warnecke MA; Hannover/Kiel: Christoph Graf Schwerin von Schwanenfeld (Politik); Hannover: Dominik Schmidt (Wirtschaft); München: Peter Schmalz, Dankward Seitz; Stuttgart: Xing-Hu Kuo, Werner Neitzel

Chefkorrespondent (Inland): Joachim Neander

Chefreporter: Horst Stein (zugleich Korrespondent für Europa), Walter H. Rueb

Auslandsbüros, Brüssel: Wilhelm Hadler; London: Fritz Wirth, Wilhelm Furler; Moskau: Friedrich H. Neumann; Paris: August Graf Kageneck, Joachim Schaufuß; Rom: Friedrich Meichsner; Stockholm: Reiner Gatermann; Washington: Thomas L. Kielinger, Horst-Alexander Siebert

Auslands-Korrespondenten WELT/SAD: Athen: E. A. Antonaros; Beirut: Peter M. Ranke; Bogotá: Prof. Dr. Günter Friedländer; Brüssel: Cay Graf v. Brockdorff-Ahlefeldt, Bodo Radke; Jerusalem: Ephraim Lahav, Heinz Schewe; London: Helmut Voss, Christian Ferber, Claus Geissmar, Siegfried Helm, Peter Michalski, Joachim Zwikirsch; Los Angeles: Karl-Heinz Kukowski; Madrid: Rolf Görtz; Mailand: Dr. Günther Depas, Dr. Monika von Zitzewitz-Lonmon; Mexico City: Werner Thomas; New York: Alfred von Krusenstiern, Gitta Bauer, Ernst Haubrock, Hans-Jürgen Stück, Wolfgang Will; Paris: Heinz Weissenberger, Constance Knitter, Joachim Leibel; Tokio: Dr. Fred de La Trobe, Edwin Karmiol; Washington: Dietrich Schulz; Zürich: Pierre Rothschild.

Zentralredaktion: 5300 Bonn 2, Godesberger Allee 99, Tel. (02 28) 30 41, Telex 8 85 714

1000 Berlin 61, Kochstraße 50, Redaktion: Tel. (0 30) 2 59 11, Telex 1 84 565, Anzeigen: Tel. (0 30) 25 91 29 31/32, Telex 1 84 565

2000 Hamburg 36, Kaiser-Wilhelm-Straße 1, Tel. (0 40) 34 71, Telex Redaktion und Vertrieb 2 170 010, Anzeigen: Tel. (0 40) 3 47 43 80, Telex 2 17 001 777

4300 Essen 18, Im Teelbruch 100, Tel. (0 20 54) 10 11, Anzeigen: Tel. (0 20 54) 10 15 24, Telex 8 579 104
Fernkopierer (0 20 54) 8 27 28 und 8 27 29

3000 Hannover 1, Lange Laube 2, Tel. (05 11) 1 79 11, Telex 9 22 919
Anzeigen: Tel. (05 11) 6 49 00 09
Telex 92 30 106

4000 Düsseldorf, Graf-Adolf-Platz 11, Tel. (02 11) 37 30 43/44, Anzeigen: Tel. (02 11) 37 50 61, Telex 8 587 756

6000 Frankfurt (Main), Westendstraße 8, Tel. (0 69) 71 73 11; Telex 4 12 449
Anzeigen: Tel. (0 69) 77 90 11 - 13
Telex 4 185 525

7000 Stuttgart, Rotebühlplatz 20a, Tel. (07 11) 22 13 28, Telex 7 23 966
Anzeigen: Tel. (07 11) 7 54 50 71

8000 München 40, Schellingstraße 39-43, Tel. (0 89) 2 38 13 01, Telex 5 23 813
Anzeigen: Tel. (0 89) 8 50 60 38 / 39
Telex 5 23 836

Monatsabonnement bei Zustellung durch die Post oder durch Träger DM 23,60 einschließlich 7 % Mehrwertsteuer. Auslandsabonnement DM 35,– einschließlich Porto. Der Preis des Luftpostabonnements wird auf Anfrage mitgeteilt. Die Abonnementsgebühren sind im voraus zahlbar.

Bei Nichtbelieferung ohne Verschulden des Verlages oder infolge von Störungen des Arbeitsfriedens bestehen keine Ansprüche gegen den Verlag. Abonnementsabbestellungen können nur zum Monatsende ausgesprochen werden und müssen bis zum 10. des laufenden Monats im Verlag schriftlich vorliegen.

Gültige Anzeigenpreisliste für die Deutschlandausgabe: Nr. 63 und Kombinationstarif DIE WELT / WELT am SONNTAG Nr. 13 gültig ab 1. 7. 1984, für die Hamburg-Ausgabe: Nr. 49.

Amtliches Publikationsorgan der Berliner Börse, der Bremer Wertpapierbörse, der Rheinisch-Westfälischen Börse zu Düsseldorf, der Frankfurter Wertpapierbörse, der Hanseatischen Wertpapierbörse, Hamburg, der Niedersächsischen Börse zu Hannover, der Bayerischen Börse, München, und der Baden-Württembergischen Wertpapierbörse zu Stuttgart.

Für unverlangt eingesandtes Material keine Gewähr.

Die WELT erscheint mindestens viermal jährlich mit der Verlagsbeilage WELT-REPORT.

Verlag: Axel Springer Verlag AG, 2000 Hamburg 36, Kaiser-Wilhelm-Straße 1.

Nachrichtentechnik: Reinhard Fredrich

Herstellung: Werner Koziak

Anzeigen: Hans Biehl

Vertrieb: Gerd Dieter Leilich

Verlagsleiter: Dr. Ernst-Dietrich Adler

Druck in 4300 Essen 18, Im Teelbruch 100, 2000 Hamburg 36, Kaiser-Wilhelm-Str. 6.

USA wollen neue Ausfuhrregeln wieder ändern

AP/DW. Washington

Das amerikanische Handelsministerium erwägt, die im Januar verschärften Richtlinien zur Exportkontrolle wieder zu vereinfachen. Wie in Washington bekannt wurde, soll mit dem Verzicht auf strengere Kontrollen ein Mittelweg zwischen den Exportbedürfnissen amerikanischer Firmen und den Sicherheitsanforderungen der Regierung gefunden werden.

Die neuen Kontrollgesetze, die zusätzlich zur Überwachung von Ausfuhren von militärischem Wert in den Ostblock auch die Exportgenehmigung für hochtechnologische Erzeugnisse in zwölf nichtkommunistische Länder restriktiv handhabten, waren von der amerikanischen Industrie heftig kritisiert worden. Sie sehen darin einen Wettbewerbsvorteil für japanische und europäische Mitbewerber. Die einengenden Bestimmungen und den bürokratischen Genehmigungsverkehr will das Handelsministerium nun wieder aufheben. Darunter fällt auch die Forderung nach einer Erklärung, daß die Kunden amerikanischer Firmen die Exportwaren nicht weiterverkaufen. Statt dessen sollen die Hersteller von Hochtechnologie angehalten werden, sich selbst zu überwachen. Das Pentagon hatte auf erweiterte Kontrollen gedrungen, weil Washington befürchtet, die Sowjetunion könne sich über Dritte Zugang zum Computer- und Elektronikbereich beschaffen.

Papst-Besuch in Jugoslawien unsicher?

AP, Belgrad

Dem von Papst Johannes Paul II. angekündigten Besuch in Jugoslawien stehen möglicherweise noch Hindernisse entgegen. Der Papst hatte in einer am Sonntag verlesenen Botschaft angekündigt, er werde auf Einladung der jugoslawischen Bischofskonferenz und angesichts der „freundlichen Vorbereitungen" von seiten staatlicher Stellen „den gewünschten Hirtenbesuch" vornehmen. Ein Sprecher des Belgrader Außenministeriums wiederholte gestern dagegen eine schon vor Monaten abgegebene Erklärung. Er sagte: „Der Besuch wird stattfinden, wenn beide Seiten darin übereinstimmen, daß die Voraussetzungen für den Besuch erfüllt worden sind." Als Streitpunkt gelten die Bemühungen des Vatikans, eine Rehabilitierung des 1960 gestorbenen Erzbischofs von Zagreb, Aloisius Kardinal Stepinac, zu erreichen, der 1946 wegen Beteiligung an Kriegsverbrechen zu 16 Jahren Zwangsarbeit verurteilt worden war.

Finnische Arbeiter streiken in Estland

rtr, Helsinki

Etwa 400 an der Hafenerweiterung in Reval in der Sowjetrepublik Estland beteiligte finnische Arbeiter haben nach Angaben ihres Arbeitgebers gestern einen zweitägigen Lohnstreik begonnen. Die Arbeiter gehören der kommunistisch geführten Bauarbeiter-Gewerkschaft an und hatten nach Mitteilung von Arbeitgebern und Gewerkschaftern in den vergangenen Tagen mehrmals die Arbeit niedergelegt. Gewerkschaftlich organisierte Finnen hatten bereits in der Vergangenheit zur Unterstützung ihrer Lohnforderung gegenüber finnischen Betrieben auf Baustellen in der UdSSR gestreikt.

Assad-Bruder kehrt nach Syrien zurück

rtr, Genf

Der syrische Vizepräsident und Präsidentenbruder, Rifaat al Assad, will nach Angaben seines Sprechers „sehr bald" aus der Schweiz nach Syrien zurückkehren. Der Sprecher trat Darstellungen entgegen, sein Chef sei von Präsident Hafiz al Assad ins Exil gezwungen worden. Er verwies auf eine telefonische Unterredung al Assads mit dem syrischen Verteidigungsminister General Tlas. Dabei habe Tlas dem Präsidentenbruder gegenüber Äußerungen aus einem Interview „dementiert", die „Der Spiegel" in seiner jüngsten Ausgabe veröffentlicht hatte. Tlas hatte dort gesagt, der Assad-Bruder sei „für immer eine unerwünschte Person".

Paris: Verschärfter Streit um Linksunion

dpa, Paris

Die französischen Sozialisten haben gestern überraschend ein Treffen mit den Kommunisten abgesagt, in dem über gemeinsame Listen der Linksunion bei den Kantonalwahlen im kommenden Jahr beraten werden sollte. Die Absage, die nach Angaben der französischen Presse direkt von Staatspräsident François Mitterrand veranlaßt wurde, kam nur wenige Minuten, nachdem noch ein Sprecher der KPF das Treffen bestätigt hatte.

Die Sozialisten wollen, wie es in den Kommentaren hieß, erreichen, daß die KPF sich eindeutig äußert, wie sie zu der Regierung steht. Wenn sie sich nicht mehr zur linken Mehrheit zähle, dann sei jede gemeinsame Liste bei Wahlen überholt.

Mit der Schnellbahn zum Bunker der Nomenklatura

Das sowjetische Schutzsystem für die politische und militärische Führung ist ohne Beispiel

RÜDIGER MONIAC, Bonn

Die Sowjetunion hat bei Moskau ein Bunkersystem gebaut, das auf der Erde seinesgleichen sucht. Für die politische und militärische Führung im Kreml ist in einer Entfernung von mehr als 50 Kilometern eine besondere Anlage in einer Tiefe zwischen 600 und 800 Metern unter der Erdoberfläche errichtet worden. Mit einer unterirdischen Schnellbahn ist dieses Bunkersystem mit den Moskauer Führungszentralen verbunden.

Darüber hinaus hat die Sowjetunion seit den siebziger Jahren fortlaufend ein Schutzbauprogramm verwirklicht, das einem großen Teil der Führung der KPdSU, der sogenannten Nomenklatura, Sicherheit im Falle eines Atomkrieges bietet. Für knapp 180 000 Personen wurde dieses Programm ausgelegt.

Der CDU-Bundestagsabgeordnete Willy Wimmer brachte jetzt nach einem Besuch der Arbeitsgruppe Verteidigung der Unionsfraktion bei den strategischen Streitkräften der USA in Omaha im Bundesstaat Nebraska entsprechende Informationen mit nach Bonn. Wimmer teilte weiter mit, die US-Experten sähen keine militärischen Möglichkeiten, die Benutzer dieses Bunkersystems in der Nähe Moskaus mit Nuklearwaffen zu bedrohen. Durch das sowjetische Schutzbauprogramm könne das Konzept der strategischen Friedenserhaltung, die sogenannte gegenseitige Verwundbarkeit, gefährdet werden.

USA: Nichts vergleichbares

Nach diesem Prinzip wird nach Ansicht führender Strategen beider großer Nuklearmächte bisher die militärische oder auch politische Nutzung von Atomwaffen beim Gegner deshalb verhindert, weil dieser fürchten müßte, von den Waffen des anderen in einem Reaktionsschlag vernichtet zu werden. Daß dieses Prinzip als Folge der sowjetischen Maßnahmen nicht mehr gelten könnte, geben US-Experten offen zu. Wie Wimmer sagte, verfügen die USA über keine vergleichbaren Schutzbauten. Weder sei die strategische Kommandozentrale in Colorado Springs bei Omaha gegen die Zerstörung durch sowjetische Atomwaffen sicher noch Führungsbunker an anderen Orten der Vereinigten Staaten. Als die besondere Bedrohung in diesem Zusammenhang sähen die USA die „superschwere" strategische Rakete vom Typ SS 18, vor allem wegen ihrer hohen Zielgenauigkeit.

Vor diesem Bild wirkt die sowjetische Propaganda gegen die Bundesrepublik Deutschland, die in dem Vorwurf gipfelte, die Bundesregierung verfüge über einen Schutzbunker in der Nähe Bonns, eher kleinkariert, die nur den Unkundigen beeindrucken könnte. In der vergangenen Woche schilderte die sowjetische Armeezeitung „Krasnaja Swesda" „Revanchismus" und „Militarismus" in Bildern, die hierzulande sich sogleich in Lächerlichkeit auflösen. Die Zeitung schrieb: „Viele Bewohner der BRD stellen besorgt fest, daß in ihrem Lande etwas Unglaubliches passiert: die Uhrzeiger bewegen sich nicht vorwärts, sondern rückwärts. Von neuem treiben auf den Straßen faschistische Schlägertrupps ihr Unwesen. Aus Bierkneipen ertönt die heisere Stimme des Führers ... Es erklingen Aufrufe zur Eroberung fremder Territorien. Todbringende Raketen, die auf die Sowjetunion zielen, werden stationiert."

Mit der Erwähnung des „Führers" ist es für den sowjetischen Propagandisten dann nur noch ein Schritt auch zum „Bunker": „Und trotzdem fehlt etwas, um das Bild abzurunden. Man hat sich in Bonn lange Gedanken gemacht, und endlich ist man auf die Idee gekommen - es ist kein Bunker da. Der Führer hatte doch einen Bunker. Wie soll man denn ohne ihn an einem begrenzten und schon gar an einem längeren ATomkrieg teilnehmen, die vom Pentagon und der NATO geplant werden? Unweit der Hauptstadt wurde so ein Superkeller hingeklotzt, daß selbst die Amerikaner sprachlos wurden ... Die Sehnsucht nach der Vergangenheit zeigte sich selbst in der Auswahl des Platzes. Er liegt neben dem ehemaligen faschistischen KZ in Dernau ..."

Dieser Ort ist im Ahrtal, unweit von Bonn. Und dieser erwähnte Bunker ist im Vergleich zu den unterirdischen Anlagen in der Nähe von Moskau nach Darstellung von Fachleuten überhaupt kein „Superkeller". Wie es heißt, würde er im Gegensatz zu den sowjetischen Kommandozentralen gegen einen genau gezielten Atomschlag einer SS 18 kaum ausreichenden Schutz bieten. Deshalb, darauf verwiesen Kenner, wirkt die sowjetische Darstellung in der „Krasnaja Swesda" auch nur auf den irreführend und erschreckend, der die Dimensionen in der Militärstrategie nicht auseinanderhält.

Die deutsche Sicht

Nach offizieller Bonner Auffassung ist der Zivilschutz, zu dem auch der Bau von Schutzräumen für die Bevölkerung gehört, ein Teil der Krisenvorsorge. Im jüngsten Weißbuch der Bundesregierung aus dem Jahr 1983 heißt es dazu: „Die militärische Vorsorge ist nicht auf Kriegsführung, sondern auf Erhaltung des Friedens durch glaubwürdige Abschreckung ausgerichtet. Auch Zivilschutz bezweckt keine Kriegsvorbereitung, sondern trägt dazu bei, die Abschreckung glaubwürdig zu machen." Etwas später heißt es weiter, eine militärische Verteidigung sei sinnlos, wenn die eigene Bevölkerung keine Chance zum Überleben habe.

Aus solchen Sätzen wird nach Darstellung von Experten klar, daß aus deutscher Sicht eindeutig unterschieden werden muß, welche Schutzvorbereitungen ein Land wie die Bundesrepublik trifft und welche Staaten wie die USA oder die Sowjetunion. Beide Großmächte verfügen mit Hilfe ihrer strategischen Nuklearwaffen über die Fähigkeit, sich gegenseitig total zu zerstören. Dies ist zu separieren, so sagen Experten, von der Notwendigkeit, in Mitteleuropa die Gefahr des Kriegsrisikos dadurch zu reduzieren, daß einem potentiellen Angreifer auch in konkreten Schutzmaßnahmen für die Bevölkerung des angegriffenen Landes vor Augen geführt werde, der Verteidiger sei tatsächlich auch zur Verteidigung fähig und entschlossen. Zu dieser Fähigkeit zähle auch die Schutzvorsorge für die Bundesregierung und ihre Stäbe in einem Bunker wie dem in der Eifel.

Die „Kubanisierung" Nicaraguas

Sandinisten geraten mehr und mehr in die Abhängigkeit des Ostblocks

WERNER THOMAS, Miami

„Wir haben mit Nicaragua wenige Meilen von Amerika gekämpft", verkündete der libysche Führer Khadhafi bei den Feiern zum 15. Jahrestag seiner Machtübernahme. „Libysche Kämpfer und Waffen unterstützten das nicaraguanische Volk, weil es mit uns kämpft." Prompt mußte sich der Oberst korrigieren lassen. „Auf nicaraguanischem Gebiet befinden sich keine libyschen Soldaten", versicherte die Sprecherin des Verteidigungsministeriums. „Unsere Revolution konnte jedoch libysche Hilfe auf allen Gebieten erhalten, wirtschaftlicher, politischer und militärischer Natur."

Diese jüngsten Erklärungen in Tripolis und Managua verweisen auf ein bemerkenswertes Kapitel des sandinistischen Nicaragua: den internationalen Freundschaftskreis und die ausländische Hilfe. Die Comandantes, einst zur Blockfreiheit verpflichtet, lösten das Land in den letzten fünf Jahren vom Westen und gerieten immer mehr unter den Einfluß des Ostens. Die Opposition spricht von einer „Kubanisierung". Sie befürchtet, daß dieser Prozeß nach der Wahl des Junta-Chefs Daniel Ortega Anfang November zum neuen Präsidenten beschleunigt wird.

Nahezu alle Rüstungsgüter stammen aus dem Ostblock. Die Kalaschnikow ist die Standardwaffe der sandinistischen Streitkräfte. Die Infanterieverbände besitzen sowjetische T-55-Panzer. Die Stahlhelme sind flach wie die der Roten Armee. Amerikanische Geheimdienstkreise schätzen den Wert der bisherigen Waffenlieferungen auf 800 Millionen Dollar. Zum Aufbau der Streitkräfte kamen Militär- und Sicherheitsberater ins Land. Die Kubaner schickten bisher 3000 Mann, die Sowjets und die anderen Ostblock-Länder einige hundert. Die 150 bis 200 Ostberliner Experten halfen beim Aufbau der Polizei und des Sicherheitsapparates und dienen dem staatlichen Kommunikationskonzern Telcor. Die weitaus wichtigste Rolle spielen die insgesamt 10 000 Kubaner, die in allen Sicherheitsbereichen mitwirken. Kubaner bauen eine Straße von strategischer Bedeutung, die einmal die Atlantikküste mit der Pazifikküste verbinden soll. Sie wurden außerdem als Helfer bei der Errichtung des Luftwaffenstützpunktes Punta Huete identifiziert, 20 Kilometer nordöstlich der Hauptstadt gelegen. Zwischen Managua und Havana herrscht ein lebhafter Luftverkehr, der auch nachts anhält, wenn der Sandino-Flughafen für Starts oder Landungen kurz beleuchtet wird.

Die Bulgaren, die 70 nicaraguanische Piloten an sowjetischen MiG-Kampfjägern ausgebildet haben, sind die aktivsten Osteuropäer. Sie engagieren sich vor allem auf dem wirtschaftlichen Sektor. So schulen sie tausende Fachkräfte für eine Zukunft in der sozialistischen Staatswirtschaft und fördern Agrarprojekte. Keine andere Ostblock-Nation exportiert so viele Konsumgüter hierher. Auf dem Flughafen sitzen die Zollbeamten in Kabinen, die über Vorhänge und Spiegelvorrichtungen verfügen – Ost-Berlin leistete Entwicklungshilfe. Im Straßenverkehr dominieren klobige Fahrzeuge aus dem kommunistischen Teil Deutschlands und der Sowjetunion.

Managua ist das Mekka der linken Internationale geworden. In den Hotels und Restaurants drängen sich lateinamerikanische Guerrilleros, Polittouristen aus dem Westen und osteuropäische Experten. In dem Pyramidengebäude des Hotels Intercontinental, wo einst der menschenscheue amerikanische Milliardär Howard Hughes hauste, wird auffallend viel arabisch gesprochen: Die Araber: Libyer und PLO-Vertreter. Yassir Arafat hat Anfang 1982 der Beiruter Zeitung „As-Safir" berichtet, daß Piloten seiner Organisation für die Sandinisten im Einsatz seien. Jetzt bestätigte Khadhafi zum ersten Mal sein Nicaragua-Engagement.

Nicaragua wickelt heute mehr als die Hälfte seiner Importe und Exporte aus dem Ostblock ab (genaue Zahlen gibt es nicht). Die Sowjets liefern 5o bis 6o Prozent des Öls. Ihr Kontingent wird auf etwa 250 Mann geschätzt. Sie gewähren keine Kapitalhilfe. Vergeblich warteten die Comandantes bisher auf die schon lange angekündigten MiGs, es liegt eine massive Warnung der Reagan-Regierung vor. Während sich der Kreml Kuba täglich zehn Millionen Dollar kosten läßt, erreichen die Wirtschaftsverhältnisse in Nicaragua immer katastrophalere Verhältnisse. Schon kritisieren Vertreter der kubanischen Mission offen das vorsichtige Taktieren des großen Bruders.

Ein westlicher Diplomat glaubt eine plausible Erklärung dafür gefunden zu haben. „Den Sowjets ist die Situation der Sandinisten noch zu unsicher", analysiert er. „Wenn sie es packen, stehen sie sowieso im sozialistischen Lager."

Hindernis für Giscards Comeback

Untersagt die Verfassung eine Rückkehr des Expräsidenten ins Parlament?

A. GRAF KAGENECK, Paris

Wird Valery Giscard d'Estaings Versuch, über die Nationalversammlung wieder in die aktive Politik zurückzukehren, durch eine Verfassungsklausel gestoppt? Der ehemalige Präsident der Republik bewirbt sich seit Anfang September zusammen mit sieben anderen Kandidaten um eine Nachwahl am 27. September in seinem Heimat-Wahlkreis Chamalieres im französischen Zentral-Massiv, die durch den Übertritt des bisherigen Abgeordneten, Claude Wolff, ins Straßburger Europa-Parlament notwendig wurde. Kein Mensch zweifelt in Frankreich daran, daß der in seinem Wahlkreis ungewöhnlich populäre und auch im übrigen Land nicht vergessene Ex-Präsident spätestens im zweiten Wahlgang am 30. September in die Nationalversammlung gewählt wird.

Einer seiner Konkurrenten, der Kandidt der „Bewegung für die Verteidigung der persönlichen Freiheiten" *Georges Allain, hat nun einen* Kniff gefunden, mit dem er seine bisher wenig aussichtsreiche Wahlkampagne würzen kann. Er entdeckte den Paragraphen 57 der Verfassung, der das Ausüben eines Mandats in der Volksvertretung einem Mitglied des Verfassungsrates untersagt. Giscard d'Estaing ist als ehemaliger Präsident automatisch eines der neun Mitglieder dieses höchsten Wächter-Gremiums über das Grundgesetz, und zwar „de jure" und auf Lebenszeit, während die anderen Kollegen jeweils jährlich ernannt werden. Ein Verfassungsrat-Mitglied kann nicht, ergänzt Allain den Verfassungsparagraphen, gleichzeitig Schiedsrichter und Partei sein für den Fall, daß der Verfassungsrat über eine Unstimmigkeit in der Nationalversammlung zu entscheiden hat.

Giscard ist bisher auf den Vorstoß seines Konkurrenten nicht eingegangen und setzt seinen Wahlkampf unbekümmert fort. Er könnte sich auf einen Präzedenzfall berufen: 1967 wurde der ehemalige Justizminister de Gaulles, Michelet, in die Nationalversammlung gewählt, obwohl er ein „ernanntes" Mitglied des Verfassungsrats war. Er legte dem Paragraphen 57 entsprechend sofort sein Amt in letzterem nieder. Das würde Giscard natürlich im Fall seiner Wahl auch tun und ließ Entsprechendes aus seiner Umgebung wissen.

Nur: kann er das als „Mitglied de jure"? Hier klafft eine Verfassungslücke, in die Georges Allain geschickt hineingestoßen ist. Das Verwaltungsgericht in Clermont-Ferrand muß heute über seinen Einspruch entscheiden. Ein negatives Urteil würde von der Öffentlichkeit bedauert. Frankreich wartet gespannt auf Rede-Duelle zwischen den „Eierköpfen" Giscard und Fabius, dem neuen Premierminister, im Palais Bourbon.

Schöner wohnen muß nicht teuer sein.

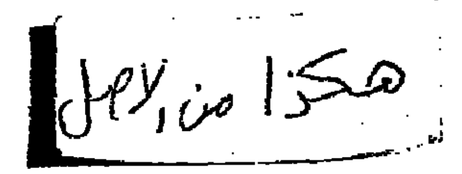
MOMENT. Sofa, 498.– Extra Armlehnenpolster 58.–/2 Stück. SKANS. Couchtisch 98.– Einige Neuheiten aus dem neuen IKEA-Katalog.

Sie haben recht. Mit diesem Bild stimmt was nicht.
Die Preise sind typische IKEA-Preise.
Aber haben Sie die Möbel schon bei uns gesehen?
Vielleicht nicht. Die sind ja auch ganz neu im Katalog.
Also, willkommen bei IKEA. Hier gibt es viel zu sehen.
Viele neue spannende Möbel. Viele neue Musterzimmer. Die Einrichtungsideen gibts gratis.
Und wenn Sie den neuen Katalog noch nicht im Briefkasten haben, holen Sie sich Ihr eigenes Exemplar bei uns. Der größte Einrichtungskatalog der Welt. 230 Seiten Tips und Ideen.
Den gibt es auch gratis.



Mehr Geschmack als Geld.

Kaltenkirchen b. Hamburg, Stuhr b. Bremen, Berlin, Großburgwedel b. Hannover, Löhne-Gohfeld, Kassel-Niederzwehren, Dorsten, Kamen b. Dortmund, Kaarst b. Düsseldorf, Köln-Godorf, Walldorf b. Heidelberg, Hofheim-Wallau b. Frankfurt, Bous b. Saarbrücken, Fürth-Poppenreuth b. Nürnberg, Stuttgart, Freiburg, Eching b. München. IKEA Versand: 05732/8980. Selbst aussuchen. Selbst transportieren. Selbst aufbauen.



Briefe an DIE WELT

DIE WELT, Godesberger Allee 99, Postfach 200 866, 5300 Bonn 2, Tel. 0228/30 41, Telex 8 85 714

Der alternative Marxist

„Münzenberg in Grün"; WELT vom 6. September

Über die Gründung dieser Öko-Bank war auch in der schweizerischen Linkspresse zu lesen. In der Berichterstattung erscheint hierzulande Theo Pinkus ebenfalls als wichtiger Mentor dieses Unternehmens und sein Appell „Schiebt die Öko-Bank nicht auf die lange Bank" gibt dazu den attraktiven Titel ab.

Werner Kahl beschreibt den interessanten Lebensweg dieses Kommunisten. Aus schweizerischer Sicht kommen seit der 68er-Bewegung einige weitere, besonders interessante und auch besonders wirksame Tätigkeiten dazu. Theo Pinkus war maßgebend daran beteiligt, daß die vorerst undogmatische Neue Linke wieder unter die führende Kontrolle der dogmatischen und moskautreuen Linie geriet.

Dazu baute er am Aufbau einer Alternativbewegung mit. 1971 versammelte er unter dem Begriff „Sozialistische Alternative" die führenden und bekannten Exponenten zusammen mit Nachwuchsleuten in verschiedenen Wochenendkursen, um Wege und Methoden des Aufbaues der Alternativbewegung zu erarbeiten und praktische Modelle ins Leben zu rufen. Im Rahmen dieser Kurse entstand auch ein Programm mit medienpolitischen Zielen. Es ging darum, *die Mitarbeit linker Journalisten* in der etablierten Presse, die redaktionelle Zusammenarbeit der linken Presse und technische Probleme zu koordinieren. Der Erfolg blieb nicht aus – wie man heute anhand des namentlich bekanntgewordenen Teilnehmerkreises von damals feststellen kann.

Herr Kahl berichtet in seinem Artikel auch von der Gründung der „Studienbibliothek zur Geschichte der Schweizer Arbeiterbewegung". In den Räumlichkeiten dieser Bibliothek, so kann man im Buch über das internationale Terrornetz von Claire Sterling nachlesen, wurde vor ihrer Verhaftung die Terroristin Petra Krause untergebracht. Auf die Veröffentlichung dieser Tatsache reagierte er mit der Behauptung, er hätte keine Kenntnisse von der Tätigkeit Petra Krauses gehabt. Sie sei ihm als Gast von *italienischen Buchhändlern* empfohlen worden.

Theo Pinkus scheint einen bedeutenden Einfluß auf die Ausbildung des Nachwuchses im Buchhandel zu haben. Langfristig äußert sich dies darin, daß in Auslagen und Innenpräsentationen die Produktion linker, grüner und alternativer Autoren derart bevorzugt behandelt wird, daß anderen Werken mit neutraler, konservativer oder im klassischen Sinne liberaler Haltung keine Chance mehr zugestanden wird.

Alles in allem – eine konsequente, selbst in ihrem alternativen Modekleid stramm *marxistisch/leninistische* Tätigkeit.

Ernst Cincera, Zürich

Sprengstoff

In einem Fernsehinterview erklärte Herr Baum, daß eine Herabsetzung des Zuzugsalters auf 6 Jahre von der FDP abgelehnt wird.

Bei der heutigen Arbeitsmarktsituation haben Ausländer, welche erst mit 16 bis 18 Jahren in die Bundesrepublik Deutschland kommen, im Arbeitsleben keine Chance. Sie werden zum sozialen Sprengstoff. Wenn aber Ausländer ihre Liebe zu ihren in der Heimat lebenden Kindern erst entdecken, wenn diese beinahe erwachsen sind, kann man m. E. nicht humanitäre Gründe für den Nachzug angeben.

Herrn Baums Hinweis, daß die Kirchen den Standpunkt der FPD teilen, ist nicht stichhaltig. Nur die Regierung trägt die Verantwortung. Wenn die Kirchen ihre Forderungen selbst finanzieren müßten, würden sie sich sehr zurückhalten.

Herrn Baum ist zu empfehlen, die Studie von Axel Neu (Institut für Weltwirtschaft an der Universität Kiel) über die hohe Gewaltkriminalität bei jugendlichen Ausländern und ihre Ursachen zu lesen und daraus Folgerungen zu ziehen.

Warum spricht Herr Baum nicht von den Nachteilen der Deutschen durch die übertriebene Einwanderung?

Politiker wie Herr Baum und Herr Hirsch tragen viel Schuld an der Ausländerfeindlichkeit.

Sind die Abgeordneten nicht dem Wohl des deutschen Volkes verpflichtet?

Hochachtungsvoll
H. Schmidt, Hamburg

Stalins Ziel

„Leserbrief: Revanchismus"; WELT vom 4. September

Die Aussagen Früchtnichts sind ergänzungsbedürftig. Es fehlt ein Hinweis darauf, daß das von der UdSSR annektierte Ostpolen vorwiegend von Nichtpolen, nämlich Weißrussen und Ukrainern, bewohnt war. Auf diese ethnische Tatsache stützen sich die sowjetischen Gebietsansprüche.

Daß bei Ende des Zweiten Weltkrieges die UdSSR den Polen trotzdem die deutschen Ostgebiete überließ, hat einen wesentlich anderen, nämlich militärisch-strategischen Grund. Stalin sagte 1944 zu de Gaulle, man müsse den Polen erlauben, nach Kriegsende ihre Westgrenze bis zur Oder-Neiße-Linie vorzuverlegen. Damit sei die ewige Feindschaft zwischen den Polen und Deutschen garantiert. Er führte weiter aus: Für die Deutschen sei Polen der Angriffskorridor auf Rußland. Daher müsse die UdSSR diesen Korridor für immer abriegeln. Er verlasse sich darauf, daß der aus der Annexion der deutschen Ostgebiete resultierende Dauerhaß zwischen Deutschen und Polen diesen Zweck vollauf erfüllen dürfte.

Dieser Tatbestand ist bei uns offensichtlich unbekannt.

Dr. H. Kollai, Nürnberg 1

Wort des Tages

» Wir halten uns niemals an die gegenwärtige Zeit. Wir nehmen die Zukunft voraus, da sie zu langsam kommt, gleichsam um ihren *Lauf zu beschleunigen*; und wir rufen die Vergangenheit zurück, um sie aufzuhalten, weil sie zu stürmisch entschwindet: so unklug sind wir, daß wir in den Zeiten umherirren, die nicht unser sind, und nicht an die einzige denken, die uns gehört: die Gegenwart. «

Blaise Pacal; franz. Philosoph (1623–1662)

Sacharow-Hilfe

„Verbannung von Jelena Bonner soll Sacharow treffen"; WELT vom 25. August und „Leserbrief: Verfolgt und gequält"; WELT vom 8. September

Wir begrüßen die Ausführungen in dem Leserbrief und speziell den Wunsch „Der Fall Sacharow müßte eigentlich zu einem weltweiten Aufschrei führen ..."

Wir wollen diesen Gedanken aufgreifen und bieten allen Lesern an, die sich für die zum Schweigen Verdammten einsetzen möchten, unter unten angegebener Adresse kostenlose Unterlagen über den Fall Sacharow und Unterschriftenlisten zugunsten seiner Person anzufordern.

Mit freundlichen Grüßen
H. Schwarz,
Internationale Gesellschaft für Menschenrechte e. V.,
Arbeitsgruppe München,
Postfach 40 09 24, 8000 München 40

Keine Zollunion

„Leserbrief: Drei Staaten"; WELT vom 6. September

Bei der Aufzählung der Zusammenschlüsse des Deutschen Reichs und der Republik Österreich werden in o. a. Zuschrift die Bemühungen aus dem Jahre 1931 vergessen, die wenigstens eine Zollunion zwischen den beiden Staaten vorsahen. Nach dem Ersten Weltkrieg scheiterte der Zusammenschluß an dem Verbot der Siegermächte.

Am 20. 3. 1931 wurde der Plan einer Zollunion zwischen dem Deutschen Reich und Österreich bekanntgegeben. Frankreich und die Kleine Entente (zur Kleinen Entente gehörten CSR, Jugoslawien und Rumänien) liefen dagegen Sturm und drückten wirtschaftlich so stark auf Österreich, daß die Österreichische Kreditanstalt zusammenbrach. Sie wurde dann mit englischen Krediten wieder flottgemacht. Als Kompromiß schlug Großbritannien vor, den Plan vor den Haager Gerichtshof zu bringen. Dieser entschied am 5. 9. 1931, daß der Plan unzulässig sei.

Man sollte aus der Geschichte der Zeit zwischen den Kriegen diese Episode nicht vergessen, wenn man von dem Verhältnis des Deutschen Reiches zu Österreich spricht.

Mit freundlichen Grüßen
P. Range
Titisee-Neustadt

Die Redaktion behält sich das Recht vor, Leserbriefe sinnentsprechend zu kürzen. Je kürzer die Zuschrift ist, desto größer ist die Möglichkeit der Veröffentlichung.

Personalien

GEBURTSTAG

Ein Jubilar im Hause Axel Springer, in der WELT-Redaktion: **Klaus Geitel**, kunstsinniger Zeichner der Musik-, Ballett- und Opernszene weltweit, feierte mit Kollegen, Freunden und Anhängern des gepflegten, treffenden Wortes in Berlin seinen 60. Geburtstag. Unter dem Motto „C'est le ton, qui fait la musique" erntete der weitgereiste mit Spreewasser getaufte Kritikus der internationalen Szenerie Lob und Dank für jahrzehntelange Arbeit für den Leser. Im Beisein der Intendanten **Götz Friedrich** (Deutsche Oper), **Herbert Sasse** (künftiger Staatsschauspiel-Chef), **Helmut Baumann** (Theater des Westens), Dr. **Peter Ruzicka** (Radio-Sinfonie-Orchester), Ballettdirektor **Gert Reinholm**, Festwochen-Chef **Ulrich Eckhardt**, WELT-Mitherausgeber **Matthias Walden**, WELT-Kritiker **Friedrich Luft** sowie Kultursenator **Volker Hassemer** hielt WELT-Feuilletonchef **Günter Zehm** die Laudatio. Er rühmte Geitels *Dreiklang*: „Ihre Begeisterung an der Sache, Ihre Liebe zur Sache und denen, die die Musik ausüben, und Ihren optischen Sinn, der Ihnen bei Ihrem akustischen Gewerbe immer sehr zustatten kommt." Geitel sei das Gegenteil eines „grämlichen Verwalters von Herrschaftswissen". Ihn zeichne „herzliche Gutgelauntheit auch in schwierigen Situationen" aus. Geitel sei „zu neidloser Bewunderung fähig, frei von heimlicher Rankünе, von Neidgefühlen, und einer der wenigen Kritiker, die auch wirklich loben können". Die „Geitel-Gemeinde", so Zehm, wachse weiter und empfinde „intensive Gefühle der Dankbarkeit". Zehm wies zugleich auf Geitels Ruf als „Gesamtberliner und gesamtdeutsche Institution" hin.



Jubilar Klaus Geitel, Gratulant Götz Friederich FOTO: Beltlich

Geitel revanchierte sich mit einer pointierten Gegenrede: „Weil bekanntlich Eigenlob stinkt, haben sich die Künstler vor langen Jahren den Kritiker erfunden. Das haben sie in der Zwischenzeit wahrscheinlich reichlich bereut. Der Kritiker hat sich emanzipiert. Er ist der alte Rühmer, den man sich erhoffte, nicht länger. Er begann, der Kunst vorsätzlich und gezielt in die Suppe zu spucken, die der Künstler, dennoch frohgemut, auslöffeln sollte." Er gehöre wohl noch, resümierte Geitel, „zu einer Generation, die sich nicht genierte, auch unverhohlen zu loben, zu bewundern, Herzlichkeit, Respekt und das bißchen uns allen zugängliche Wahrheit zum Nutzen von Kunst und Künstlern zu mischen und der Attraktionskraft des Anstands, des guten Geschmacks, der Höflichkeit zu vertrauen."

EHRUNGEN

Der amerikanische General **Thomas H. Taite** hat dem niedersächsischen Minister für Bundesangelegenheiten, **Wilfried Hasselmann**, und Innenminister **Egbert Möcklinghoff** in Hannover die Große Zivilverdienstmedaille überreicht. In seiner Laudatio hob der General den außergewöhnlichen Einsatz der beiden Minister für die US-Streitkräfte und ihre Familien in Norddeutschland hervor. Zugleich sei damit ein wesentlicher Beitrag zur Festigung der guten Beziehungen zwischen dem amerikanischen und dem deutschen Volk geleistet worden.

*

Der *ZDF-Hitparaden-Schnell*sprecher und Fernseh-Showmaster **Dieter-Thomas Heck** hat vom Bundespräsidenten das Bundesverdienstkreuz am Bande verliehen bekommen. Die Auszeichnung wird Heck am 18. September vom saarländischen Ministerpräsidenten **Werner Zeyer** (CDU) überreicht.

BERUFUNGEN

Der bisherige Leiter des Referats „Sowjetunion" im Auswärtigen Amt, **Alexander Arnot**, wird neuer Gesandter an der Botschaft der Bundesrepublik Deutschland in Moskau. Er wird den Dienstposten in Kürze antreten und dort **Hermann Huber** ablösen, der über vier Jahre in Moskau gewesen ist.

*

Günter Schödel, deutscher Botschafter in Peking, wurde nach Neu-Delhi versetzt. Seit 1952 im Auswärtigen Amt, war er seit März 1980 in der Volksrepublik China tätig.

Karl-Heinz Bilke, Hauptgeschäftsführer der Konrad-Adenauer-Stiftung e.V., ist im Alter von 50 Jahren in Bonn gestorben. Bilke, studierter Volkswirt, leitete viele Jahre in der Bonner Parteizentrale der CDU die politische Abteilung. Er gehörte zu den Mitarbeitern im Bonner Adenauer-Haus, die 1973 den organisatorischen Übergang von der Ära Barzel zu Helmut Kohl vorbereiteten. Kohl berief Bilke unmittelbar nach seiner Wahl zum Parteivorsitzenden zum Bundesgeschäftsführer der Partei. Später wechselte Bilke als Hauptgeschäftsführer zur Adenauer-Stiftung.

FERNSEHEN / Vertrag mit ARD/ZDF läuft aus

Deutscher Sportbund steht vor Zerreißprobe

dpa, Berlin

Die Entwicklung der Neuen Medien stellt den Deutschen Sportbund (DSB) vor eine Zerreißprobe. Der auf fünf Jahre befristete Globalvertrag des DSB mit den öffentlich-rechtlichen Fernsehanstalten ARD und ZDF läuft am 31. Dezember aus. Die von DSB-Präsident Willi Weyer gewünschte Verlängerung scheiterte bisher an der Uneinigkeit der Fachverbände, von denen einige beträchtliche finanzielle Gewinne durch das Kabel- und Satellitenfernsehen erwarten. „Gelingt es nicht, die Solidarität des Sports zu wahren, droht eine verhängnisvolle Spaltung. Dann werden die privaten Anbieter mit zwölf telegenen Verbänden extra Verträge abschließen", sagte Weyer auf einem Presseworkshop in Berlin.

Das entscheidende Gespräch der Fachverbände soll am 26. Oktober stattfinden. Dann soll auch die schon lange geforderte „Mediengesellschaft des Deutschen Sports" Wirklichkeit werden. Nach Weyers noch recht vagen Vorstellungen hat die Mediengesellschaft gleichzeitig Verhandlungen mit den Vertretern der öffentlich-rechtlichen Anstalten und denen der Neuen Medien zu führen.

Diese Verhandlungsrunde soll unter dem Motto „Kooperation" stehen. Schon jetzt ist allerdings ein erbitterter Konkurrenzkampf zwischen den Fernsehanstalten und den vorrangig an Gewinnen interessierten Betreibern der Neuen Medien entbrannt. Die ARD hat ihr Sportangebot in den Regional- und Dritten Programmen in der Vergangenheit beträchtlich erweitert.

Für die Fortsetzung des Globalvertrages verlangt Weyer von ARD und ZDF insgesamt sechs Millionen Mark. Bisher wurden drei Millionen Mark auf die 52 Mitgliedsverbände des DSB verteilt. Der Deutsche Fußball-Bund (DFB) und Deutsche Eishockey-Bund (DEB) standen dabei im Abseits. Sie hatten eigene Regelungen getroffen.

Als Geltungsdauer des möglichen neuen Vertrages nannte der DSB-Präsident vier Jahre. Einige Fachverbände haben aber bereits Einjahresverträge gefordert. Die Fernsehanstalten werden künftig nicht mehr der einzige Vertragspartner sein. „Eine Ausschließlichkeit wird es nicht mehr geben", stellte Weyer unmißverständlich fest. Das von ARD und ZDF nicht verwendete Material muß anderweitig genutzt werden können.

Der DFB hat durch den Landessportbund (LSB) Rheinland-Pfalz bei den Neuen Medien den Fuß in der Tür. Der rührige Landessportbund sendet beim Kabelpilotprojekt Ludwigshafen auf dem Kanal der „Ersten Privaten Fernsehgesellschaft" (EPF) täglich zwischen zehn und 30 Minuten Sport aus den Vereinen im Raum Ludwigshafen/Mannheim. Jeden Sonntag kommentiert hier Klaus Schlappner, der Trainer des Fußball-Bundesligaklubs Waldhof Mannheim, mit humorvollen Worten für die 5 000 angeschlossenen Haushalte die Bundesliga-Ereignisse vom Vortag.

Seit April gibt es die „Arbeitsgemeinschaft Deutscher Sportkanal" im Satellitenfernsehen-Bereich. Die AG ist ein Zusammenschluß von 22 Verbänden und Organisationen aus dem Sport und wurde durch den LSB Rheinland-Pfalz und von Josef Nekkermanns „Fördergesellschaft Deutsche Sporthilfe" ins Leben gerufen. Die von der Gründung zunächst überraschte DSB-Führung hat sie inzwischen als „Vorläufer der Mediengesellschaft des Sports" anerkannt.

Der Deutsche Sportkanal hat als Partner die „Programmgesellschaft für Kabel- und Satellitenfunk" (PKS). Das ist ein Zusammenschluß der Genossenschafts- und Raiffeisenbanken mit Handelsketten (Edeka). Über den Westbeam des Direktsatelliten ECS 1 lieferte der Sportkanal während der Olympischen Spiele täglich 30 Minuten Informationen aus und über Los Angeles.

Zur Zeit ist das Sportangebot für die wenigen Empfänger in Ludwigshafen, München und Berlin auf täglich fünf Minuten Nachrichten reduziert.

GALOPP / Ein kleines Gestüt erregt Aufsehen

„Herr auf Rietberg" kaufte Hengst Ashmore

Die Namen der Gestüte Schlenderhan, Röttgen, Zoppenbroich und Fährhof gehören im deutschen Galopp-Rennsport und in der Vollblut-Pferdezucht praktisch zum täglichen Sprachgebrauch. Ein kleines Gestüt, das noch nicht zu den etablierten zählt, machte jetzt durch einen interessanten Kauf auf sich aufmerksam. Das Gestüt Rietberg erwarb den 13jährigen Deckhengst Ashmore. Gestütsbesitzer ist Carl-Friedrich Tenge-Rietberg (50), der in der ostwestfälischen Kleinstadt Rietberg und Umgebung vielseitige Geschäfte betreibt – von der Forstwirtschaft (900 Hektar Wald) bis zu rollenden Betonmischern. Als „Herr auf Rietberg" ist er als Presbyter der evangelischen Kirchengemeinde kurioserweise seit alters her Patronatsherr über die katholische Kirche des Ortes und hat das letzte Wort bei der Besetzung der Pfarrstellen. Die Toreinfahrt zum Gestüt schmückt eine Rokoko-Kapelle aus dem Jahre 1847 – auch sie gehört ihm.

In der Vollblutzucht plant der „Herr auf Rietberg" langfristig und ohne große Illusionen: „Ich bin nicht so vermessen, daran zu glauben, daß wir in wenigen Jahren im deutschen Turf ganz oben mitmischen. Das braucht Jahre, einen langen Atem und Beharrlichkeit." Deshalb hat er jetzt auch Ashmore gekauft, der bislang zur Pacht bei ihm stand. Vor zwölf Tagen wurde der Hengst aber nach Frankreich gebracht, japanische Züchter hatten großes Interesse an ihm. Tenge: „Es begann ein Pokerspiel." Er hat es gewonnen, aber er dürfte wohl kaum unter eine Million Mark bezahlt haben, um Ashmore in den Stall zu bekommen. Tenge: „Ich mußte schon fast über meinen Schatten springen."

*

Vier Pferde aus der UdSSR und zwei aus Polen sind zum Europa-Meeting in Köln eingetroffen. Der Transport kam aus Berlin-Hoppegarten, wo vor kurzem ein Meeting des Ostblocks stattfand. Im sowjetischen Aufgebot fehlt Nikolai Nassibow, dreifacher Siegreiter des Hengstes Anilin, der den Preis von Europa von 1965 bis 1967 gewann. Nassibow war auch Trainer von Aden, der 1978 in Köln siegte. Der bauernschlaue Coach soll beim Kaviarschmuggel ertappt worden sein und mußte deshalb offenbar zu Hause bleiben. Bestes Pferd im UdSSR-Aufgebot ist der in diesem Jahr noch ungeschlagene Derby-Sieger Art.

*

Am Sonntag findet auf der Rennbahn Neue Bult in Hannover-Langenhagen der Deutsche Stutenpreis (Europa-Gruppe III, 70 000 Mark, 40 000 Mark der Siegerin, 2400 m) statt. Die Favoriten: Slenderella und Las Vegas. Zum 31. März 1985 hat der Hannoversche Rennverein den Vertrag mit seinem Geschäftsführer Jürgen von Sichart (58) gekündigt. Sichart war in Doppelfunktion Manager der Derby-Bahn in Hamburg und in Hannover. Die Kündigung erfolgte zunächst vorsorglich, um nicht den Gehaltsanteil von Hamburg mittragen zu müssen, das den Kontrakt schon vorher aufkündigte. Ob Sichart in Hannover bleibt, ist unklar. Am 17. September tagt der Vorstand erstmals nach dem plötzlichen Tod des Präsidenten Klaus von Kardorff. Da die Finanzlage in Hannover bedrohlich ist, scheint eine Lösung ohne hauptamtlichen Manager möglich.

*

Der zweijährige englische Hengst Provideo hat in diesem Jahr bereits 15 Rennen bei 20 Starts gewonnen. Das ist Jahrhundertrekord für ein zweijähriges Pferd. 1885 hatte The Bard 16 Rennen in einem Jahr gewonnen. Im Durchschnitt ist Provideo alle zehn Tage gelaufen – auf den 14 Rennbahnen von Goodwood, Sandown, Lingfield, Windsor, Epsom, Folkstone, Leicester, Haydock, Doncaster, Pontefract, Ripon, Catterick, Thirsk und Beverley.

KLAUS GÖNTZSCHE

TRIATHLON / Kampf für harte Männer oder bald ein neuer Volksport?

● Triathlon (griechisch: Dreikampf) ist das Ergebnis einer Wette. 1978 stritt Marine-Offizier John Collins mit Kollegen, welche der drei jährlich auf Hawaii ausgetragenen Ausdauer-Wettbewerbe der härteste sei: Das Waikiki Rough Water Swim (3,8 km Meeresschwimmen), das Radrennen von Oahu (180 km) oder der Honolulu-Marathon (42,2 km). Niemand wollte die Wette entscheiden. Ergebnis: Triathlon, der neue Wettbewerb, bei dem alle drei Hawaii-Wettkämpfe zusammengezogen und hintereinander ohne Pause innerhalb von 24 Stunden ausgetragen wurden.

● 15 Teilnehmer starteten im Februar 1978 auf Hawaii zum ersten Triathlon-Wettbewerb. Der Sieger, der Amerikaner Gordon Heller, benötigte für die Strecke von insgesamt 226 Kilometern schwimmend, radfahrend und laufend 12:20,27 Stunden. Er durfte sich „Ironman" (Eisenmann) nennen. Inzwischen trägt das ganze Spektakel den Namen Ironman, veranstaltet wird es alljährlich im Oktober mit inzwischen Tausenden von Teilnehmern. Und nur noch Profis haben eine Siegchance – mit Zeiten, die um rund drei Stunden unter der Leistung des ersten Siegers liegen.

● Schwimmen, Radfahren, Laufen – das ist die Reihenfolge beim Triathlon. Inzwischen gibt es vier Wettkampfstrecken. Ultra-Triathlon: Über 3 km Schwimmen, über 100 km Radfahren, über 30 km Laufen. Lang-Triathlon: 2 bis 3 km Schwimmen, 50 bis 100 km Radfahren, 15 bis 30 km Laufen. Kurz: bis 2 km Schwimmen, bis 50 km Radfahren, bis 15 km Laufen. Sprint: 350 m Schwimmen, 35 km Radfahren, 6 km Laufen. Geschwommen wird in offenen Gewässern, Hilfsmittel (Flossen) sind verboten. Beim Radfahren sind Teamarbeit und Windschattenfahren nicht erlaubt.

Die muskelbepackten „Eisenmänner" werden langsam ins Abseits gedrängt

ULLA HOLTHOFF, Köln

Das Stichwort heißt Triathlon. Es reicht aus, um am Wochenende 2000 Menschen zu moblisieren. Triathlon – der jüngste Modesport, zieht immer mehr Jünger in seinen Bann. Für zwei Tage werden sie nun das Gelände um den Fühlinger See in Köln zu ihrem Mekka machen. Gesucht wird der Europameister. Noch wird ihr Sport von einem Hauch Mystik und Exotik umweht, noch gilt er als spektakulär und ein bißchen elitär. Die Europameisterschaft in Köln soll ihm auch populär machen.

„Triathlon – die Krone der Ausdauer" (Buchtitel) ist radikal und provozierend. Die Reaktionen sind entsprechend: Begeisterung oder Ablehnung, „super" oder „Wahnsinn". Die Meinungen sind so extrem wie das Image dieses Sports, dessen Siegeszug durch die ihm eigene Ironman-Philosophie begründet wurde. Bilder von den „Eisenmännern", fast unwirkliche, fast beschwörende Bilder von Männern und Frauen in der sengenden Hitze von Hawaii haben eine Faszination und einen Boom ausgelöst, der ohne die Kameras der amerikanischen Fernsehgesellschaft ABC nicht entstanden wäre. Ohne ABC und die Bilder, die 1981 um die Welt gingen, wäre Triathlon vermutlich immer noch ein exklusiver Wettbewerb für eine Handvoll Insider.

Doch die Bilder animieren, weil sie faszinieren. Sie vermittelten Leistung und Anstrengung, Energie, Kraft und eiserne Willenstärke. Sie machten betroffen, schreckten ab – und forderten heraus. Die Fernsehbilder vom Ironman waren auch für jene Athleten Anstoß, die sich heute gegen das eisenharte Image ihres Sports wehren.

Klaus Klaeren (27), der deutsche Meister, gehört zu ihnen. Und Günter Kissler (47), der Verbandsvorsitzende, ein ehemaliger Amateur und Profi-Radrennfahrer. Beide gehören inzwischen zu den Etablierten der bislang noch unübersichtlichen Triathlon-Szene, die noch von Wildwuchs beherrscht wird, von Individualisten und Privatinitiativen. Allmählich aber wird auch Triathlon vom sogenannten organisierten Sport vereinnahmt. Ab 1985 wird es einheitliche Verbände und Dachverbände geben: den Deutschen Triathlon-Bund (DTrB) in der Bundesrepublik, die European Triathlon Union (ETU) für Europa.

Triathlon wird gesellschaftsfähig und damit vielleicht seiner Ursprünglichkeit, seiner Originalität und Originale beraubt. Längst sind nicht mehr wettende Marine-Offiziere, sondern (Ausdauer-)Spezialisten unterwegs. Mediziner, Wissenschaftler und die Sportartikel-Industrie haben sich des Phänomens bemächtigt. Sie sind um Seriosität bemüht, die „Verrückten" sind nicht mehr gefragt. Männer wie Manuel Debus (36) aus Nürnberg sind verschwunden. Oder tauchen bei lukrativen Profi-Veranstaltungen in den USA wieder auf. Debus behauptet, einer der ersten deutschen Triathleten gewesen zu sein. Der Mann, der eher an einen Body-Builder denn an einen Ausdauersportler erinnert, nimmt für sich in Anspruch, gemeinsam mit Freund Detlef Kühnel den Triathlon 1981 nach Deutschland gebracht zu haben. Daraus leitete er Sachkompetenz ab, bezeichnete sich nicht nur als Pionier und Weltklasseathlet, sondern ernannte sich auch zum Bundestrainer. Er stand einem Verband vor (Deutscher Triathlon Verband, DTV), der „betriebsblinde Funktionäre" fürchtete und deshalb in seiner Satzung vorschrieb, daß mindestens drei Vorstandsmitglieder einen Triathlon überstanden haben müßten. Debus verkündete die Idee, Triathleten bräuchten gesunde Härte gegen sich selbst und „einen an den normal üblichen Schwachstellen gut bemuskelten Körper".

Um Muskeln, Schweiß und Lorbeer kreist das Denken der Kraftpakete vom Schlage eines Manuel Debus. Wettkämpfe für Frauen, Kinder und Jugendliche entsprechen nicht seiner Geisteshaltung. Die Rolle, die sein Verband Frauen und Kindern zudachte, weist in die Vergangenheit: Als Familie sollten sie dem Triathleten „Rückenstärkung" sein, über „Schwierigkeiten hinweghelfen" und stolz sein auf die „Leistung, die das (Familien-)Mitglied erbracht hat".

Diese Verbandspolitik hat sich nicht durchgesetzt, der Deutsche Triathlon-Verband (DTV) hat keinen Einfluß mehr. „Leute wie Manuel Debus haben unserem Sport mehr geschadet als geholfen", sagt Klaus Klaeren, der im Sommer bereits deutscher und Europameister wurde. Beides inoffiziell, weil offizielle Meisterschaften wegen der bislang ungeklärten Verbandssituation erst ab 1985 ausgetragen werden.

Die Kraftpakete haben keine Chance mehr in diesem Sport. Gefragt sind (Tri-)Athleten wie Klaus Klaeren, mit 1,83 m Größe und 68 bis 70 kg Gewicht beinahe schon ein Prototyp. Wie rund die Hälfte aller Triathleten war Klaus Klaeren früher Langstreckenläufer. Inzwischen schwört der Sportstudent auf die Vielseitigkeit seines neuen Sports, für die er nahezu ideale Voraussetzungen mitbringt: einen auf Ausdauer trainierten Körper, Beständigkeit, Ehrgeiz, Trainingsfleiß und Zuverlässigkeit. Erfolge haben für Klaus Klaeren deshalb einen hohen Wert, weil er demnächst aus seiner Passion eine Profession machen will. Er lebt nur für Triathlon, weil er eines Tages als Trainer von ihm leben möchte. Titel und Siege könnten den Einstieg ins Trainergeschäft erleichtern.

Gemeinsam mit Kommilitonen von der Deutschen Sporthochschule Köln gründete er 1982 die Triathlon-Abteilung des SV Gerolstein, inzwischen einer der größten und erfolgreichsten Vereine. Klaus Klaeren ist der Motor, Teamchef und das sportliche Vorbild für rund 60 Triathleten, Männer und Frauen zwischen 14 und 55 Jahren. Für sie wird Triathlon, der typische Individualsport, zum Gruppenerlebnis mit gemeinsamem Training und überlegenen Siegen bei Mannschaftswertungen in Wettkämpfen. Trainingspläne werden vorwiegend von Klaus Klaeren aufgestellt, anhand praktischer Erfahrungen und theoretischer wissenschaftlicher Erkenntnisse. „Vernünftig aufgebaut, ist Triathlon ein Sport für jedermann", behauptet Klaeren.

Er selbst trainiert 15 bis 20 Stunden wöchentlich und nutzt Urlaube als Trainingslager. Trotzdem ist der Ultra-Triathlon, der Ironman, für ihn kein Thema. Er sagt: „Das empfiehlt sich nur für Profis, die genügend Zeit zum Training haben. Mein Trainingsaufwand reicht nur aus, um den Lang-Triathlon ohne gesundheitliches Risiko zu bewältigen." Eine sachlich-nüchterne Einschätzung, obwohl auch er ursprünglich der Faszination der Ironman-Bilder erlag. Doch Triathlon ist längst im Begriff, sich von seinem eisenharten Mythos zu befreien.



SPORT-NACHRICHTEN

Handball: WM-Setzliste

Basel (sid) – Die Veranstaltungs- und Organisationskommission des Handball-Weltverbandes IHF hat die Setzliste für die A-Weltmeisterschaft 1986 in der Schweiz zusammengestellt. Als namentlich bekannte Teilnehmer stehen neben Deutschland bisher Olympiasieger Jugoslawien, Rekord-Weltmeister Rumänien, Dänemark, Schweden, Island und WM-Gastgeber Schweiz fest. Zusätzlich werden die Kontinentalmeister von Afrika, Asien und Panamerika vertreten sein.

Erste Partie remis

Wolgograd (dpa) – Remis endete in Wolgograd die erste Partie zur Schach-Weltmeisterschaft der Damen. Darauf einigten sich nach 25 Zügen die sowjetische Titelverteidigerin Maja Tschiburdanidse und ihre Landsmännin Irina Lewitina.

Verfahren abgeschlossen

Köln (dpa) – Die jahrelangen gerichtlichen Auseinandersetzungen zwischen Fußball-Profi Paul Steiner (27) vom 1. FC Köln und dem früheren Kölner Nationalspieler Heinz Flohe scheinen beendet zu sein. Am Dienstag lief beim Bundesarbeitsgericht Kassel die letzte Revisionsfrist ab. Steiner (damals MSV Duisburg) hatte Flohe vor knapp fünf Jahren bei einem Zusammenprall so schwer verletzt, daß dieser seine Karriere beenden mußte. Flohe hatte vergeblich versucht, Schmerzensgeld in Millionenhöhe einzuklagen.

Liverpool unerwünscht

London (dpa) – Der englische Fußball-Rekordmeister FC Liverpool kann das geplante Supercup-Spiel gegen Juventus Turin nicht in Monte Carlo austragen. Die Behörden des Fürstentums Monaco weigern sich, den FC Liverpool zu empfangen, weil sie eine Invasion von englischen Rowdys befürchten. Liverpool forderte die UEFA auf, für den Supercup einen ständigen Austragungsort festzusetzen.

Gehirnerschütterung

St. Gaudens (sid) – Der spanische Radprofi Carlos Hernandez zog sich nach einem Sturz bei der Tour de l'Avenir eine Gehirnerschütterung zu. Hernandez war kurzzeitig Spitzenreiter der Rundfahrt.

Wieder in Garmisch?

München (sid) – Garmisch-Partenkirchen wird sich möglicherweise um die Ausrichtung der alpinen Ski-WM 1991 bewerben. Die Olympiastadt von 1936 hatte gegen die Region Berchtesgaden die Kandidatur für die Winterspiele 1992 verloren.

Holyfield wird Profi

New Jersey (sid) – Der Halbschwergewichts-Boxer Evander Holyfield, Bonzemedaillen-Gewinner in Los Angeles, unterschrieb einen Profivertrag. Dem 21jährigen werden in dem Kontrakt über eine Million Dollar Gage und fünf im Fernsehen landesweit übertragene Kämpfe garantiert. Den ersten wird Holyfield am 15. November austragen.

ZAHLEN

FUSSBALL

Qualifikation zur Junioren-Europameisterschaft (U 21): Schweden – Portugal 1:1. – Junioren-Freundschaftsspiel: Schottland – Deutschland 2:1. – **Zweite Liga:** Ulm – Nürnberg 3:2, Bürstadt – Offenbach 0:1. – **Freundschaftsspiele:** Rheinsheim – Waldhof Mannheim 1:7, Liedolsheim – Karlsruher SC 1:7.

EISHOCKEY

Freundschaftsspiele: Krefelder EV – Roter Stern Belgrad 11:3, Eintracht Frankfurt – Kölner EC 1:7.

STAND ● PUNKT

Los Angeles, der Überschuß und die Dritte Welt

Sportliche Entwicklungshilfe für die Dritte Welt – das ist einer der dringlichsten Pläne der olympischen Bewegung. Aber der Wille allein kann keine Berge versetzen, da bedarf es zweckgebundener finanzieller Grundlagen. Das Organisationskomitee der Olympischen Sommerspiele von Los Angles (LAOOC) macht einen Anfang: Es spendet 25 Millionen Dollar für den Sport in der Dritten Welt. Etwa 100 Millionen Dollar sollen in die Entwicklung der in den USA bislang eher unbekannten olympischen Sportarten gesteckt werden. Diese Summen sind ein Teil des Überschusses von 150 Millionen Dollar, der durch den Verkauf von Eintrittskarten und Fernsehrechten erwirtschaftet wurde.

Zum erstenmal in der Geschichte der Sommerspiele gab es ein Plus, und das soll in erster Linie dem Sport zugute kommen. Den olympischen Kreislauf stärken mit dem, was Olympia erbrachte – damit hat Los Angeles sporthistorische Meilensteine gesetzt. Die Geiferer gegen den „Kommerz" müssen spätestens jetzt vor Scham erröten.

Denn die olympische Bewegung kann nur dann fortbestehen, wenn sie sich so wenigen Abhängigkeiten wie möglich aussetzt. Wenn sie weitgehend unabhängig von privaten und staatlichen Geldgebern arbeitet. Und wenn sie denen helfen kann, die bislang nur bestauntes Beiwerk der großen Olympia-Show sind.

Da ist die Marokkanerin Nawal El Moutawakil, die Siegerin über 400 Meter Hürden. Die erste afrikanische Goldmedaillengewinnerin habe eine Tür „auf unserem Kontinent weit aufgestoßen" schrieb das Blatt „Die Jugend Afrikas". Los Angeles wirkt nach – nun allemal.

K. Bl.

Wer oft fliegt, stellt hohe Ansprüche: Lufthansa Business Class.

Es ist schon ein Unterschied, ob man einmal im Jahr in den Urlaub fliegt oder ständig geschäftlich unterwegs ist. Was für den Touristen ein Erlebnis ist, ist für den Geschäftsreisenden Arbeit. Der Vielflieger muß sich auf Gespräche oder Verhandlungen vorbereiten können und möchte sich so gut wie möglich entspannen. Denn je ausgeruhter er ankommt, desto besser fürs Geschäft.
Auf allen Lufthansa Langstrecken-Flügen gibt es deshalb die Business Class. Mit separatem Check-in an vielen Flughäfen. Mit breiten bequemen Sesseln und genügend Beinfreiheit, mit Musik- und Filmprogrammen. Mit reichhaltigem Getränkeangebot und Menüauswahl. Und z. B. auch mit Zahnbürste und heißem Saunatuch zur Erfrischung.
Das sind nur einige unserer Beiträge zur Entspannung.



Der Unterschied ist Lufthansa

Fragen Sie Ihr Reisebüro mit Lufthansa-Agentur.

Wie die Manöver der NATO gestört werden sollen

MANFRED SCHELL, Bonn

Mit dem Aufruf der SPD-Führung an ihre Mitglieder, sich an den Protesten gegen die Herbstmanöver von NATO-Einheiten in der Bundesrepublik Deutschland zu beteiligen, machen die Sozialdemokraten nach Auffassung von Bundesverteidigungsminister Manfred Wörner Front gegen die Politik des Bündnisses. Sie falle der Bundeswehr in den Rücken. Intern ist innerhalb der Bundesregierung die Rede davon, daß die an Auszehrung leidende Protestbewegung durch diese Art von Bündnispolitik der SPD einen „Push" erhalte.

In Aufzeichnungen der zuständigen Behörden, die zur Unterrichtung des Bundeskabinetts gedacht sind, wird das Ausmaß der in einzelnen Zirkeln geplanten Aktionen beschrieben: „Bummel-Konvois zur Behinderung von Truppenbewegungen, Veränderung von Wegweisern und sonstigen militärischen Hinweiszeichen, die Störung des Funk- und Fernmeldeverkehrs, Blockaden von Treibstofflagern, Verpflegungstrupps und Instandsetzungszügen". Dies soll unter anderem im Raum Hildesheim und Fulda geschehen, auch von der Besetzung eines Schießplatzes und der Störung des militärischen Flugbetriebs sowie der Radarüberwachung durch „Alu-Drachen" ist in diesem Zusammenhang die Rede. Ein „Ermittlungsausschuß" soll, wenn sich die staatlichen Organe gegen solche rechtswidrigen Aktionen zur Wehr setzen, „Übergriffe" feststellen und bei Festnahmen juristischen Beistand leisten.

Vorgesehen ist unter anderem auch eine „Menschenkette" von Hasselbach im Hunsrück aus zum Arbeitsamt in Duisburg. Eine Abschlußkundgebung wird in Bonn vorbereitet. Dieser „Menschenkette" wird große Werbewirksamkeit für spätere Veranstaltungen beigemessen. Für die Kundgebung am 20. Oktober in Hamburg sollen als Redner der Bürgermeister von Leningrad, aus den USA Jesse Jackson und aus Schweden Olof Palme eingeladen werden. Teilnehmerzahlen und der Verlauf dieser Aktionen, so heißt es in amtlichen Lageeinschätzungen, „lassen sich nur schwer abschätzen." In mehreren an der Protestbewegung beteiligten Gruppen wird offen über den nachlassenden Einfluß der „Friedensbewegung" in der Bevölkerung gesprochen.

Israel: Nun doch wieder eine Kleine Koalition?

Streit zwischen Peres und Shamir / Sharon im Hintergrund?

EPHRAIM LAHAV, Jerusalem

Nach fast sechs Wochen langen Verhandlungen und knapp drei Stunden, bevor die Regierung der Nationalen Einheit der Knesset vorgestellt werden sollte, brach gestern das mühsam errichtete Koalitionsabkommen wie ein Kartenhaus zusammen. Eine Kleine Koalition unter Führung der Arbeiterpartei steht wieder auf der Tagesordnung und könnte sich der Knesset schon heute mittag zum Vertrauensvotum stellen – es sei denn, der Likud lenkt in letzter Minute ein.

Bezeichnend für die Atmosphäre ist die Stellungnahme von Yigal Hurwitz, ehemaliger Finanzminister in der Likud-Regierung unter Begin. Hurwitz, der als einer der energischsten Vorkämpfer für eine Regierung der Nationalen Einheit galt, erklärte, er sei jetzt bereit, sich auch einer Kleinen Koalition unter Führung von Peres anzuschließen.

Die Zerwürfnisse zwischen den beiden Blöcken waren deutlich geworden, als gestern vormittag eine Sprecherin der Knesset mitteilte, daß die Vertrauensabstimmung auf Donnerstag verschoben werden müsse. In der Nacht zuvor war es unter anderem zum Streit um die Besetzung des Ministeriums für religiöse Angelegenheiten gekommen. Die beiden Parteichefs waren so überzeugt gewesen, für die noch offenen zweitrangigen Fragen einen Ausgleich zu finden, daß sie die Ausarbeitung ihren Assistenten überließen. Als jedoch Shamir nach einer letzten Besprechung mit seiner Partei zu Peres zurückkam und ihm ultimativ mitteilte, er müsse auf die Lösung der Fragen im Sinne des Likud bestehen, sonst gebe es kein Einverständnis, lehnte Peres ab.

Der begründete Verdacht herrscht bei der Arbeiterpartei, daß im Hintergrund der Verhandlungen das Vorhaben einer Großen Koalition von Ariel Sharon torpediert worden ist. Shamir hatte bei seiner Unterredung mit Peres klargemacht, daß er bei den offenen Fragen zu einem Kompromiß bereit gewesen wäre, aber von der von Sharon geführten Truppe überstimmt worden sei.

In der Arbeiterpartei herrscht der Eindruck vor, daß Sharon Shamir von der Führung des Likud verdrängen möchte, um bei den nächsten Wahlen dessen Nachfolge anzutreten.

Verstärkt wurden diese Vermutungen noch von einem Interview, das der Bürgermeister der Stadt Kirait, David Magen, der als getreuer Anhänger Sharons gilt, dem israelischen Rundfunk gab. Magen griff Shamir in scharfen Worten an und nannte ihn „unfähig zum Regieren, ein Mann, der ausgespielt hat". Weiter sagte er: „Wir haben viel bessere und fähigere Leute, die das Amt des Premierministers bekleiden könnten".

Hat Sacharow publiziert?

AP, Moskau

Zum erstenmal seit mehreren Jahren soll der oppositionelle sowjetische Physiker und Nobelpreisträger Andrej Sacharow wieder einen Beitrag in einer offiziellen sowjetischen Zeitschrift veröffentlicht haben. Wie ein Vertreter der Akademie der Wissenschaften in Moskau mitteilte, sei Sacharows Artikel in dem Fachblatt „Journal für Theoretische und Experimentelle Physik" erschienen. Der 62jährige Sacharow, der seit 1980 in Gorki in der Verbannung lebt, war im vergangenen Frühjahr in einen Hungerstreik getreten, um eine Ausreiseerlaubnis für seine Frau Jelena Bonner zu erzwingen. Im August war er in ein Krankenhaus eingeliefert worden.

Pinochet will bis 1989 regieren

AFP, Santiago

Der chilenische Staatschef General Augusto Pinochet will, unbeirrt von dem starken nationalen und internationalen Protest gegen sein Regime, bis 1989 weiterregieren. In einer Botschaft zum 11. Jahrestag des von ihm angeführten Militärputsches gegen die Regierung von Salvador Allende erklärte Pinochet in Santiago, nach der Verfassung laufe sein Mandat noch fünf Jahre weiter. Daran werde er sich halten.

Pinochet bezeichnete die jüngsten „Protesttage", mit denen die Opposition ihrer Forderung nach einer Rückkehr zur Demokratie Ausdruck gab, als „gefährliche Keime der Subversion".

Abgasarme Autos: Steuererlaß?

Kompromiß zwischen Bundesregierung und Unionsmehrheit im Bundesrat zeichnet sich ab

MANFRED SCHELL, Bonn

Im Streit um das abgasarme Katalysatoren-Auto zeichnet sich jetzt ein Kompromiß ab, der sowohl von der Bundesregierung als auch der CDU/CSU-Mehrheit im Bundesrat getragen werden könnte. Danach soll beim Kauf eines solchen Modells eine Rückvergütung aus der Kraftfahrzeugsteuer gezahlt werden, die in etwa den Mehrpreis des Katalysators, der bis auf 1500 Mark geschätzt wird, ausgleicht. In einem Koalitionsgespräch bei Bundeskanzler Helmut Kohl wurde gestern darüber beraten. Bundesinnenminister Friedrich Zimmermann (CSU) hatte zuvor über diesen Weg mit den Ministerpräsidenten Strauß und Späth gesprochen. Er ist der Meinung, daß auch die übrigen von der CDU regierten Bundesländer am Freitag im Bundesrat ihre Zustimmung dazu geben könnten.

Die Rückvergütung aus der Kraftfahrzeugsteuer würde aus der Sicht des Innenministers sowohl dem Verlangen von Bundesfinanzminister Gerhard Stoltenberg (CDU) nach einer „ordnungspolitisch sauberen Lösung" und seiner Intention nach einem „unmittelbaren Kaufanreiz" gerecht. Allerdings war gestern noch nicht abschließend zu erkennen, ob Stoltenberg, der neben generellen Erleichterungen in der Kraftfahrzeugsteuer bislang keine weitergehenden Konzessionen machen wollte, diesen Kompromiß mitzutragen bereit ist.

Zimmermann erhoffte sich die Rückendeckung des Bundeskanzlers, der auf der Sitzung der CDU/CSU-Bundestagsfraktion unter dem Beifall der Abgeordneten von „großartigen Leistungen" des Ministers im Bereich des Umweltschutzes gesprochen hatte. Andererseits lassen die bereits jetzt vorliegenden Daten für den Waldschadensbericht, den das Bundeslandwirtschaftsministerium im Oktober erstatten wird, eine weitere Verschlechterung der Situation erkennen. Danach ist der Wald schon zu 40 Prozent geschädigt.

Der Kompromißvorschlag sieht vor, daß die Käufer von Katalysatoren-Autos zunächst fünf Jahre lang von der Kraftfahrzeugsteuer befreit werden und dann – der Übergangsprozeß ist auf zehn Jahre angelegt – steuerlich normal veranlagt werden, dafür aber schon vorab die genannte Rückvergütung durch die Finanzämter erhalten sollen. Finanziert werden sollen diese Mehrausgaben durch eine Erhöhung der Kraftfahrzeugsteuer für herkömmliche Autos und zwar um vier Mark pro hundert ccm Hubraum. Stichtag soll der 1. Januar 1986 bleiben, wobei allerdings mit einem „Push" im Zusammenhang mit der Vorstellung neuer Automodelle im Oktober 1986 gerechnet wird. Zu Beginn des Jahres 1986, so lauten die Absprachen mit der Mineralölindustrie, soll dann auch ein flächendeckendes Netz mit bleifreiem Benzin existieren. Die vorgesehene Rückerstattung würde unmittelbar den Autokäufern ausgezahlt werden und nicht – wie Zimmermann es bei seinem direkten Kaufanreiz vorgeschlagen hatte – den Herstellern mit der Auflage, ihn dann an den Konsumenten weiterzugeben.

Der nun zur Debatte stehende Kompromißvorschlag wurde mit der EG in Brüssel besprochen, unter anderem durch Bundeswirtschaftsminister Bangemann (FDP) und den Staatssekretär im Bundesinnenministerium, Kroppenstedt. Die EG, so heißt es, habe keine Einwände erhoben. Allerdings müsse sichergestellt sein, daß die Kostenerstattung nicht den tatsächlichen Mehrpreis für einen Katalysator übersteige. Dies aber sei ohnehin nicht vorgesehen gewesen. Die Sozialdemokraten wollen im Gegensatz zu dem Konzept der Bundesregierung die verbindliche Einführung des abgasarmen Autos ab 1. Januar 1986. Das würde einen nationalen Alleingang mit erheblichen Exportrisiken bedeuten.

Scharfe Kritik an Zimmermanns Plänen hat der ehemalige Bundeswirtschaftsminister Otto Graf Lambsdorff geübt. In einem Beitrag für die Illustrierte „Quick" schreibt Lambsdorff, er könne nicht eindringlich genug davor warnen, dem Käufer eines Umweltautos 1200 bis 1500 Mark in die Hand zu drücken. Noch nie habe es in der Bundesrepublik Deutschland Subventionen für Gebrauchsgüter gegeben. Ein Rattenschwanz von Subventionsforderungen wäre die Folge. Die Barprämienidee stelle „alle unsere wirtschafts- und finanzpolitischen Grundlagen auf den Kopf".

Etat-Konsolidierung ohne Sparopfer

● Fortsetzung von Seite 1

Der stellvertretende Fraktionsvorsitzende der SPD, der frühere Finanzminister Hans Apel, erklärte: „Haushaltskonsolidierung war und ist geboten." Sie sei von den früheren Finanzministern Matthöfer und Lahnstein eingeleitet worden und müsse der wirtschaftlichen Lage entsprechen. Wenn die Bundesregierung bei der beängstigenden Entwicklung der Massenarbeitslosigkeit lediglich auf ihre Haushaltskonsolidierung verweise, so sei dieses unzureichend.

Apel, der zuvor von Stoltenberg als der „fröhlichste, aber auch schlimmste Schuldenmacher der Nachkriegszeit" bezeichnet worden war, meinte, die Bundesregierung habe die massiven Einschnitte im Sozialbereich nicht zur Haushaltskonsolidierung verwendet. „Sie hat das Wort ‚Konsolidierung' bei den Sparaktionen als Vorwand genommen, um den kleinen Leuten zusätzliche Belastungen aufzuerlegen und den großen zusätzliche Vorteile zu geben." Überdies finde der versprochene Subventionsabbau nicht statt.

Die SPD fordert ein Sofortprogramm zur Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit, die Stärkung der kommunalen Investitionskraft und ein Sonderprogramm „Arbeit und Umwelt". Diese Vorstellungen wurden von dem stellvertretenden Fraktionsvorsitzenden der Union, Theo Waigel, entschieden abgelehnt: „Sie verlangen von uns, genau jene Fehler zu machen, die Sie bei Ihrer Art von Beschäftigungspolitik gemacht haben und die nicht nur in hoher Arbeitslosigkeit und zerrütteten Staatsfinanzen endeten, sondern auch die Sozialdemokraten um die Regierungsverantwortung gebracht haben." Der FDP-Experte Hans-Günter Hoppe wandte sich noch einmal entschieden gegen das Wort vom Totsparen.

Der Abgeordnete der Grünen, Hans Verheyen, kritisierte, daß die Umweltausgaben im Bundeshaushalt nur 0,4 Prozent ausmachten. Er forderte ein Sofortprogramm zur umfassenden Entgiftung der Umwelt, finanziert durch Umschichtungen im Haushalt.

Demonstration der Freundschaft bei Verdun

A. GRAF KAGENECK, Paris

Gemischte deutsche und französische Verbände im Brigaderahmen werden am 20. und 21. September bei Verdun in Ostfrankreich in einer gemeinsamen Verteidigungsübung die Waffenbrüderschaft zwischen den Streitkräften der beiden ehemaligen „Erzfeinde" demonstrieren und am darauffolgenden Tage, dem 22. September, in Gegenwart von Staatspräsident Mitterrand und Bundeskanzler Kohl auf den Schlachtfeldern von Verdun den Toten beider Völker die Ehre erweisen.

Mitterrand und Kohl hatten bei ihrem jüngsten Gipfeltreffen beschlossen, die endgültige Aussöhnung zwischen Deutschen und Franzosen auf den Gräberfeldern der größten Schlacht des Ersten Weltkrieges feierlich zu besiegeln. Wenig später hatte der französische Verteidigungsminister Charles Hernu wissen lassen, daß aus diesem Anlaß auch die enge Verbindung zwischen beiden Armeen demonstriert werden solle.

An der ersten über den Kompanierahmen hinausgehenden Übung gemischter Großverbände auf französischem Boden nehmen Panzer-, Luftabwehr- und Pionierverbände der ersten französischen Panzerdivision aus Trier und der 34. deutschen Panzerbrigade aus Koblenz teil. Beide Großverbände sind eng auf Bataillonsebene miteinander verflochten.

Zum Abschluß der Übung findet in Etain westlich von Verdun eine gemeinsame Feldparade vor den Oberkommandierenden des ersten französischen und des dritten deutschen Korps, den Generalen Moulton und Dietrich, statt.

Für die französische Seite kommt dieser Demonstration insofern Bedeutung zu, als sie jüngsten Bekenntnisse höchster Stellen zur Solidarität mit den europäischen Verbündeten bekräftigt. So hatte Verteidigungsminister Hernu bei der Einrichtung des dritten Armeekorps in dem neuen Standort Lille am vergangenen Sonntag von dem „entschlossenen Willen Frankreichs zur Abwehr eines Angriffes" nicht nur an, sondern auch jenseits seiner Grenzen gesprochen. Für den Gegner sei wichtig zu wissen, daß Frankreich auch konventionell verteidigt werde. Frankreichs konventionelle Streitkräfte seien Zeugnis für das Engagement an der Seite der Verbündeten und Freunde.

Schwachsinn der Gurus

ed. – Börsianer sind bekannt dafür, daß sie das Gras wachsen hören. Und die Tendenz an den Aktienmärkten wird von den Meinungen geprägt, die sich die Akteure über alles mögliche machen. Das ist überall in der Welt so.

Aber wundern muß man sich immer wieder über das blinde Vertrauen, das Wall-Street-Börsianer dem prophetischen Sinn ihrer bekannten Gurus schenken. Es grenzt geradezu an Schwachsinn. Dazu paßt es denn auch, daß der Markt schon dann durcheinandergewirbelt wird, wenn nur das Gerücht aufkommt, ein Guru habe seine Prognose geändert.

So geschah es vorgestern abend in New York. Die Wall Street haussierte auf das Gerücht hin, „Zinspapst" Henry Kaufman, Chefvolkswirt des Brokerhauses Salomon Brothers, sei aus dem Lager der Zinssteigerungsapostel in das der Zinssenkungspropheten übergewechselt. Doch der große Meister enttäuschte seine Anhänger bald mit einem Dementi. Lediglich der Tagesgeldzins am Bankengeldmarkt werde vorübergehend ein Schnäpschen niedriger sein als in der letzten Zeit, so verkündete Kaufman; doch seine Prognose, daß die Zinsen zum Jahresende steigen, habe er nicht geändert, ließ er wissen. Damit waren die schönen Kursgewinne wieder futsch.

Wenn sich die größte Börse der Welt so sehr von den Meinungen einzelner hin- und herreißen läßt, fragt man sich, wo da die Rationalität dieser Veranstaltung bleibt. Vielleicht ist das damit zu erklären, daß sich auf der New Yorker Finanzszene zuviele Taxifahrer und andere Unqualifizierte als angebliche Profis tummeln.

Widerruf

nl – In der Lebensversicherung wird ein Stück mehr Verbraucherfreundlichkeit praktiziert: Zug um Zug sind die Versicherungsunternehmen dabei, ihren Kunden beim Neuabschluß kapitalbildender Lebensversicherungen das Recht einzuräumen, von diesem Kontrakt innerhalb von zehn Tagen wieder zurückzutreten. So selten sind nämlich die Fälle nicht, in denen sich neue Versicherungsnehmer von cleveren Vertretern regelrecht überrumpelt fühlen. Immer wieder haben in der Vergangenheit Verbraucherschutz-Organisationen gefordert, im Punkte des Vertragsabschlusses von Seiten der Institute doch auch nach außen hin sichtbar mehr Kulanz einzubringen, wenngleich es bisher schon üblich gewesen ist, Kunden bei Nichtzahlung der ersten Prämie praktisch stillschweigend aus den Verträgen zu entlassen. Doch bekommt die Vertragsstartphase nunmehr ein Gesicht, das den Bedürfnissen besser gerecht wird. Die Versicherungsbranche baut also mögliche Angriffsflächen ab.

INTERNATIONALER WÄHRUNGSFONDS / Optimistische Wachstumsprognosen

Schleppende Erholung in zahlreichen Entwicklungsländern bereitet Sorgen

HORST-A. SIEBERT, Washington

Die Weltwirtschaft hat sich in den vergangenen anderthalb Jahren rascher erholt als erwartet, 1984 kann die globale Wachstumsrate preisbereinigt sogar vier Prozent erreichen. Zur Verstetigung der Expansion bedarf es jedoch – vor allem in den USA und Kanada – kühner fiskalpolitischer Korrekturen, um Rückschläge durch anhaltend hohe Zinsen zu vermeiden. Gestoppt werden muß zudem die Errichtung von Handelsschranken.

Zu diesem Schluß kommt der Internationale Währungsfonds (IWF) in seinem Jahresbericht, der zum Auftakt der am 24. September offiziell in Washington beginnenden Jahresversammlung der Finanzminister und Notenbankchefs aus 147 Mitgliedstaaten vorgelegt wurde. Im Gegensatz zu seinen vor sechs Monaten erarbeiteten Prognosen ist der Fonds heute viel optimistischer. Er eröffnet den Gouverneuren Projektionen, die auf der Wachstumsseite alle nach oben revidiert worden sind, während die Defizite in den Leistungsbilanzen nicht so hoch wie ursprünglich befürchtet ausfallen.

Sorgen bereitet dem IWF nach wie vor die schleppende Erholung in vielen Entwicklungsländern, die weiterhin bestehende Notwendigkeit außerordentlicher Maßnahmen zur Finanzierung hoher Auslandsschulden und der um sich greifende Protektionismus, „der bereits die Wirksamkeit von Wechselkursanpassungen und die Funktionsfähigkeit des Welthandelssystems gefährdet". Die wirtschaftliche Lage in der Dritten Welt sei weniger zufriedenstellend als in den Industriestaaten. Allerdings sei die Phase der Einfuhrdrosselung vorbei; weil die Devisenerlöse den Schuldendienst inzwischen überstiegen, könnten viele Entwicklungsländer ihre Importe ausweiten.

Den Industrienationen empfiehlt der Fonds ein striktes Festhalten an den wirtschaftspolitischen Prinzipien, die vor einigen Jahren für den Kampf gegen hohe Inflation und schrumpfendes Wachstum aufgestellt worden seien. Zugleich dringt der IWF auf einen Abbau struktureller Starrheiten – besonders an den Arbeitsmärkten. Wünschenswert sei eine größere Flexibilität bei den Tarifverhandlungen.

Für den IWF bleibt der Erholungsprozeß in der industrialisierten Welt uneben, er ist noch längst nicht abgeschlossen. Das unterstreiche die immer noch weit verbreitete Unsicherheit. Der Fonds plädiert für eine grundsätzlich anti-inflationäre Geld- und Fiskalpolitik, deren Instrumente jedoch flexibel eingesetzt werden sollten. Monetäre Disziplin sei vordringlich; scheitern müsse der Versuch, die Zinsen durch ein Öffnen der Geldschleusen zu drücken.

Deutliche Kritik übt die multinationale Organisation an der Haushaltspolitik der USA und Kanadas. Beide Länder sollten die sehr kräftige Erholung nutzen und ihre enormen Defizite abbauen, heißt es in dem Bericht. Wegen der Größe der amerikanischen Volkswirtschaft und dem Umfang der Kapitalzuflüsse komme den Eingriffen Washingtons eine besondere Bedeutung zu, da eine Reduzierung der US-Defizite weltweit Mittel für private Investitionen freisetzen würde. Außerdem wird die Regierung der Vereinigten Staaten gewarnt, daß der starke Dollar zu einer Verzerrung der Handelsströme geführt habe, die sich auf Dauer nicht aufrechterhalten lasse. Beklagt werden die Wechselkursschwankungen.

Folgt man dem IWF, dann ist der Druck zur Kürzung der Haushaltsdefizite in der Bundesrepublik Deutschland und Japan nicht so groß. Bonn und Tokio müßten aber in diese Richtung weitermarschieren, da davon längerfristig die Zunahme der Investitionen und des Wirtschaftswachstums abhänge. Gelobt wird die starke Außenposition und die vergleichsweise niedrige Inflationsrate der Bundesrepublik.

Der Fonds hält es für notwendig, daß ihm bei der Bewältigung der Schuldenkrise eine aktivere Rolle zugestanden wird. Von Januar 1983 bis April 1984 hat er bei Umschuldungen von 17 Mitgliedstaaten (Bankschulden insgesamt: 94 Mrd. Dollar) mitgewirkt.

FRANKREICH

Paris will den öffentlichen Korridor einschränken

JOACHIM SCHAUFUSS, Paris

Im nächsten Jahr wird auch der französische Staat den Gürtel enger schnallen. Der gestern vom Ministerrat beschlossene Haushaltsplan für 1985 sieht eine Verminderung der öffentlichen Verwaltungsausgaben um nominal zwei Prozent vor. Zu diesem Zweck werden 5300 Beamtenstellen gestrichen. Dazu sollen Pensionierungen nicht durch Neueinstellungen ersetzt werden. Dies ist das erste Mal, daß die sozialistische Regierung das von ihr stark vergrößerte Beamtenheer einschränkt.

Unter der optimistischen Hypothese, daß das französische Bruttosozialprodukt 1985 um real 1,8 Prozent wächst und die Inflationsrate durchschnittlich nur 4,5 Prozent erreicht – gegenwärtig beträgt sie 7,5 Prozent – sind die gesamten Staatsausgaben um sechs Prozent höher festgesetzt worden als im laufenden Budget (950 Milliarden Franc). Stärker als die Preise sollen nur die Ausgaben für die Modernisierung der Industrie (plus 24 Prozent), die Forschung, das Erziehungswesen und die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit steigen.

Auf der Einnahmeseite trägt der Haushaltsplan der Weisung Präsident Mitterrands Rechnung, den Anteil der Steuern und Sozialabgaben am Sozialprodukt (zur Zeit etwa 46 Prozent) um einen Prozentpunkt zu senken. Zu diesem Zweck werden die Gewerbesteuer um zehn Prozent und die Einkommenssteuer, soweit sie 20 000 Franc nicht überschreitet, um fünf Prozent gesenkt.

Dagegen wird die Vermögenssteuer mit der Inflation verschärft. Auch bleiben Kapitalerträge weiterhin der einprozentigen Sonderabgabe zur Finanzierung der Sozialversicherung unterworfen, die für alle übrigen Einkommen abgeschafft wird. Die daraus entstehende Entlastung der Bevölkerung erreicht etwa zwölf Milliarden Franc. Einschließlich der Steuersenkungen sind es etwa 45 Milliarden Franc.

Das Haushaltsdefizit wurde auf 140 (126) Milliarden Franc festgesetzt, womit es wieder auf drei Prozent des erwarteten (nominellen) Sozialprodukts begrenzt werden soll. Es würde damit aber weniger stark steigen als der Steuerertrag abnimmt. Deshalb will die Regierung die Subventionen an die Staatsunternehmen zusammenstreichen und verschiedene indirekte Steuern, insbesondere die Kraftstoffsteuer, erhöhen.

Wie Regierungssprecher Roland Dumas im Anschluß an den Ministerrat erklärte, würde diese Steuererhöhung etwa 14 Mrd. Franc erreichen. Das entspräche 0,3 Prozent des Sozialprodukts. Dadurch würde entgegen französischen Presseberichten die Ermäßigung der Einkommenssteuer und der Sozialabgaben bei weitem nicht ausgeglichen. Jedoch dürfte sich insbesondere das Benzin über den allgemeinen Preisanstieg hinaus verteuern.

Lohn der Anstrengung

Von WERNER THOMAS, Mexico-City

Der zweite Jahresbericht des mexikanischen Präsidenten Miguel de la Madrid erinnerte die Welt noch einmal an die enormen Anstrengungen dieser Nation zur Lösung ihrer wirtschaftlichen Probleme. Kein anderes Land Lateinamerikas hat sich einer ähnlichen Roßkur unterzogen. Mexiko gilt in Bankierskreisen und beim Internationalen Währungsfonds als Musterknabe der Region. Man wünscht, dieses Beispiel möge Schule machen. Doch dieser Wunsch wird zunächst ein Hoffnungsschimmer bleiben. Denn in Mexiko stand dem richtigen Mann ein bemerkenswertes politisches System zur Verfügung.

Der ehemalige Haushalts- und Planungsminister de la Madrid, ein nüchterner Technokrat, konnte sich in der Krisensituation des Macht- und Manipulationsapparates der „Partei der institutionalisierten Revolution" (PRI) bedienen, die seit 55 Jahren den Staat regiert. Obgleich das Realeinkommen im vergangenen Jahr um 25 Prozent schrumpfte, obgleich die Zahl der Arbeitslosen und unterbeschäftigten Personen zwischen 55 und 60 Prozent liegt, bleibt der soziale Friede gewahrt. Die von der PRI kontrollierten Gewerkschaften hielten still. Keine Oppositionspartei war stark genug, die leidende Bevölkerung gegen die Austeritätspolitik aufzuwiegeln. Außerdem weiß de la Madrid um das Absinken des Lebensstandards in den unteren und mittleren Einkommensschichten. Er bittet um Geduld. Die Aufwärtsentwicklung werde sich bald in diesen Kreisen bemerkbar machen.

De la Madrid erfüllte fast alle Auflagen des Internationalen Währungsfonds (IWF). Er kürzte das Haushaltsdefizit von 18 Prozent (1982) des Bruttosozialproduktes auf 8,5 Prozent (1983) und soll in diesem Jahr laut IWF-Plan 5,5 Prozent erreichen. Es werden vermutlich sechs Prozent sein. Die Inflation, 1982 mehr als 100 Prozent, im letzten Jahr 81 Prozent, wird 1984 etwa 65 Prozent betragen, 15 Prozent mehr als zugesagt. Während die Wirtschaft im vergangenen Jahr ein Minuswachstum von 4,7 Prozent verzeichnete, erwartet der Präsident 1984 „eine bescheidene Wachstumsrate", etwa ein Prozent. Nachdrücklich warnte de la Madrid in seiner Jahresbotschaft vor dem „destabilisierenden Abenteuer" eines einseitigen Schuldenmoratoriums und gelobte, seinen Kurs fortzusetzen.

Der machte sich bezahlt. Die Gläubiger wollen jetzt mehr als 50 Prozent der gesamten Auslandsschulden umschulden. 46,5 Milliarden Dollar öffentliche Verbindlichkeiten, zwischen 1985 und 1990 fällig, sollen erst zwischen 1991 und 1998 zurückgezahlt werden. Dann fallen Ende 1985 schon die IWF-Fesseln. Mexiko hat seine Pflicht getan.

Anders sind die Verhältnisse in Argentinien. Seit einem halben Jahr verhandelt die Regierung des neuen demokratischen Präsidenten Raúl Alfonsín mit dem Währungsfonds, ohne ein Ergebnis zu erzielen. Alfonsín, im Gegensatz zu de la Madrid ein schwacher Präsident mit einer starken Opposition und militanten oppositionellen Gewerkschaften, ist nicht bereit, die von ihm verlangten Opfer zu bringen. Weder auf dem Lohn- noch auf dem Defizitsektor will er die IWF-Wünsche zu erfüllen. Nach wie vor besteht er auf einer Erhöhung der Reallöhne um sechs bis acht Prozent in diesem Jahr – und das bei einer Inflationsrate von 620 Prozent. Denn die Gewerkschaften streiken immer mal wieder, als Warnsignal an Alfonsín. Er soll hart bleiben.

Pessimismus über die argentinischen Schulden macht sich unter amerikanischen Bankiers breit. Kaum jemand glaubt, daß die Argentinier und der IWF in diesem Jahr noch Einigkeit erzielen. In diesem Monat werden Schuldendienste von eineinhalb Milliarden Dollar fällig. Niemand weiß, wie die Alfonsín-Regierung diese Bürde bewältigt.

Jaques Hirsch, der Direktor des argentinischen Industrieverbandes, analysiert Alfonsíns Dilemma so: „Der Präsident wollte die Wirtschaft ankurbeln, die Löhne erhöhen und die Inflationsrate senken. Er kann nicht drei Ziele gleichzeitig verfolgen. *Er muß Prioritäten setzen.*"

Argentiniens renitente IWF-Strategie hatte in anderen Ländern Lateinamerikas Beifall gefunden – wie in Bolivien, Ekuador, teilweise auch in Peru und Brasilien. Mittlerweile demonstrieren jedoch die Mexikaner, daß die Kooperation bessere Erfolge bringt als die Konfrontation. Der IWF und die Banken haben immer den längeren Atem.

AUF EIN WORT



„Ein Blick auf Europa zeigt, daß überall dort, wo die berufliche Ausbildung nicht im dualen System betrieben wird, die Arbeitslosigkeit höher ist als bei uns."

Erhard Bouillon, Vorstandsmitglied der Hoechst AG, Frankfurt.
FOTO: DIE WELT

Saarstahl-Hilfe gebilligt

dpa/VWD, Saarbrücken

Der Saarländische Landtag hat gestern einstimmig eine neue Finanzhilfe von 114 Mill. Mark an die wiederum in Zahlungsschwierigkeiten geratene Arbed Saarstahl GmbH, Völklingen, beschlossen. Die neue Finanzspritze ist Bestandteil eines Nachtragshaushaltes über rund 155 Mill. Mark. Seit 1978 hat Saarstahl von *Bund und Land bereits 3,25 Mrd.* Mark in Form von Zuschüssen und verbürgten Krediten erhalten. Der Nachtragshaushalt muß vom Saarland fast ausschließlich über Kredite finanziert werden. Von der neue Hilfe fließen 77 Mill. Mark als direkter Zuschuß an Arbed Saarstahl. 37 Mill. Mark erhält das Unternehmen als Erlös aus dem Verkauf brachliegender Industriegrundstücke an das Land.

KONJUNKTUR

Sparkassen: Stabile Preise stärken Wettbewerbskraft

HANS-J. MAHNKE, Bonn

Die Zukunftserwartungen für die Wirtschaft haben sich nach Ansicht des Deutschen Sparkassen- und Giroverbandes durch die außergewöhnlich stabilen Preise und die dadurch gestärkte Wettbewerbsfähigkeit auf den Weltmärkten, gesamtwirtschaftlich noch vertretbare Tarifabschlüsse, gestiegene Unternehmenserträge und die fortschreitende Konsolidierung der öffentlichen Haushalte deutlich verbessert. Dadurch könne die Konjunktur der Bundesrepublik wieder deutlich an Fahrt gewinnen.

Die wirtschaftliche Entwicklung im Herbst dürfe gleichwohl nicht in das nächste Jahr fortgeschrieben werden. Gefahren drohten einmal von einer nachlassenden Investitionstätigkeit. Zum anderen fielen saisonübliche Impulse durch die private Nachfrage aus, weil ein Teil der Weihnachtsgratifikationen bereits im Frühjahr ausgezahlt wurden.

Der Verband weist darauf hin, daß es trotz der seit Monaten wachsenden Spanne zwischen den Zinsen für Wertpapiere gleicher Laufzeit in den USA und der Bundesrepublik, die zuletzt sechs Prozentpunkte übertraf, nicht zu erheblichen Kapitalabflüssen gekommen sei. Die Zinsdifferenz, die die US-Banken benötigen, um genügend Kapital zur Finanzierung der Defizite in der Handelsbilanz und im Bundeshaushalt anzuziehen, werde zunehmend zum Indikator der Unsicherheit über den konjunkturellen Fortgang in den USA. Dies trage auch zur derzeitigen Überbewertung des Dollar bei. Auf den Kursanstieg der amerikanischen Währung sollte die deutsche Geldpolitik trotzdem nicht zinspolitisch reagieren, sondern die Entwicklung gelassen abwarten.

AUSSENWIRTSCHAFT

DIW: 1984 zeichnet sich ein neuer Exportrekord ab

ot. Berlin

Für das Jahr 1984 bahnt sich – trotz des längsten Produktionsausfalls durch Streik seit Bestehen der Bundesrepublik Deutschland – ein neuer Exportrekord an. Das schreibt das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung (DIW), Berlin, in seinem jüngsten Wochenbericht. Nicht nur die hohe Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft, sondern auch eine Verbesserung der konjunkturellen Situation in den europäischen Industrieländern ließen eine nachhaltige Exportsteigerung erwarten.

Das DIW sagt aber auch eine Belebung der bundesdeutschen Importe voraus. Damit gingen von der Bundesrepublik Deutschland auch wieder Impulse zur Belebung der Weltkonjunktur aus. Die Außenhandelssituation der Bundesrepublik sieht das DIW dabei grundsätzlich gebessert. Denn bei stabilen Importpreisen würden die Ausfuhrpreise leicht steigen. Alles in allem sei damit zu rechnen, daß im dritten Vierteljahr 1984 saisonbereinigt bereits wieder ein nennenswerter Überschuß in der Leistungsbilanz erzielt werde.

In einer Analyse des zweiten Vierteljahres 1984 sieht das DIW die günstige Exportentwicklung lediglich unterbrochen durch den Arbeitskampf. Die Verunsicherung der ausländischen Kunden habe schon vor Beginn des eigentlichen Arbeitskampfes eingesetzt. Dennoch hätten vor Beginn des Arbeitskampfes die Exporte wichtiger Branchen noch zugenommen. Der Einbruch im Export habe sich dann während des Arbeitskampfes vor allem auf das Investitionsgütergewerbe konzentriert, mit Schwerpunkt Straßenfahrzeugbau.

WIRTSCHAFTS JOURNAL

Banken gegen Konjunkturprogramme

Bonn (dpa/VWD) – Gegen unbedachte öffentliche Diskussionen über konjunkturstützende Maßnahmen hat sich der Bundesverband deutscher Banken gewandt. Derartige Äußerungen seien keineswegs hilfreich, sondern eher geeignet, Unsicherheit zu verbreiten. „Dieser verbale wirtschaftspolitische Aktionismus schadet umso mehr, als dabei immer wieder die alten und so oft als untauglich erwiesenen Rezepte staatlicher Ausgabenprogramme auftauchen", stellt der Bankenverband in einem Konjunkturbericht fest. Sollten irgendwelche konjunkturstützende Maßnahmen notwendig werden, dann böten sich genügend Möglichkeiten, die Steuer- und Abgabenlast schneller und stärker als bisher vorgesehen abzubauen und so die Investitionsbedingungen weiter zu verbessern.

Nur leichter Preisanstieg

Wiesbaden (dpa/VWD) – Die Großhandelsverkaufspreise in der Bundesrepublik sind im August um 1,6 Prozent gestiegen. Wie das Statistische Bundesamt mitteilte, habe die Jahresveränderungsrate im Juli noch bei 3,8 Prozent und im Juni sogar bei 4,2 Prozent gelegen. Von Juli bis August 1984 ermäßigte sich der Index der Großhandelsverkaufspreise um 1,3 Prozent auf einen Stand von 135,6 (1976: 100).

UdSSR: Erste Ecu-Anleihe

London (AFP) – Die Sowjetunion wird nach den Angaben britischer Finanzkreise erstmals eine auf Ecu lautende Anleihe auf dem internationalen Kapitalmarkt aufnehmen. Kreditnehmer ist die sowjetische Bank für Außenhandel in Höhe von 75 Mill. Ecu über fünf Jahre.

300 Millionen für die EIB

Frankfurt (cd.) – Die Europäische Investitionsbank begibt eine 7⅞prozentige Anleihe über 300 Mill. Mark mit zehnjähriger Laufzeit zum Kurs von 99,5 Prozent über ein deutsches Bankenkonsortium unter Federführung der Deutschen Bank. Die Anleihe wird an den Börsen Frankfurt, Berlin, Düsseldorf, Hamburg und München notiert werden.

Urteil zu Mietkaufmodellen

München (AP) – *Als Rechtsmißbrauch* hat der Bundesfinanzhof in München nach Angaben der Bayerischen Landesbausparkasse (LBS) die Praxis bei sogenannten Mietkaufmodellen verurteilt, durch Einschaltung eines gewerblichen Zwischenvermieters Umsätze zu erzielen, die der Mehrwertsteuer unterliegen. Somit kann die beim Bau angefallene Vorsteuer in Höhe von rund acht Prozent der Herstellungskosten vom Finanzamt zurückgefordert werden. Dies ist nach dem Urteil des Bundesfinanzhofes nun nicht mehr möglich. (Aktenzeichen: DFH V R 118/82)

Frist läuft ab

Düsseldorf (dpa) – Alle Lohnsteuerzahler, die bislang noch keinen Antrag auf Erstattung zuviel gezahlter Lohnsteuer gestellt haben, können diesen noch bis zum 1. Oktober bei ihrem zuständigen Finanzamt einreichen. Die Frist für die Abgabe des Lohnsteuer-Jahresausgleichs ist um einen Tag verlängert worden, weil der 30. September auf einen Sonntag fällt. Nach Angaben des Bundes der Steuerzahler wurden dem Staat im vergangenen Jahr durch nicht gestellte Anträge rund 700 Mill. Mark „geschenkt".

Wochenausweis

	7.9.	31.8.	7.8.
Netto-Währungsreserve (Mrd.DM)	70,9	71,5	71,5
Kredite an Banken	75,7	79,1	75,9
Wertpapiere	5,4	5,7	6,1
Bargeldumlauf	106,8	106,8	107,2
Einl. v. Banken	47,5	52,0	48,7
Einlagen v. öffentl. Haushalten	1,8	1,7	1,5

OSTASIENHANDEL

Die Zuwachsraten zeigen außerordentliche Dynamik

JAN BRECH, Hamburg

Die Zuwachsraten im deutschen Ostasienhandel liegen zurzeit deutlich über denen des gesamten deutschen Außenhandels und verdeutlichen die außerordentliche Dynamik des fernöstlichen Wirtschaftsbereichs. Wie aus einer Übersicht des ostasiatischen Vereins hervorgeht, sind die deutschen Einfuhren aus Ostasien im ersten Halbjahr um 25,4 Prozent auf 19,5 Mrd. DM gestiegen. Ihr Anteil an den deutschen Importen, die um 14 Prozent wuchsen, erhöhte sich von 8,2 auf 9,1 Prozent.

Als bemerkenswertes Ergebnis bezeichnet der Ostasiatische Verein auch die Entwicklung der deutschen Exporte. *Die Lieferungen erreichten* im ersten Halbjahr einen Wert von 12,1 Mrd. DM: Das entspricht einem Wachstum von fast 16 Prozent. An der deutschen Gesamtausfuhr ist der Ostasienhandel inzwischen mit 5,1 Prozent beteiligt.

In Folge des überproportionalen Anstiegs der Importe hat sich das Defizit im Warenaustausch mit Ostasien um 45 Prozent auf 7,4 Mrd. DM erhöht. Allein das Defizit mit den Entwicklungs- und Schwellenländern dieser Region beträgt mehr als zwei Mrd. DM. Hierbei, so betont der Verein, handelt es sich offensichtlich um ein strukturelles Defizit der Bundesrepublik. Sie habe einen hohen Bedarf an Rohstoffen und Genußmitteln sowie an Industriewaren und sei darüber hinaus relativ offen für diese Güter. Den Beitrag, den die deutsche Importwirtschaft auf diesem Wege *für die wirtschaftliche Stabilisierung* in Ostasien leiste, werde oft übersehen, meint der Verein. „Aid by trade" wirke oft nachhaltiger als manche Entwicklungshilfeprojekte.

AUTOMECHANICA / DAT will Reparaturkosten durch Datenverarbeitung senken

Eigenarbeit wird immer beliebter

INGE ADHAM, Frankfurt

Durch Eigenarbeit, durch Hilfe von Bekannten und Kollegen versuchen die Autofahrer den Anstieg der Kfz-Unterhaltskosten abzufangen. Auf rund 28 Prozent veranschlagt die Deutsche Automobil Treuhand (DAT) in ihrem zur „automechanika" vorgelegten Kundendienstreport den Anteil dieser Arbeiten am gesamten Wartungs- und Reparaturaufkommen. Darin stecken nach Einschätzung der DAT rund elf Prozent Schwarzarbeit. Je älter das Auto und je jünger der Fahrer, desto öfter wird selbst zum Werkzeug gegriffen: 57 Prozent der unter 22jährigen Autofahrer warten und reparieren selbst (bei den über 50jährigen ist es nicht einmal jeder zehnte).

Die Bastler sind aber offensichtlich nicht so schlecht wie ihr Ruf. Geht es um die Sicherheit, wie bei Reparaturen an der Bremsanlage, kommen mehr als 70 Prozent der Autos in die Werkstätten. Auf der anderen Seite wird bei der Beseitigung von Rostschäden beispielsweise versucht zu sparen, hier wird das Fahrzeug nicht einmal in 40 Prozent aller Fälle in die Werkstatt gebracht.

Verschleißreparaturen schlugen übrigens im vergangenen Jahr mit durchschnittlich 650 DM pro Fahrzeug zu Buch, im Jahr vorher waren es erst 550 DM. Dabei erreichen die vier bis zehn Jahre alten Autos mit 730 DM einen Spitzenwert, bei den noch älteren wird es dank der hohen Eigenleistung der Halter wieder billiger. Im übrigen bescheinigt der DAT den in der Bundesrepublik fahrenden Autos ein hohes Qualitätsniveau, einschließlich der Unfallreparaturen waren je Fahrzeug im vergangenen Jahr 1,6 Instandsetzungsarbeiten nötig.

Weiter gesunken ist die Anzahl der Wartungs- und Inspektionsarbeiten pro Pkw. Dafür sorgten zwei Entwicklungen, nämlich die verlängerten Wartungsintervalle neuer Wagen und ein „kostenbewußtes" Verhalten der Halter älterer Fahrzeuge, die dieses seltener zur regelmäßigen Inspektion geben. Insgesamt veranschlagt DAT die Aufwendungen für Wartung pro Pkw und Jahr auf durchschnittlich 370 DM. An dem Kuchen von gut 73 Millionen Wartungs- und Reparaturarbeiten, die im vergangenen Jahr durchgeführt wurden, partizipieren die Werkstätten mit 65 Prozent.

Um ihnen zu einem größeren Anteil zu verhelfen, hat die von Autoindustrie, Importeuren, Zweiradherstellern und dem Kfz-Gewerbe getragene DAT jetzt ein EDV-System zur schnellen Feststellung von Reparaturkosten entwickelt. Damit soll den Kfz-Werkstätten, die bereits zu rund zwei Drittel über EDV-Anlagen verfügen, das Erstellen von Kostenvoranschlägen erspart bleiben und ein größerer Anteil bei der Beseitigung von Unfallschäden zuwachsen.

AFRIKA

Deutscher Handel nimmt weiter zu

dpa/VWD, **Hamburg**

Der Wiederanstieg des Außenhandels mit Afrika in den ersten Monaten 1984 hat sich auch im zweiten Quartal fortgesetzt. Nach Angaben des Afrika-Vereins, Hamburg, stiegen die Exporte deutscher Unternehmen im ersten Halbjahr 1984 gegenüber dem gleichen Vorjahreszeitraum um 7,8 Prozent auf 10,3 Mrd. DM. Noch deutlicher fiel der Anstieg der Einfuhr afrikanischer Waren in die Bundesrepublik aus. Sie nahm um 27,7 Prozent auf 14,15 Mrd. DM zu.

Besonders kräftig war die Steigerung der Exporte nach Südafrika. Die deutsche Ausfuhr dorthin nahm von 2,26 auf 3,18 Mrd. DM zu. Die Ausfuhr nach Nigeria fiel dagegen infolge der prekären Finanzlage des Landes von 959 Mill. DM im ersten Halbjahr 1983 auf 508,4 Mill. DM im ersten Halbjahr 1984 zurück. Im deutschen Nigeria-Handel wird nicht mit einem schnellen Tendenzwechsel gerechnet.

Auf der Einfuhrseite liegt der Schwerpunkt des Zuwachses bei den erdölliefernden Ländern Libyen, Ägypten, Nigeria und Gabun. Ebenfalls zugenommen haben die Bezüge aus Guinea, Elfenbeinküste, Kamerun, Zaire, Ruanda, Äthiopien, Kenia, Madagaskar, Sambia und Zimbabwe.

Pharma-Kooperation in Frankreich

J. Sch. **Paris**

Merieux (Rhone-Poulenc) und Pasteur (Elf-Aquitaine), die beiden größten französischen Hersteller von Serum, Impfstoffen und verwandten pharmazeutischen Produkten haben, einen Kooperationsvertrag unterzeichnet, der ihre spätere Fusion vorsieht. Auf dem Gebiet der Impfstoffe würden sie dann die deutsche Behring-Gruppe übertreffen und nach der amerikanischen Merck-Gruppe zum zweitgrößten Produzenten der Welt aufsteigen. Die Investitionen sollen abgestimmt werden, Pasteur überträgt seine Grundlagenforschung an Merieux, während diese Gesellschaft ihre weltweite Absatzorganisation verfügbar macht. Die beiden Firmen standen bisher in scharfem Wettbewerb. Darunter hatte vor allem Pasteur zu leiden, das 1983 bei 395 Mill. Franc Umsatz einen Verlust von 29 Mill. Franc verbuchte. Demgegenüber wies Merieux bei 800 Mill. Franc Umsatz einen Reingewinn von 47 Mill. Franc aus.

JAPAN / Industrie- und Handelsministerium hält Produktionsanlagen für veraltet – Presse denkt anders

Erhebliche Investitionssteigerung prognostiziert

FRED de La TROBE, **Tokio**

Während die japanische Industrie bei Neuinvestitionen in den drei letzten Jahren auf der Stelle trat, ist in diesem Jahr ein deutlich freundlicheres Investitionsklima zu verzeichnen. Diese Entwicklung ist vom japanischen Industrie- und Handelsministerium (MITI) voll unterstützt worden. Aus dem Ministerium verlautete, die Produktionsanlagen der japanischen Wirtschaft hätten 1973 noch ein Durchschnittsalter von 6,7 Jahren gehabt, während sie 1983 im Schnitt 8,2 Jahre alt gewesen seien. Dagegen habe in den Vereinigten Staaten eine Modernisierungswelle der Anlagen eingesetzt.

Japans Industrie müsse wieder mehr investieren, forderte das MITI, um auf den Weltmärkten wettbewerbsfähig zu bleiben. Skeptiker in der japanischen Wirtschaftspresse werfen die Frage auf, ob die Statistiken des Ministeriums mit den amerikanischen Zahlen vergleichbar sind. Sie äußerten die Meinung, daß die japanischen Produktionsanlagen noch immer zu den modernsten der Welt gehören. Wenn die Unternehmen sich mit Neuinvestitionen wieder den Rang ablaufen würden, könnte es in manchen Branchen zu Überkapazitäten kommen, die in diesen Bereichen zu einer unerwünschten Exportflut führen müßten.

Die Bank von Japan, die japanische Entwicklungsbank, führende Kreditanstalten und die namhafte Wirtschaftszeitung „Nihon Keizai Shinbun" haben in den letzten Wochen Untersuchungsberichte über die Investitionspläne der Unternehmen in diesem Jahr vorgelegt, die nur geringfügig voneinander abweichen. Demnach werden im laufenden Fiskaljahr (April 1984 – März 1985) die Kapitalinvesititonen in der Großindustrie um durchschnittlich 10 Prozent, im verarbeitenden Sektor sogar um 17 Prozent zunehmen.

Zu höheren Anlagen sind die Unternehmer auch durch die gute Gewinnlage, die befriedigende Exportentwicklung und die allmähliche Zunahme der Inlandsnachfrage angespornt. Mit dem voraussichtlich starken Anwachsen der Investitionen wird sich die Konjunktur wieder mehr auf diese Aufwendungen stützen und weniger auf Impulse von den Ausfuhren angewiesen sein.

Auf Branchen, die mit hochtechnolgischen Verfahren arbeiten, werden knapp ein Drittel der Neuinvestitionen entfallen. Mit 45 Prozent höheren Aufwendungen als im Vorjahr ist der Elektromaschinenbau, der auch die Elektronik einschließt, Spitzenreiter unter den Fertigungszweigen mit den größten Investitionsvorhaben. Auch der Automobilbau, in dem die Automatisierung einschließlich des Einsatzes von Robotern forciert wird, plant hohe Anlageausgaben. Die Investitioenn für Werkautomatisierungen werden den Plänen zufolge um 70 Prozent über denen des Vorjahres liegen. Das wird der Elektronik, besonders aber auch dem Präzisionsmaschinenbau zugute kommen.

Sogar einige strukturell schwache Branchen wie die Textilindustrie, die Petrochemie sowie die Papier- und Zellstofffertigung planen zunehmende Anlageaufwendungen. Die Textilindustrie will auch in anderen Bereichen und in hochtechnologische Verfahren investieren. Die Minderheit der Unternehmen, die geringere Investitionsvorhaben als im Vorjahr ausweist, gehört überwiegend zu Fertigungszweigen wie die Werftindustrie oder die Aluminiumverarbeitung, die unter Überkapazitäten und unzureichender Nachfrage leiden. Auch die Stahlindustrie plant geringere Aufwendungen aufgrund abgeschlossener Rationalisierungsinvestitionen.

RADIOAKTIVER ABFALL / Anhörung in Stockholm

Gemeinschaftslösung gefragt

R. GATERMANN, **Stockholm**

Länder, die keine Möglichkeit haben, hochradioaktiven Abfall langfristig in ihrem Untergrund zu lagern, sollten deswegen nicht von der friedlichen Nutzung der Kernkraft ausgeschlossen werden. Hier bedürfe es einer internationalen Solidarität, indem Länder mit besseren Voraussetzungen sich dieses Abfalls annähmen. Dafür plädierte der Leiter des Internationalen Atomenergie-Organes (IAEA), Hans Blix, auf einer Anhörung, die der wissenschaftliche Ausschuß des Europarates in Stockholm veranstaltete.

Hans Blix fand für seine Auffassung keine ungeteilte Zustimmung. Etliche Ausschußmitglieder vertreten die Auffassung, jedes Land sei allein für seinen hochradioaktiven Abfall verantwortlich und sollte ihn auf seinem eigenen Territorium behalten. Der IAEA-Chef erklärte dazu, die Abfallhantierung solle international geregelt werden, damit die Lagerung auf so wenig Plätze wie möglich konzentriert werden könne. Dies sei auch die rationellste Lösung. Im übrigen sei es wünschenswert, wenn Länder mit günstigen geologischen Voraussetzungen den auf diesem Gebiet benachteiligten Staaten behilflich seien. Heute bieten lediglich die Sowjetunion und China Lagerungsmöglichkeiten an.

Der wissenschaftliche Ausschuß des Europarates wird nach seiner zweitägigen Anhörung in Stockholm zusätzliche Maßnahmen gegen die Versenkung von radioaktivem Abfall auf den Grund der Meere und für eine intensivere Forschung im Bereich der geologischen Bedingungen für eine langfristige Abfall-Lagerung eintreten. Die meisten kritischen Stimmen wurden gegen die heute in Betrieb befindlichen Aufbereitungsanlagen erhoben.

GROSSBRITANNIEN / *Konjunkturanalysen mit pessimistischen Voraussagen*

Streiks beeinträchtigen das Wachstum

WILHELM FURLER, **London**

Die konjunkturelle Entwicklung in Großbritannien ist an einer kritischen Wegscheide angelangt. Sollten die Arbeitskämpfe sowohl im Kohlebergbau als auch in rund der Hälfte der Häfen des Landes nicht rasch beigelegt werden, sind erhebliche negative Auswirkungen auf die weiteren Wachstums-Aussichten unumgänglich. In einer Reihe von Konjunktur-Analysen, die in der letzten Zeit veröffentlicht wurden, ist darauf mit Nachdruck hingewiesen worden.

Dabei geht es insbesondere um die Frage, wie lange das Wirtschaftswachstum noch von der starken Verbraucher-Nachfrage getragen werden kann, und inwieweit steigende Exporte und Investitionen der britischen Industrie das zu erwartende Abebben des Verbraucher-Booms kompensieren können. Anhaltende Streiks sowohl im Bergbau als auch in den Häfen würden einerseits die Konsum-Nachfrage durch weniger Kaufkraft und psychologische Zurückhaltung einschränken und andererseits über blockierte Exporte die Unternehmens-Einnahmen reduzieren, damit Investitionen gefährden und zusätzlich die Wettbewerbsfähigkeit britischer Unternehmen verringern.

Selbst ohne Berücksichtigung der Streikauswirkungen sind die letzten Konjunktur-Prognosen nicht besonders rosig. So sagt das angesehene britische National-Institut für Wirtschafts- und Sozialforschung voraus, daß das Bruttosozialprodukt Ende dieses Jahres real nur um 1,5 Prozent über dem im vergangenen Jahr liegen dürfte, nachdem es 1983 um 3,5 Prozent gewachsen ist. Dabei unterstellt das Institut, daß der Kohlestreik bis Ende dieses Monats beendet sein wird.

Der Rückgang im Wirtschaftswachstum wird von den Konjunkturforschern vor allem auf einen deutlich schwächeren Anstieg der Konsumausgaben in diesem Jahr sowie auf ein Abflachen der Aktivitäten im Bausektor zurückgeführt. Steigende Exporte dürften allerdings im kommenden Jahr zu einem Wachstum um real 2,3 Prozent führen.

Die Midland Bank, eine der vier großen Banken des Landes, hat ihre Wachstums-Voraussage für dieses Jahr vor allem wegen des Bergleute-Streiks von ursprünglich 2,5 Prozent auf zwei Prozent zurückgenommen. Bei beiden Konjunktur-Studien sind negative Auswirkungen des zweiten Hafenarbeiter-Streiks innerhalb weniger Wochen noch nicht einmal berücksichtigt.

Auch der britische Industrieverband CBI sagt eine nur „schwerfällige Belebung" der Konjunktur voraus. Der CBI glaubt, daß sie allerdings bis mindestens zum Frühjahr 1986 andauern dürfte.

Trotz eines zu erwartenden Export-Wachstums in diesem wie auch im kommenden Jahr, befürchtet der Unternehmerverband, daß Großbritannien eine weitere Verringerung seines Exportanteils an den Weltmärkten wegen der anhaltenden Verschlechterung seiner Wettbewerbsfähigkeit erleben wird. Vor diesem Hintergrund warnt die CBI-Führung denn auch, daß selbst die nur teilweise Hafenblockade viele tausend Arbeitsplätze direkt gefährdet.

Ausgesprochen pessimistisch bezüglich der weiteren Entwicklung der Arbeitslosigkeit ist das National-Institut für Wirtschafts- und Sozialforschung. So werde die Zahl der britischen Arbeitslosen Ende dieses Jahres bei knapp 3,1 Millionen liegen und bis Ende kommenden Jahres auf 3,3 Millionen steigen – eine unveränderte *Regierungspolitik vorausgesetzt*. Diese Entwicklung sei zu einem großen Teil dadurch begründet, daß in Großbritannien mehr Wert auf steigende Bezüge für die Beschäftigten als auf die Schaffung von Arbeitsplätzen gelegt werde.

Efta verurteilt Handelshemmnisse

dpa/VWD, **St. Gallen**

Die Mitglieder des Konsultativkomitees der sieben Länder der Europäischen Freihandelszone (Efta) waren sich auf einem zweitägigen Treffen in St. Gallen einig, daß keine *neuen Handelshemmnisse* geschaffen werden dürfen und bestehende Handelsschranken abzubauen seien. Das teilte der Konferenzvorsitzende, der Schweizer Wirtschaftsminister Kurt Furgler, zum Tagungsabschluß mit.

Laut Furgler erkennen alle Efta-Länder die Bedeutung eines offenen Welthandelssystems an. Dieser Erkenntnis, so mahnte er, müßten aber auch Taten folgen. Furgler stufte die Beschäftigungslage in der Efta als günstiger ein als im Durchschnitt der Europäischen Gemeinschaft und auch der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD).

Die Tagungsteilnehmer befaßten sich mit dem im Mai von der Efta-Gipfelkonferenz beschlossenen Arbeitsprogramm, das eine stärkere Annäherung an die EG und den Abbau der Handelsbarrieren vorsieht. Zur *Efta gehören die Schweiz, Österreich*, Norwegen, Schweden, Island, Finnland und Portugal. Das Konsultativkomitee besteht aus Vertretern der Arbeitgeber, der Gewerkschaften sowie der *Handelskammern* der sieben Länder.

EXPORTWIRTSCHAFT / Niederlande vernachlässigt

Marktanteile stark gesunken

JAN BRECH, Hamburg

Die deutsche Exportwirtschaft, die auf nahezu allen Weltmärkten mit großem Erfolg operiert, läßt auf dem Markt, der direkt vor ihrer Tür liegt, offenbar Chancen ungenutzt. Ihr Anteil am niederländischen Importmarkt für Gebrauchs- und Verbrauchsgüter ist von mehr als 40 Prozent in den frühen siebziger Jahren auf inzwischen ein Drittel abgerutscht. Beim heutigen Marktumfang bedeutet dieser Marktanteilsverlust einen Umsatzausfall von rund sieben Mrd. DM pro Jahr.

Für die Exportschwäche gibt es nach Meinung des Präsidenten der Deutsch-Niederländischen Handelskammer, Wilhelm von Ilsemann, mehrere Ursachen. Vor allem aber hätten die deutschen Anbieter verzögert auf das zunehmend offensivere, aggressivere Auftreten der Mitwettbewerber aus dem EG-Raum, Nordamerika und Japan reagiert. Weite Teile der deutschen Exportwirtschaft betrachteten die Niederlande unter wirtschaftlichen Aspekten noch heute als zwölftes Bundesland und als *den völlig problemlosen Markt* früherer Jahre. Eine Befragung des niederländischen Importhandels bestätige dies. Sie bescheinigte der deutschen Wirtschaft nicht nur nachlassende Wettbewerbsfähigkeit, sondern auch ungenügenden Verkaufseinsatz.

Die Verbesserung der Positionen der deutschen Anbieter in den beiden letzten Jahren dürfe nicht darüber hinwegtäuschen, meint Ilsemann, daß die deutsche Exportwirtschaft nach wie vor *keine adäquate Strategie* zur Bearbeitung des niederländischen Marktes gefunden habe. Besonders mittelständische Unternehmen begeben sich nur zögernd, wenig professionell und ohne *klare* Konzeption auf diesen Markt. Es sei typisch, daß Geschäfte mit Holland bei zahlreichen Unternehmen im Kompetenzbereich der Inlands- und nicht Exportabteilung angesiedelt seien. Damit werde man der Eigenstruktur des Marktes kaum gerecht.

Der niederländische Markt müsse mit einem ansässigen Vertriebspartner beackert werden. Das noch immer gute Image deutscher Produkte ließe sich mit einer aggressiven Marktstrategie absatzmäßig erheblich intensiver nutzen.

Die mangelnde Aufmerksamkeit, die dem westlichen Nachbarn geschenkt wird, steht in krassem Gegensatz zu der Bedeutung des Außen*handels mit den Niederlanden*. Holland ist nach Frankreich der zweitwichtigste Handelspartner der Bundesrepublik. Der beiderseitige Handel erreicht in diesem Jahr voraussichtlich einen Wert von mehr als 100 Mrd. DM.

THYSSEN / Anpassungsmaßnahmen belasten noch

Ergebnis deutlich erholt

HARALD POSNY, Düsseldorf

Umsatz- und Ertragsentwicklung des Thyssen-Konzerns haben weltweit in den ersten drei Quartalen des Geschäftsjahres 1983/84 (30. 9.) eine kräftige Aufwärtsentwicklung genommen. In einem Zwischenbericht wird jedoch darauf hingewiesen, daß sich die laufenden Straffungsmaßnahmen noch belastend auf das Ergebnis auswirken. Eine Ergebnisprognose für die Thyssen AG wird nicht gegeben, 1982/83 war erstmals ein Verlust von 48 Mill. DM ausgewiesen worden. Die rund 220 000 Aktionäre waren leer ausgegangen.

Laut Zwischenbericht hat der Außenumsatz Thyssen-Welt in den drei Berichtsquartalen um 12 Prozent auf 23,85 Mrd. DM zugenommen. Im Stahlbereich führte die Nachfragebelebung, das erweiterte europäische Krisenmanagement und die eingeleiteten Strukturmaßnahmen zu einer merklichen Besserung. Der Gesamtumsatz des Unternehmensbereichs (jeweils einschließlich konzerninterner Umsätze) erhöhte sich um 15 Prozent auf 7,54 Mrd. DM. Dabei sei jedoch das Stahlpreisniveau noch unbefriedigend geblieben. Auch der Edelstahl-Sektor erfuhr eine deutliche Geschäftsbelebung, die den Umsatz um 30 Prozent auf 2,54 Mrd. DM schnellen ließ. Dieser Anstieg ist ausschließlich mengenbedingt, hebt die Konzernleitung hervor.

Im Unternehmensbereich Investitionsgüter und Verarbeitung wuchs der Umsatz um 12 Prozent auf 6,94 Mrd. DM. Dabei konnte Thyssen Industrie den vergleichbaren Vorjahresumsatz nicht erreichen. Die Zurückhaltung bei öffentlichen Investitionen spielte ebenso eine Rolle wie der verstärkte Wettbewerbsdruck aus Schwellenländern. Dies gelte besonders für die Thyssen Nordseewerke.

Die US-Tochter The Budd Company hatte ebenfalls eine kräftige Umsatzsteigerung. Steigender Pkw- und Lkw-Absatz in den USA führten zu einer deutlichen Besserung bei Budd. Allerdings sind mit der Abwicklung von Großaufträgen im Bereich Eisenbahn/Nahverkehr noch weiter beträchtliche Belastungen verbunden.

Bei der Umsatzsteigerung im Bereich Handel/Dienstleistungen um 14 Prozent auf 12,95 Mrd. DM wird besonders auf die positive Entwicklung der Sparten Schrotthandel, Stahlexport und Verkehr hingewiesen. Die Belegschaft ging weltweit um 5 Prozent auf 130 685 zurück, im Inland um 6 Prozent auf knapp 109 000.

ALLIANZ LEBEN / Zinsgewinnbeteiligung wird wieder angehoben

Großzügigkeit nach guten Ergebnissen

WERNER NEITZEL, Stuttgart

Im Wettbewerb der Branche der Lebensversicherer untereinander werden neue wichtige Wegmarken gesetzt: So erhöht der Branchenführer, die Allianz Lebensversicherungs-AG, Stuttgart, innerhalb Jahresfrist ein zweites Mal die laufende Gewinnbeteiligung ihrer Versicherungsnehmer. Bereits Anfang dieses Jahres hatte das Institut mit Einführung der Direktgutschrift die Zinsgewinnbeteiligung um einen halben *Prozentpunkt auf der in der Regel 3,5* Prozent für alle kapitalbildenden Versicherungen angehoben. Diese 3,5 Prozent erhält der Versicherungskunde zusätzlich zur garantierten Guthabenverzinsung von 3 Prozent.

Allianz-Leben-Vorstandsvorsitzender Arno Paul Bäumer begründet die schon für das 1985 beginnende Versicherungsjahr erneute Anhebung der Zinsgewinnbeteiligung auf dann 3,75 Prozent für alle kapitalbildenden Lebensversicherungen mit der anhaltend guten Ertragssituation des Unternehmens. Hierzu führte Bäumer aus, daß der Gesamtüberschuß – wenn man die Direktgutschrift hinzuzählt – im laufenden Geschäftsjahr 1984 abermals deutlich wachsen werde, freilich nicht mehr so stark wie in den Jahren zuvor. Ein wesentlicher Ausgangspunkt sei die erneute Verbesserung der Kostensituation. Die abermalige Aufstockung der Gewinnbeteiligung wertet Bäumer nicht nur als einen beträchtlichen materiellen Vorteil für den Versicherungskunden, sondern auch als ein deutliches Plus für das Institut im Wettbewerb.

Der Allianz-Leben-Chef verweist in diesem Zusammenhang darauf, daß auch alte Kunden mit ihren im Bestand befindlichen Versicherungen *die höhere Gewinnbeteiligung* erhalten, während es bei manch anderem Lebensversicherer üblich sei, eine Erhöhung der Gewinnbeteiligung nur den neuabgeschlossenen Verträgen zuzugestehen.

Als einen weiteren wichtigen *Punkt der Kundenfreundlichkeit* deklariert Bäumer die Einführung eines befristeten Widerrufsrechts zum 1. Septemer dieses Jahres. Mit diesem Widerrufsrecht, dessen Einführung eine Empfehlung des Verbandes der Lebensversicherungsunternehmen zugrunde liegt, dem Zug um Zug die ganze Branche folgen dürfte, erhält der Kunde die Möglichkeit, seine Entscheidung zum Vertragsabschluß innerhalb von zehn Tagen noch einmal zu überdenken und eventuell rückgängig zu machen. Auch hierin werde ein Stück mehr Kundenfreundlichkeit praktiziert. Einen „großen Andrang" bei der Ausübung des Widerrufs durch die Kundschaft erwartet man bei der Allianz Leben allerdings nicht. Hier hält man sich eine solide Aquisitionsarbeit zugute.

Wie auch aus einem Aktionärsbrief hervorgeht, hat die Allianz Leben ihre positive Geschäftsentwicklung weiter fortgesetzt. Im ersten Halbjahr 1984 vergrößerte sich das Neugeschäft um 5,8 Prozent auf 6,04 Milliarden DM, wobei sich u. a. das Firmengeschäft besonders günstig entwikkelte. Der Versicherungsbestand nahm um 6,3 Prozent auf 119,5 Milliarden DM zu. Nicht ohne Stolz wird vermerkt, daß sich die Stornoquote von 4,1 auf 3,8 Prozent ermäßigt hat.

Die Beitragseinnahmen verringerten sich leicht um 1,2 Prozent auf 2,5 Milliarden DM, was auf die Einführung der Direktgutschrift eines Teils der Gewinnbeteiligung zurückzuführen ist. Vermindert haben sich auch die Versicherungsleistungen auf 762 (927) Mill. DM. Bei den Kapitalanlagen wartet das Institut mit einem Plus von 11,6 Prozent auf 39,7 Milliarden DM auf. Es wurden 117 (105) Mill. DM Kursgewinne realisiert.

APOTHEKEN / Kölner Betriebsvergleich

Ertragsschwund hält an

HARALD POSNY, Düsseldorf

Die deutschen Apotheken mußten auch 1982 eine kräftige Verschlechterung ihres Betriebsergebnisses hinnehmen. Es ging im zweiten Jahr hintereinander auf 1,6 Prozent des Umsatzes (nach 2,3 in 1981 und 2,9 Prozent in 1980) zurück. Der Rückgang dieser Schlüsselzahl (Differenz zwischen Betriebshandelsspanne und Gesamtkosten einschließlich Unternehmerlohn und Zinsen für Eigenkapital) wird in der Analyse eines regelmäßigen Betriebsvergleichs des Instituts für Handelsforschung an der Universität Köln mit der anhaltenden Verringerung der erzielten Betriebshandelsspanne (Differenz zwischen Umsatz zu Verkaufswerten nach Abzug der Mehrwertsteuer und dem Umsatz zu Einstandspreisen ohne Vorsteuer) von 32,2 auf 31,6 (nach 32,7) Prozent des Umsatzes begründet. Der Rückgang geht wiederum insbesondere auf die degressive Wirkung der Preisspannenverordnung zurück.

Relativ gering war 1982 der Anstieg der Gesamtkosten der Apotheken, von denen sich rund 1000 mit einem durchschnittlichen Personaleinsatz von 5,5 Beschäftigten, 166 qm Geschäftsraum sowie 1,44 Mill. DM Umsatz (einschl. MWSt) an dem Betriebsvergleich beteiligten. Angesichts unverändert gebliebenen Personals, konstanter Geschäftsflächen und nur wenig gestiegenen Umsatzes wuchsen die Gesamtkosten nur auf 30,0 (29,9 nach 29,8) Prozent de Umsatzes. Lediglich die Personalkosten (einschließlich Unternehmerlohn) schlugen mit 18,2 (17,9) Prozent etwas stärker zu Buch. Leicht rückläufig war die Apothekenpacht (0,8 nach 0,9 Prozent) im Durchschnitt aller Betriebe.

Je Beschäftigter ist der Umsatz auf durchschnittlich 269 700 (261 900) DM gestiegen. Unterstützt wurde diese Entwicklung durch die anhaltende Erhöhung der Verschreibungswerte (35,10 nach 33,30 DM je Kassenrezept). Der Umsatz je qm Geschäftsraum erreichte 8710 (8980) DM.

Der Umsatz der am Betriebsvergleich beteiligten Apotheken hatte sich 1982 um 2 Prozent erhöht, preisbereinigt ging er um 0,6 (1981: plus 1,9) Prozent zurück. Vom Umsatz entfielen rund 92 Prozent auf Arzneimittel, 3 Prozent auf Verbandsstoffe und Pflegemittel, 2 Prozent auf Kosmetika und Körperpflegemittel und je 1 Prozent auf Drogen, Kindernahrung sowie diätetische Lebensmittel. Rund ein Drittel des Umsatzes wurde mit privaten Barzahlern abgewickelt, zwei Drittel mit Kassenmitgliedern.

Konkursverwalter bei Kerkerbachbahn

AP, Mannheim

Das Amtsgericht Mannheim hat *jetzt einen Konkursverwalter* für die in wirtschaftliche Bedrängnis geratene Kerkerbachbahn AG eingesetzt. Das Unternehmen hatte einen Antrag auf Eröffnung des Konkursverfahrens gestellt. Die Kerkerbachbahn, vor zwei Wochen durch die Verhaftung ihres Vorstandschefs, Tom Sieger, in den Schlagzeilen, begründet den Antrag nach Auskunft des Aufsichtsratsvorsitzenden Klaus Steiner mit Zahlungsunfähigkeit und möglicher Überschuldung. Hinter diesem Schritt stehen offenbar in dieser Woche fällig werdende Handwerkerforderungen in Millionenhöhe. Ungeklärt sind auch die Umstände des Verkaufs von drei gesunden Kerkerbachbahn-Töchtern kurz vor der Verhaftung Siegers.

Nestlé übernimmt auch Lünebest

dpa/VWD, Lüneburg

Die Lüneburger Molkerei Lünebest, einer der führenden Joghurthersteller in der Bundesrepublik, wird voraussichtlich bald vom schweizerischen Nestlé-Konzern übernommen werden. Das Unternehmen geht zum 30. September in den Besitz der Glücksklee GmbH, Hamburg, über. Glücksklee gehört zu 90 Prozent zum US-Nahrungsmittelkonzern Carnation, Los Angeles, dem von Nestlé ein Übernahmeangebot im Wert von 3 Mrd. Dollar (rund 9 Mrd. DM) unterbreitet worden ist.

Der stellvertretende Geschäftsführer von Glücksklee erklärte, ein Abbau der rund 400 Arbeitsplätze bei Lünebest lasse sich bei den zur Senkung der Herstellungskosten notwendigen Modernisierungsmaßnahmen nicht ausschließen.

Schuh-Union ist gut beschäftigt

nl. Stuttgart

Ihre Beschäftigungslage bezeichnet die Schuh-Union AG, Zweibrükken, als „derzeit gut". Für 1984 wird mit einer leichten Umsatzsteigerung gerechnet. Auch hoffe man, mit einem positiven Ergebnis abzuschließen. In der ersten Jahreshälfte 1984 lag das Umsatzplus bei 5,4 Prozent.

Der Inlandskonzern der Schuh-Union hatte im Geschäftsjahr 1983 seinen Umsatz um 5,7 Prozent auf 172,1 Mill. DM gesteigert. Hinzu kommt ein Umsatz von fast 70 Mill. DM der juristisch selbständigen Auslandsfirmen. Die Holding weist einen Jahresüberschuß von 5,7 (4,2) Mill. DM aus. Aus ihm wurden 16 (12) Prozent Dividende auf 10 Mill. DM Vorzugsaktien und 1,4 (1) Prozent Dividende auf 30 Mill. DM Stammaktien ausgeschüttet.

Kräftiger Ausbau bei Computerland

nl, Stuttgart

Auf nach wie vor kräftige Expan*sion stehen die Zeichen bei Compu*terland, einer internationalen Franchise-Kette von Mikrocomputer-Läden. Für das Jahr 1984 wird mit weltweit rund 700 Läden ein Umsatz von 1,8 Mrd. (1983: 963 Mill.) Dollar angepeilt. Allein in Europa soll sich nach Angaben von William Hossack, General Manager der Computerland Europe, Luxemburg, einer Tochter der Computerland Corp., Hayward/Kalifornien, der Umsatz gegenüber dem Vorjahr auf 74 Mill. Dollar verdreifachen. Die Zahl der Läden soll bis Ende 1984 europaweit auf 70 (Ende 1983: 42) ausgebaut werden. In der Bundesrepublik wird die Zahl der Läden – von selbständigen Unternehmern auf Lizenznehmerbasis geführt – von 9 auf 12 ausgeweitet.

Beitragsvolumen stabil gehalten

HARALD POSNY, Düsseldorf

Die in der Kraftfahrt-, Unfall- und *Haftpflichtversicherung* tätige Interunfall Internationale Unfall- und Schaden Versicherung AG, Direktion für Deutschland, Hamburg, hat 1983 ein Beitragsvolumen von 147 (146,4) Mill. DM erzielt, von denen 103,6 (103) Mill. DM im Eigenbehalt verblieben sind. Im selbst abgeschlossenen Geschäft wurde dagegen eine Beitragssteigerung von 134,2 auf 136,3 Mill. DM erreicht. Die Schadenbelastung konnte von 76,1 auf 73,7 Prozent der verdienten Prämien gesenkt werden. Vorsichtige Zeichnungspolitik kennzeichnete das Geschäft, zumal im Kraftfahrt-Sektor, dessen Prämienanteil auf 44 Prozent zurückgeführt wurde. Der Jahresüberschuß von 1,25 Mill. DM wurde den Rücklagen zugeführt.

NAMEN

Dr. Gerhard Höhne, Vorsitzender der Arbeitsgemeinschaft für betriebliche Altersversorgung (ABA) und der Arbeitsgemeinschaft für wirtschaftliche Betriebsführung und soziale Betriebsgestaltung (ASB), Heidelberg, vollendete am 12. September das 65. Lebensjahr.

Hartmut Schuler, *Mitinhaber* und Vorsitzender der Geschäftsführung der Elba-Ordner-Fabrik, Kraut und Meienborn GmbH & Co., Wuppertal-Elberfeld, wird am 15. September 60 Jahre.

Jean-Pierre Prost-Dame (55), seit 1952 *bei Renault* und *in den letzten* drei Jahren Generaldirektor von Renault Schweiz, wurde zum Vorstandsvorsitzenden der Deutschen Renault AG, Brühl, berufen. Er ist Nachfolger von **Hubert d'Artemare** (53), der in Paris die Verantwortung für den gesamten französischen Pkw-Markt übernommen hat.

Karl Schardey, seit 1959 Vorstandsvorsitzender der Vereinsbank e. G. Duisburg, wird am 15. September 65 Jahre.

KONKURSE

Konkurs eröffnet: Arolsen: Dietrich Wilhelm Karl Wagener, Kaufmann; **Berlin Charlottenburg:** FKL Filmkopierbetrieb in Lankwitz GmbH; Kurt Uderstadt KG Futtermittel u. zoologischer Bedarf Großhandel u. Herstellung; Nachl. d. Rudolf Kippel; **Celle:** Gerd Melchers, Holzblasinstrumentenbauer, Langlingen; **Hamburg:** KG i. H. Rost & Co. GmbH & Co.; **Karlsruhe:** Nachl. d. Hans Reinhold; **Landau:** H. S. U. Vertriebsges. f. HiFi-Stereo u. Unterhaltungselektronik mbH, Bad Berzabern; **Lübbecke:** EWT Energie + Wärmetechnik GmbH, Hüllhorst; **Neumünster:** Hans-Jürgen Gosch; **Olpe:** Hansa-Bau GmbH & Co. KG, Attendorn; **Rheine:** KG i. Leo Middelhoff GmbH & Co., Emsdetten; **Siegen:** Freier Grunder Eisen- u. Metallwerke GmbH, *Neunkirchen-Salchendorf*; **Wiesbaden:** Weißer Kater Wipol Tierbedarfs GmbH; Nachl. d. Heinz Michael Genschmer, Vertreter.

Anschluß-Konkurs eröffnet: Celle: Celler Glas- u. Metallbau H. Grossegesse KG; **Hannover:** Ferro-Omnia Kopierprodukte GmbH.

Vergleich beantragt: Aachen: LESA-*Konstruktionen Sauer KG*, Stolberg-Schevenhütte; **Bitburg:** MOC. Rudolf Kolf GmbH, Neuerburg; **Düren:** Josef Berg, Inh. d. Josef Berg, Bauunternehmung, Aldenhoven; **Wolfratshausen:** R + H Sportanlagenbau GmbH, Weyarn.

TREPEL / Personelle Konsequenzen gezogen

Schwierigkeiten bewältigt

JOACHIM WEBER, Wiesbaden

Dem Maschinenbau-Unternehmen Trepel AG, Wiesbaden, ist es 1983 gelungen, wieder in die Gewinnzone zu kommen. Zwar ist der Jahresüberschuß von 0,4 Mill. DM nach dem Fehlbetrag von 2,8 Mill. DM noch wenig beeindruckend. Doch der Verlustvortrag von 3,1 Mill. DM wurde – unter *Zuhilfenahme* der Rücklagen – um zwei Drittel reduziert und wird jetzt aus einer Kapitalerhöhung um 1 Mill. DM auf 10 Mill. DM zum Kurs von 100 DM je 50-DM-Aktie vollständig abgedeckt.

Zudem hat Trepel, 1982 durch ei*nen Umsatzsprung* um 30 Prozent in erhebliche organisatorisch-technische Schwierigkeiten geraten, auch 1984 – bei voll ausgelasteten Kapazitäten und teilweise Überstunden – der Rationalisierng und Kostensenkung Vorrang vor der weiteren Expansion gegeben. Damit zeichne sich eine weitere Ergebnis-Verbesserung ab, so der Spezialist für Hebe- und Verladeanlagen sowie die Bühnentechnik. Bei einem Umsatzrückgang um 5,4 Prozent auf 85 (90) Mill. DM wurde das Personal im vergangenen Jahr um ein Achtel auf 382 (437) Mitarbeiter reduziert.

Für das Gesamtjahr 1984 erwartet Trepel einen Umsatz auf Vorjahreshöhe bei einem unveränderen Exportanteil von 70 Prozent. Auch die Sachinvestitionen sollen wieder in der Größenordnung von 1,8 Mill. DM liegen. Der Auftragsbestand hat derzeit ein Volumen von 35 Mill. DM. Probleme sieht das Unternehmen jetzt im wachsenden Konkurrenzdruck im weltweiten Anlagenbau.

HALLESCHE-NATIONALE / Unter den Krankenversicherern auf Rang elf

Neue Wachstumspotentiale erschlossen

WERNER NEITZEL, Stuttgart

Die Hallesche-Nationale Krankenversicherung a. G., Stuttgart, die sich in ihrem Zielgruppengeschäft vor allem in Richtung der Kundengruppe der Ärzte und Zahnärzte sowie gut verdienende Angestellte bewegt, gibt als Devise für das laufende Geschäftsjahr aus, „die gute Marktposition zu festigen und weiter auszubauen". Gemessen an den Beitragseinnahmen hat sich das Unternehmen unter den Krankenversicherern in der Bundesrepublik inzwischen auf den elften Rang vorgearbeitet.

Der bisherige Verlauf des Neugeschäfts lasse, wie Vorstandsvorsitzender Paul Wolf und seine Vorstandskollegen in einem Gespräch erläutern, durchaus Optimismus zu. Das Neugeschäft stieg in der ersten Jahreshälfte um über 12 Prozent an. Bei den Beitragseinnahmen belief sich *das Plus auf über 6 Prozent.*

In 1983 hatte das Neugeschäft nur leicht um 0,4 Prozent auf 3,06 Mill. DM Netto-Monatsbeitrag zugenommen. Dieser Neuzugang wurde im wesentlichen von Krankheitskosten-Vollversicherungen getragen. Hervorgehoben *werden die guten Erfolge* in der Zusammenarbeit mit den verschiedenen Partnern, wobei der Kooperation mit der alten Leipziger Versicherungsgruppe besonderes Gewicht beizumessen ist. Die Hallesche-Nationale hält sich zugute, durch Kreation neuer Tarife (auch für Apotheker und den Krankenrücktransport) ständig neue Wachstumspotentiale zu erschließen. In Einzel- und Gruppenversicherungen waren am Jahresende 343 931 natürliche Personen (plus 1,89 Prozent) bei der Halleschen-Nationalen versichert.

Die Beitragseinnahmen erhöhten sich im Berichtsjahr 1983 um 9 Prozent auf 335,3 Mill. DM. Demgegenüber stiegen die Versicherungsleistungen um 4,8 Prozent auf 224,5 Mill. DM. Die Schadenquote verringerte sich weiter auf 72,81 (73,73) Prozent. *Doch ist offenbar nunmehr die Zeit* der starken Abflachung vorbei, der Trend hat sich eindeutig gedreht. Erfolgreiche Arbeit ist auch aus der Abnahme der Abschlußkosten auf 11,41 (11,79) Prozent bzw. der Verwaltungskosten auf 6,15 (6,53) Prozent der Beitragseinnahmen zu erkennen. Nach Steuern beläuft sich der Jahresüberschuß auf 17,06 (11,98) Mill. DM, wovon 11,46 (8,48) der Rückstellung für erfolgsabhängige Beitragsrückerstattung zugeführt werden.

Aktien weiter aufwärts

Sonderbewegungen bei Porsche, Nixdorf und Allianz

DW. – Zwar ließen sich zu Börsenbeginn die am Dienstagnachmittag genannten Aktienkurse nicht in voller Höhe durchsetzen, doch wurde der Handel in fast allen Fällen zu Notierungen abgewickelt, die über denen des Vortages lagen. Für einen kleinen Stimmungsdämpfer hatten die vorangegangenen Schwankungen an der New Yorker Börse gesorgt, wo der Dow-Jones-Index die Marke von 1200 unterschritten hat. Beflügelt wurde das Aktiengeschäft am deutschen Markt andererseits durch einige Sonderbewegungen.

Nach einer mehrtägigen Konsolidierungspause wurden nunmehr auch die Meinungskäufe bei Nixdorf wieder aufgenommen. Um rund 20 DM fester lagen die Aktien der Allianz Versicherung. Damit ist ein neuer Jahreshöchstkurs erreicht. Bei der Deutschen Bank wirkt sich die untergebrachte Wandelanleihe zusätzlich positiv auf die Kursentwicklung aus. Siemens-Aktien haben ihren im Februar dieses Jahres erreichten bisherigen Jahreshöchstkurs bis auf wenige DM wieder erreicht. Zurückhaltung dagegen gegenüber den Aktien der Großchemie, bei der im kommenden Jahrein Ertragsrückgang vermutet wird. Versorgungswerte setzten ihren Anstieg nur noch teilweise fort. teidigen.

Düsseldorf: AEG Kabel Rheydt und Aigner stockten um 9 DM auf. Kochs Adler verbesserten sich um 10 DM und Huta um 2,50 DM. Nachgeben mußten Audi NSU um 5 DM und Deutsche Atlanten um 6 DM. Bei den Versicherungen gaben Aachener Rück um 10 DM nach. Allianz Ves. erhöhten um 25 DM und Allianz Leben um 80 DM.

Frankfurt: Altana erhöhten um 5,50 DM auf 314 DM und BHF-Bank um 6 DM auf 247 DM. Chemische Verwaltung gaben um 5 DM nach und Deutsche Bank stockten um 6,50 DM auf 336 DM auf. Holzmann verbesserten sich um 20,50 DM und KSB-Stämme verloren 4 DM auf 152 DM.

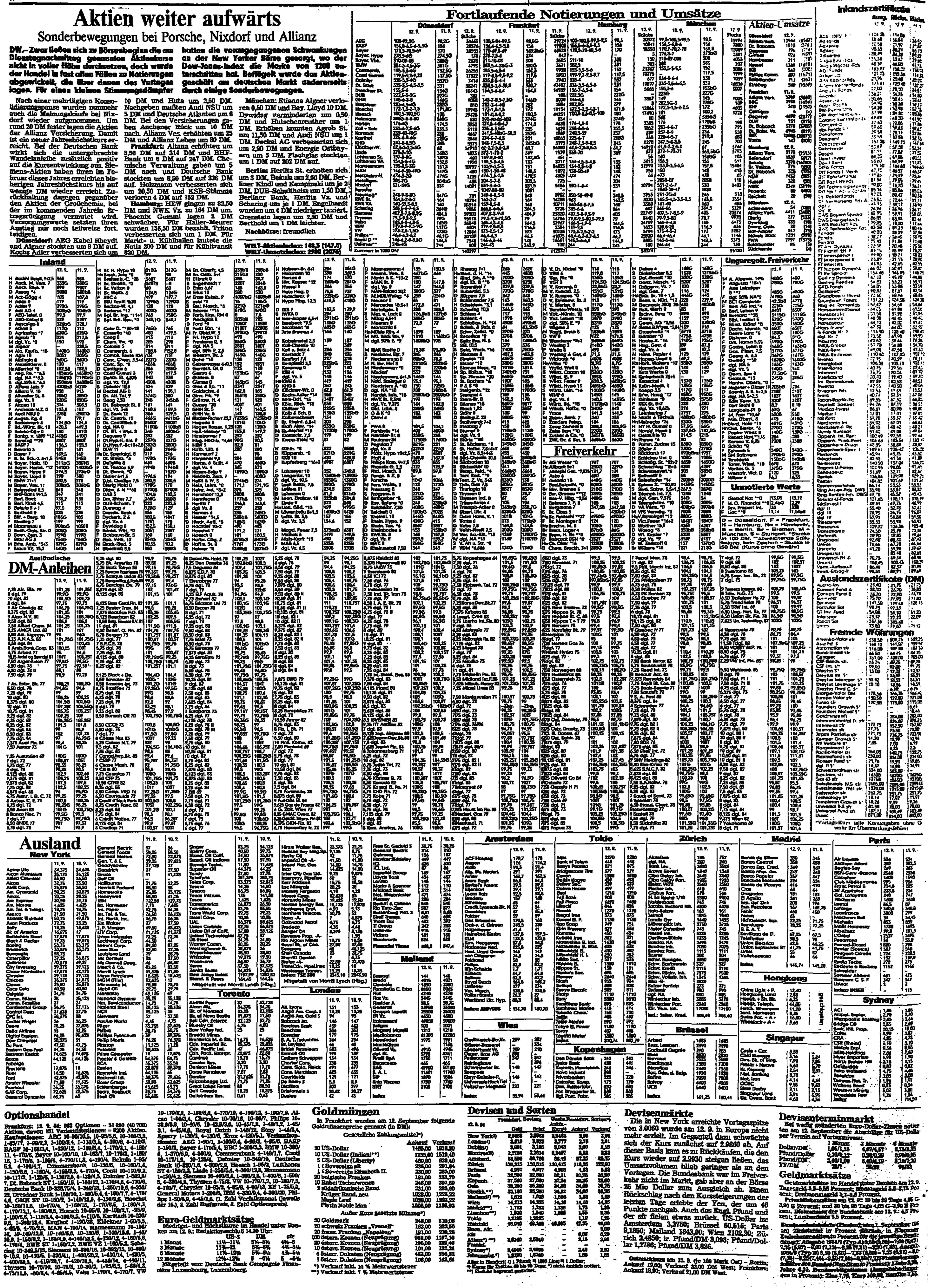
Hamburg: HEW gingen zu 82,50 DM und NWK Vz. zu 164 DM um. Phoenix Gummi lagen 2 DM schwächer. Für Haller-Meurer wurden 155,50 DM bezahlt. Triton verbesserten sich um 1 DM. Für Markt- u. Kühlhallen lautete die Notiz 200 DM und für Kühltransit 820 DM.

München: Etienne Aigner verloren 0,50 DM und Bay. Lloyd 10 DM. Dywidag verminderten um 0,50 DM und Hutschenreuther um 1 DM. Erhöhen konnten Agrob St. um 11,50 DM und Audi NSU um 1 DM. Deckel AG verbesserten sich um 2,90 DM und Energie Ostbayern um 5 DM. Flachglas stockten um 1 DM auf 202 DM auf.

Berlin: Herlitz St. erholten sich um 3 DM, Bekula um 2,50 DM, Berliner Kindl und Kempinski um je 2 DM, DUB-Schultheiss um 1,50 DM, Berliner Bank, Herlitz Vz. und Schering um je 1 DM. Engelhardt wurden um 4 DM niedriger taxiert. Orenstein lagen um 2,50 DM und Berthold um 1 DM leichter.

Nachbörse: freundlich

WELT-Aktienindex: 148,3 (147,0)
WELT-Umsatzindex: 2980 (2076)



Devisenmärkte

Die in New York erreichte Vortagsspitze von 3.0060 wurde am 12. 9. in Europa nicht mehr erzielt. Im Gegenteil dazu schwächte sich der Kurs zunächst auf 2.9860 ab. Auf dieser Basis kam es zu Rückkäufen, die den Kurs wieder auf 2.9930 steigen ließen, das Umsatzvolumen blieb geringer als an den Vortagen. Die Bundesbank war im Freiverkehr nicht im Markt, gab aber an der Börse 25 Mio Dollar zum Ausgleich ab. Einen Rückschlag nach den Kurssteigerungen der letzten Tage erlebte der Yen, der um 40 Punkte nachgab. Auch das Engl. Pfund und der sfr fielen etwas zurück. US-Dollar in: Amsterdam 3,3750; Brüssel 60,515; Paris 9,1850; Mailand 1843,00; Wien 2102,20; Zürich 2,4850; ir. Pfund/DM 3,098; Pfund/Dollar 1,2786; Pfund/DM 3,826.

Ostmarkkurs am 12. 9. (je 100 Mark Ost) – Berlin: Ankauf 19,00; Verkauf 22,00 DM West; Frankfurt: Ankauf 18,00; Verkauf 21,00 DM West.

Renten verloren an Elan

Nach der ungewöhnlich lebhaften Nachfrage am Dienstag präsentierte sich der Rentenmarkt am Mittwoch in einer etwas ruhigeren Verfassung. Gleichwohl wurden öffentliche Anleihen teilweise um 0,25 Prozentpunkte heraufgesetzt. Größere Gewinne ergaben sich in einigen Länderanleihen, bei denen sich ein Renditenachholbedarf gebildet hatte. Bei den Pfandbriefen sorgten renditebewußte Anleger für eine freundliche Tendenz. Die neue EIB-Anleihe zu 7 7/8 Prozent bei 10jähriger Laufzeit und einem Ausgabekurs von 99,50 Prozent ist sofort untergebracht worden.

Bundesanleihen

	12. 9.	11. 9.
8 dgl. 83 S.41 6/88	102,05	101,85
8 dgl. 83 S.42 9/88	102,15	101,95
8 dgl. 83 S.43 12/88	101,95G	101,85
8 ¼ dgl. 83 S.44 12/88	102,75	102,85
8 dgl. 84 S.45 3/89	102,05	101,85bG
7½ dgl. 84 S.46 4/89	100,35	100,3
7¾ dgl. 84 S.47 7/89	101	100,95

Bundesbahn

	12. 9.	11. 9.
F 6 Bdbahn 78 III 11/84	100	100
6½ dgl. 79 2/85	12,9	100,1
8½ dgl. 73 2/85	100,1	100,85

Bundespost

Länder – Städte

Bankschuldverschreib.

	12. 9.	11. 9.
F 6 Allg. Hypo. Pf 1	84,5G	84,5G
6½ dgl. Pf 5	89G	89G
7 dgl. Pf 2	100G	100G
F 7½ Bakola Pf 104	100,85G	100,85G
9 dgl. Pf 106	104,75G	104,75G
10 dgl. Pf 108	108,95G	108,95G
7 dgl. KS 132	97,45G	97,45G
8 dgl. KS 155	100,6G	100,6G
9 dgl. KS 169	102,45G	102,45G

	12. 9.	11. 9.
H 5 Hbg. Lbk. Pf 2	117	117
6 dgl. 14	92,6	92
6 dgl. 47	80,5G	80,5G
F 5 Hallda Pf 8	110,5	110,5
6 dgl. Pf 80	95,8G	95,95G
8 dgl. Pf 73	101,8G	101,4G
4 dgl. KO 5	103G	103G
H 6 Hyp.l.Hbg. Pf 98	83,75	83,5G
6½ dgl. Pf 80	92G	92G
8 dgl. Pf. 246	100,1	100,1
9 dgl. KO 125	–	–

	12. 9.	11. 9.
M 5 Verbank Mbg. Pf 65	117,5G	117,5G
6 dgl. Pf 95	77,5G	77,5G
7 dgl. Pf 100	100,25G	100,25G
D. 8 WestLB Pf 350	101G	101G
6½ dgl. Pf 403	98,9G	98,9G
9½ dgl. Pf 1007	107,35G	107,35G
8 dgl. Pf 1015	100,85G	100,85G
7 dgl. KO 558	100,2G	100,2G
6½ dgl. KS 420	97,65G	97,65G
9½ dgl. KO 1301	106,15G	106,15G
8½ dgl. KS 1278	101,2G	101,2G
8 dgl. KS 1512	102G	102G

	12. 9.	11. 9.
Br 8 Dt. Schiffbk. Pf 46	[illegible]	[illegible]
5½ dgl. Pf 62	[illegible]	[illegible]
8½ dgl. Pf 65	[illegible]	[illegible]
6½ dgl. Pf 60	[illegible]	[illegible]
6½ dgl. Pf 74	[illegible]	[illegible]
6¼ dgl. Pf 76	[illegible]	[illegible]
Br 6½ dgl. Pf 77	[illegible]	[illegible]
6 dgl. Pf 42	[illegible]	[illegible]
8½ dgl. Pf 47	[illegible]	[illegible]
F 5 Fft. Hypobk. Pf 68	[illegible]	[illegible]
5½ dgl. Pf 59	[illegible]	[illegible]
6 dgl. Pf 79	[illegible]	[illegible]
8 dgl. Pf 130	[illegible]	[illegible]
6½ dgl. Pf 133	[illegible]	[illegible]

Sonderinstitute

Industrieanleihen

Optionsscheine

Optionsanleihen

Währungsanleihen

Wandelanleihen

Ausländische Aktien in DM

Warenpreise – Termine

Gut behauptet schlossen am Dienstag die Gold- und Kupfernotierungen an der New Yorker Comex. Etwas schwächer ging Silber aus dem Markt. Während Kaffee Einbußen hinnehmen mußte, konnte Kakao, mit Ausnahme des schwächeren verfügbaren Monats, zulegen.

Getreide und Getreideprodukte

Weizen Chicago (c/bush)	11. 9.	10. 9.
Sept.	348,50	350,25
Dez.	356,75	357,75
März	382,75	383,00

Weizen Winnipeg (can. $/t)	11. 9.	10. 9.
Wheat Board cif.		
St. Lawrence 1 CW	234,90	235,10
Amber Durum	256,10	257,80

Roggen Winnipeg (can. $/t)		
Okt.	140,50	139,50
Dez.	145,00	144,30

Kakao New York ($/t)	11. 9.	10. 9.
Terminkontr. Sept.	2440	2535
Dez.	2236	2213
März	2191	2150
Umsatz	3270	4536

Zucker New York (c/lb)		
Kontrakt Nr. 11 Okt.	4,41	4,37
Jan.	5,02	4,92
März	5,68	5,58
Mai	6,00	5,89
Juli	6,27	6,19
Umsatz	11 225	13 450

Genußmittel

Öle, Fette, Tierprodukte

Wolle, Fasern, Kautschuk

Zinn-Preis Penang

Deutsche Alu-Gußlegierungen

Edelmetalle

Erläuterungen – Rohstoffpreise

Westdeutsche Metallnotierungen

NE-Metalle

Messingnotierungen

New Yorker Metallbörse

Londoner Metallbörse

Internationale Edelmetalle

Warum haben Menschen Angst vor Schlangen?

Die kalten Kriecher

Ein Großteil eigener Neugierde ist bei Joachim Bublath stets mit im Spiel. So auch bei der heutigen Sendung. „Woran liegt es eigentlich," fragte sich der verantwortliche ZDF-Wissenschaftsredakteur, „daß Schlangen so verteufelt werden, wenn man bedenkt, welch hochinteressante Tiere das eigentlich sind?" Es gibt, so scheint es, tatsächlich nur recht wenige Zeitgenossen, die gleich auf Anhieb gut Freund mit den „glatten Monstern" sind.

Wissenschaftler der amerikanischen Universität in Wisconsin stellten dazu einen interessanten Versuch an. Zwei Gruppen von Jungäffchen, die einen im Zoo, die anderen in freier Wildbahn aufgewachsen, wurden mit Schlangen konfrontiert. Das Experiment wurde von Filmkameras festgehalten. Die Zoogeborenen zeigten zunächst keinerlei Angstsymptome. Jedoch nach einem dritten und vierten Annäherungsversuch, die das Gegenüber mit einem nicht zu überhörenden Zischen beantwortete, wendete sich das Blatt: die Äffchen waren plötzlich nicht mehr so furchtlos.

„Eine zugegebenermaßen vorsichtige Theorie besagt nun, daß wir Menschen – genetisch gesehen – nicht von

Aus Forschung und Technik – ZDF, 21.00 Uhr

vornherein Angst vor Schlangen haben," faßt Joachim Bublath die Forschungsergebnisse zusammen. Es gibt da ganz offensichtlich eine Prägungsphase, in der sich die Schlangenurangst unheimlich verstärkt. Ein Effekt, der stärker ist als zum Beispiel die unliebsamen Erfahrungen mit einer heißen Herdplatte.

Die Redaktion hat sich aus den weltweiten Angeboten wissenschaftlicher Filme, die sich mit Schlangen beschäftigen, die Rosinen herausgepickt. Kamerateams aus Australien, den USA, Japan und Frankreich steuern eindrucksvolle Filmmeter bei.

Den farbenprächtigen und imposanten Auftakt bildet das alljährliche Klapperschlangenfest im westtexanischen Clearwater mit seinem Höhepunkt, der Proklamation der Schlangenkönigin. Zu sehen sind ekstatische, offiziell verbotene, rituelle Schlangentänze auch bei einigen US-Sekten, bei denen es im Eifer des Gefechtes tatsächlich vorkommt, daß mal etwas schiefgeht.

Medizinisch genutzt, wirkt das aus zahlreichen Eiweißkomponenten bestehende Gift bekanntlich thrombosenauflösend. Im Film ist ein Schlangenfänger aus Miami zu bewundern, der vor Jahr und Tag gebissen, sich seither immer wohler fühlt. Joachim Bublath: „Der ist schon 90 und wankt durch die Gegend wie eine Mumie. Wen wundert's, daß zahlreiche Patienten zu ihm pilgern."

Wichtigstes Sinnesorgan des Schuppenkriechtieres ist die Zunge, kombiniert tätig für Tastsinn und Geruchswahrnehmung. Das Züngeln bringt die „erschnüffelten" Duftpartikel an das Riechorgan heran. Was aber passiert, wenn man den Schlangen die Nasenhöhlen verstopft und sei dann ihre Beute verfolgen läßt? Studioexperimente versuchen darauf eine Antwort zu geben.

Die natürlichen Infrarotaugen, bis zu 7000 empfindliche Nervenenden am Schlangenkopf, machen ein heimliches Entkommen ihrer warmblütigen Beutetiere auch in dunkelster Nacht nahezu unmöglich. Schlangen können nämlich Wärmeunterschiede bis zu Dreitausendstel Grad registrieren. „Bei unseren ständigen 37 Grad Celsius würde uns ein infrarotsensibles Organ gar nichts nützen," zieht Joachim Bublath die Schlußfolgerung. „Während bei Schlangen, deren Körper kalt sind, Wärmestrahlung zu Ortungszwecken optimal ausgenutzt werden kann."

Ein Übergang zum heutigen Stand der Technik fällt leicht: im Zivilbereich helfen Infrarotkameras der Feuerwehr bei stark verqualmten Aktionen, den Brandherd zielsicher aufzuspüren. Das US-Verteidigungsministerium gab für das ZDF Aufnahmen von militärischen Einsätzen frei; Aufnahmen konventionellen Schwarzweißbildern vergleichbar, die aber nicht durch Restlichtverstärker eingefangen, sondern mit abgegebener Wärmestrahlung im Infrarotbereich operieren. „Die malayische Grubenotter oder die Klapperschlange tun praktisch auch nichts anderes. So wie es ihnen gelingt, die Seheindrücke zu verarbeiten, versuchen die Militärs dies nachzuvollziehen, indem sie intelligenten Raketenköpfen eine Formerkennungsmaschinerie einbauen. Das gewonnene Infrarotbild wird mit grob vorgerasterten und gespeicherten Konturen spezifischer Panzer oder Flugzeuge verglichen." Ob Schlange oder Rakete: die Beute wird stets selektiv geschlagen.

DIETER THIERBACH

KRITIK

Wenn die Seele Atem schöpft

Der vertraute Herr Klarner bringt die „heute"-Nachrichten mit wechselnder Stimmfärbung; der Sportsprecher Torsten Römling bedient sich des Hamburgischen; der Wettermann Franz am Schluß kündigt den Regen auf Hessisch an: Reizvoller Auftakt für den neuen **Spielraum** (ZDF), der sich diesmal, live von der Elbe, mit einem Thema beschäftigte, das dem Zeitgeist schmeichelt: „Ist das Volk so tümlich? Über Heimat und Dialekt" hieß die von Günter Verdin sympathisch moderierte Gesprächssendung. 37 „Experten" wie du und ich in Sachen Platt und Dialekt hatten sich zum lockeren Meinungs- und Erfahrungsaustausch versammelt, aus allen Gegenden Deutschlands und drumherum.

Ein unerschöpfliches Thema, wie zu merken war, hin und her pendelnd zwischen Fragen wie: Wer kann überhaupt noch Platt? Wie soll ein Politiker, wie soll die Werbung reden? Wie können Nachrichten, wie überhaupt Dialoge an Arbeitsplatz, mit Zugereisten oder Touristen am Biertisch, verständlich gemundhabt werden? Jedem sein Platt, jedem damit Goethes „Atemschöpfen der Seele", jedem sein Heimat- und Geborgenheitsgefühl, so viel steht fest.

Doch kann es im Umgang mit Andersbrabbelnden wohl doch immer nur Kompromisse geben, die sich auch in der Sprache darstellen: Im Abschliff, im Manikiiren der Herkunftssprache. „Language" und „Parole", die beiden ungleichen Brüder, machen es nicht nur Linguisten schwer. Jeder Übersetzer, der einen Slang redenden Autor eindeutschen muß, weiß Klagelieder davon zu singen: Darf er eine Art „Meta-Slang", eine Art Mixplatt erfinden? Traduttore traditore – der Übersetzer ein Verräter?

Für die Damen und Herren im Studio, Botschafter des Angewandten, stand zumindest fest: Dialekt, Platt, Niederdeutsch ja, aber Hochdeutsch, wenn es geboten ist.

Schade nur, daß Verdin und die Seinen nicht näher eindrangen in die allgegenwärtige Frage, woher es eigentlich kommt, daß der hemdsärmelige, liebenswerte, spontane, kraftvolle, authentische Regionalschnack heute so allenthalben kräftigen Zuspruch erlebt. Das muß ja schließlich Gründe haben . . .

ALEXANDER SCHMITZ

STUDIO

Die Filmfirmen **MGM/UA Entertainment Co. und Taurus-Film** haben vereinbart, alle zwischen den beiden Gesellschaften in Los Angeles und München anhängigen Prozesse zu beenden. Der Vergleich zieht einen Schlußstrich unter Gerichtsverfahren, die 1982 begannen, als Taurus sich zur Durchsetzung bestimmter Verträge an die Gerichte wandte. Die beiden Gesellschaften sind nun übereingekommen, alle Ansprüche der an Prozessen Beteiligten gegeneinander aufzuheben. MGM/UA hat weiterhin die Fernsehrechte an einer Anzahl von Filmen an Taurus übertragen, unter anderem die Rechte für „Vom Winde verweht", „Ben Hur" und „Doktor Schiwago". DW.

*

Den Film **Heimat** von Edgar Reitz, der auf der Biennale in Venedig einhellig von der Kritik gelobt wurde, hat die britische Fernsehgesellschaft BBC erworben. Sie will das sechzehnstündige Filmwerk, das vom WDR produziert wurde, im April 1985 in einer ungekürzten untertitelten Fassung ausstrahlen. DW.

*

In Zusammenarbeit zwischen einigen Hörfunkanstalten der ARD, dem ZDF und der Fernsehzeitschrift „Hör zu" wird in diesem Jahr zum zweiten Mal ein **Kinderchor-Wettbewerb** durchgeführt. „Hörzu" hatte alle Kinderchöre in der Bundesrepublik zur Einsendung von Demonstrationsbändern aufgefordert, die von einer Fachjury geprüft wurden. Auch die Hörer im Sendegebiet von WDR 4 können am Samstag, den 15. September um 14 Uhr mit einer Postkarte die beiden beliebtesten Chöre in Nordrhein-Westfalen wählen. Die Sieger aus den Landeswettbewerben nehmen am 21. November in Augsburg am Finale teil, das vom ZDF übertragen wird. DW.

ARD 

ARD/ZDF-VORMITTAGSPROGRAMM

Nur über die Sender der ARD
10.00 heute
10.05 Deutschland – Argentinien
Fußball-Länderspiel
11.40 Direkt
12.25 Brennpunkt
12.55 Presseschau
13.00 heute

ARD

15.00 Frau Holle
Puppenspiel nach den Brüdern Grimm
15.30 Das feuerrote Spielmobil
16.00 Tagesschau
16.10 Tiere vor der Kamera
In den Wäldern Australiens
Filmbericht von Ernst Arendt und Hans Schweiger
16.55 Die Spielbude
17.50 Tagesschau
Dazw. Regionalprogramme
20.00 Tagesschau
Anschl. Der 7. Sinn
20.18 Schlag auf Schlag
Ostpolitik in der Krise
Bundesaußenminister Hans Dietrich Genscher stellt sich den Fragen von Herbert Kremp und Ernst Dieter Lueg
Gesprächsleitung: Rudolf Mühlfenzl
21.00 Bananas
Musik und Nonsens
21.30 Bei Bio
Gespräche und Musik mit Alfred Biolek
22.30 Tagesthemen
23.00 Ein Mann fürs Leben
Fernsehspiel von Gerd Fuchs
Mit Manfred Krug, Hannelore Hoger u. a.
Regie: Erwin Keusch
Heinz Mattek, Schiffsbauer (39), verheiratet, zwei Kinder, bekommt Schwierigkeiten in seiner Ehe. Als auf seiner Werft ein Neubauauftrag zurückgezogen wird und er als Dreher eingesetzt werden soll, läßt er sich lieber kündigen, als eine „minderwertige" Arbeit zu übernehmen.
0.45 Tagesschau

ZDF

8.57 Heute im Parlament
Debatte zum Haushalt '85
16.00 heute
16.04 Die Dritte Welt beginnt bei uns
Schüleraustausch mit Tunesien
Schüler aus Duisburg fuhren nach Tunesien. Sie waren dort in Familien untergebracht und erlebten ein Entwicklungsland einmal ganz anders, als es die Touristen sehen. Zahlreiche Freundschaften entstanden während dieses Aufenthalts.
Anschl. heute-Schlagzeilen
16.35 Kleine Abenteuer
Catherine schlägt zurück
17.00 heute / Aus den Ländern
17.15 Tele-Illustrierte
17.50 Zwei schwarze Schafe
Umleitung
Dazw. heute-Schlagzeilen
19.00 heute
19.30 Dalli-Dalli
Mit Hans Rosenthal
21.00 Aus Forschung und Technik
Die glatten Monster
Schlangen – wissenschaftlich gesehen
Von Joachim Bublath
21.45 heute-journal
22.05 Katalysator im Alleingang?
Schadstoffarmes Auto, wann und wie
Bestandsaufnahme von Horst Dankert, Günter Fiedler, Michael Opoczynski, Jacqueline Perad und Horst Wünsche
22.50 Apropos Film
Aktuelles aus der Filmbranche
Von Helmuth Dimko und Peter Hajek
23.35 heute



Seit der Schiffsbauer Heinz Mattek (Manfred Krug) arbeitslos ist, gibt es mit seiner Frau (Hannelore Hoger) häufig Streit (Ein Mann fürs Leben – ARD, 23.00 Uhr) FOTO: TELEBUNK

III.

WEST

17.00 Schulfernsehen
18.00 Berufsorientierung
18.30 Die Sendung mit der Maus
19.00 Aktuelle Stunde
20.00 Tagesschau
20.15 Heirate niemals einen Fremden
Amerikanischer Spielfilm (1944)
Regie: William Castle
21.20 Filmtip
21.55 Axel Hecker – ein Sieger
Film von Michael Picht
22.25 Köpfe der Geschichte
Benjamin Disraeli (1804–1881)
23.30 Tips für Leser
I Ging – Das Buch der Wandlungen
0.00 Letzte Nachrichten

NORD/HESSEN

Gemeinschaftsprogramm:
18.00 Die Sendung mit der Maus
18.30 Deutsche Puppenbühnen
Figurentheater „Die Bühne"
19.00 Ungewöhnlich leben
Frauen funken dazwischen
19.45 Foto als Hobby
Umgang mit der Kamera
20.00 Tagesschau
20.15 Die Lachbombe
Amerikanische Filmkomödie (1954)
Mit Danny Kaye u. a.
21.55 Zeitgenössische Fotografie in Amerika
Ein Film von Michael Engler
22.45 Sarah Kirsch – ein Gedicht
23.05 Nachrichten

SÜDWEST

18.00 Die Sendung mit der Maus
18.30 Telekolleg
Nur für Baden-Württemberg:
19.00 Abendschau
Nur für Rheinland-Pfalz:
19.00 Abendschau
Nur für das Saarland:
19.00 Saar 3 regional
Gemeinschaftsprogramm:
19.25 Nachrichten
19.30 Durchgedreht
Amerikanischer Fernsehfilm
21.00 Der Maler Hans Richter
Nur für Baden-Württemberg:
21.45 Treffpunkt Fernsehturm
22.45 Landespolitik aktuell
Ausschnitte aus der Sondersitzung des Landtags zum „sauberen Auto"
Großraum Mannheim:
21.45 Treffpunkt Alte Feuerwache
22.45 Nachrichten
Nur für Rheinland-Pfalz:
21.45 Vater Rhein
22.30 Landtag aktuell
Nur für das Saarland:
21.45 TV-Club Saar 3

BAYERN

18.15 Wegweiser Erziehung
18.45 Rundschau
19.00 Tatort
Der Richter in Weiß
21.00 Gespräche mit Christen
Raimund Ulbrich spricht mit Franz Kett
21.45 Rundschau
22.00 Z. E. N.
Wattlandschaften
22.05 Sein oder Nichtsein
Amerikanischer Spielfilm (1942)
Regie: Ernst Lubitsch
23.40 Rundschau

Hoheneck? Unbekannt!

U. S. – WDR III, vorgestern, 22.15 Uhr – das Magazin „Deutscher Alltag" präsentierte zwei Reportagen von Heike Mundzeck über Jugendliche der „DDR" und der Bundesrepublik in Forschungswettbewerben. Hier heißt das „Jugend forscht", drüben „Messe der Meister von morgen". Die von Frau Mundzeck besuchten Meistertechnologen der „DDR" von morgen wohnen im erzgebirgischen Aue und arbeiten in einer Konservendosen-Maschinenfabrik. Die Reporterin betonte zu Beginn, dies sei ihre erste Berufsreise in die „DDR" gewesen. Ein Debüt also. Aber das hätte sie nicht zu unterstreichen brauchen, man merkte es nur allzu schnell. Bestellte Figuren, gestellte Situationen, gestanzte Reden beherrschten die Szenerie, und Heike Mundzeck kommentierte die ganze Peinlichkeit auch noch in der Phraseologie ihrer Gastgeber.

Doch geschenkt! Reiner Fassaden-Journalismus, wenn es um den Alltag in der „DDR" geht, ist hierzulande schon lange kein Novum mehr, eher die Regel. Man könnte mithin zur Tagesordnung übergehen – hätte es nicht eine Filmsekunde gegeben, die einen traurig und zornig zugleich machte.

Während der Fahrt des TV-Teams von Karl-Marx-Stadt nach Aue fängt die Kamera nämlich auch den Ort Stollberg ein, hält sich – kurz, aber überdeutlich – an einem Gebäude fest: die „schöne mittelalterliche Burg Hoheneck", wie Heike-Mundzeck mit sanftem Tonfall erläutert. Hoheneck? Wußte sie wirklich nicht, was sie da vor sich sah? Das größte und schlimmste Frauengefängnis der „DDR"! Vollgestopft auch mit politischen Häftlingen. Die Unfähigkeit zu wissen triumphiert offenbar, wenn es um den Alltag in Mitteldeutschland geht.

Ein Pfahldorf, so groß wie zwei Fußballplätze

Feuersteins Teetasse

Lag ein kleines Ruhrgebiet des Neolithikums in Oberschwaben? Funde schwäbischer Archäologen des Projektes „Pfahlbauarchäologie Bodensee–Oberschwaben" legen dies nah. Am Ende der Grabungskampagne 1983 entdeckten die Frühgeschichtler im Schorrenried bei Reute (Bad Waldsee) einen Kupferdolch sowie die Bruchstücke von Gußtiegeln und Kupferschlacken (s. WELT v. 19. 10. 83). Das Alter des Dolches kennt man jetzt: 5730 Jahre. Für das westliche Mitteleuropa ist das der früheste eindeutige Nachweis einer Kupferverarbeitung.

Das neolithische Dorf im Schorrenried war mehrfach besiedelt. Zwei Siedlungsphasen sind inzwischen nachweisbar. Eine dritte Siedlungsphase wird vermutet. Das Dorf stand auf einer Insel, umgeben von einem kleinen Moorsee. Im Verlauf der Grabungskampagne 1984 entdeckten die Archäologen die Abfallhaufen der jungsteinzeitlichen Dorfbewohner. Dort bargen sie überraschend viele Pferdeknochen, Holzgefäße, Beilholme und eine schwarzpolierte Tasse. Ihre Form entspricht genau einer modernen Teetasse. Frau Feuersteins Teetasse?

Bei den Ausgrabungen und naturwissenschaftlichen Forschungsarbeiten im weltbekannten Federseeried bei Bad Buchau (Oberschwaben) gelang es den Archäologen des Stuttgarter *Landesdenkmalamtes* jetzt auch, genau Umfang und Fläche der bronzezeitlichen Feuchtbodensiedlung „Forschner" festzulegen: zwei Fußballplätze. Sie war mit Unterbrechungen zwischen 1800 und 1500 v. Chr. mehrfach bewohnt.

Fest steht seit diesem Sommer, daß die Siedlung stark befestigt war: Auf der dem Land zugewandten Seite orteten die Wissenschaftler bis zu fünf Palisadenreihen. Die starke Befestigung des Dorfes läßt auf sehr unruhige Zeiten schließen. Zur Erinnerung: Während dieser Zeit wurde das Troja der Ilias von den Griechen zerstört, und in Ägypten herrschten die Hyksos.

Das man auch heute noch frühgeschichtliche Siedlungen im Südwesten entdecken kann, hat der Grabungsleiter Erwin Keefer bewiesen. Er fand im Gewann „Hartöschle" im nördlichen Federseeried eine etwa 6000 Jahre alte neolithische Siedlung. Bei ersten Sondierungsarbeiten in diesem Sommer stießen die Archäologen dort auf ungeheuer reichhaltiges Fundmaterial. ROBERT LUTZ

„Ein anderes Klima" in Düsseldorfs Kunsthalle

Fragmente einer Utopie

Ein anderes Klima" – in den Künsten natürlich – verspricht die Düsseldorfer Kunsthalle. Das setzt voraus, daß die Erfinder dieser Ausstellung genau zu definieren verstehen, wie es um das „gewöhnliche Klima" bestellt ist. Wie sonst könnten sie ihre „anderen" Entdeckungen dagegensetzen? Aber leider stellt sich heraus, daß der Titel noch das beste an dieser Inszenierung ist. Denn John Chamberlains Knautschplastiken aus alten Autoteilen oder Tony Craggs Sammlungen vom Schrottplatz (diesmal weiß und schwarz gespritzt), Jesus Rafael Sotos Nylonfaden-Konstruktionen oder Isa Genzkens elegant verformtes Sperrholz haben wir schon häufiger in den letzten Jahren sehen können. Auch Gerhard Richters bunt-abstrakte Gemälde, Bridget Rileys Farbstreifen-Tableaus und Sigmar Polkes Vexierbilder auf Tapetenmustern sind keine Novität oder *gar anders als das, was bisher* die Kunsthallen boten.

Aus dem Katalog ist jedoch zu erfahren, daß die Düsseldorfer mit dieser Ausstellung der „Vernachlässigung der Schönheit" entgegenwirken wollen. Das muß einem gesagt werden, denn die Anschauung lehrt es nicht. Es sei denn, man nähme die altmeisterlich-pingelig gemalten Paraphrasen über klassische Kunstideale von Carlo Maria *Mariani* fürs Ganze. Und wieso ausgerechnet Franz Xaver Messerschmidts „Zweiter Schnabelkopf" von 1780, eine groteske Büste aus einer Reihe ähnlicher Arbeiten, deren Bedeutung noch immer umstritten ist, als Leitfigur gewählt wurde, wird auch nicht klar.

Eindrucksvoll erscheinen nur Anne und Patrick Poiriers „Falaises de marbre, fragments d'une utopie". Das sind neun 22 cm dicke, geglättete Marmorplatten, die in einem 17 Meter langen, immer wieder unterbrochenen Keil langsam auf drei Meter Höhe ansteigen und auf deren Oberkante puppenstubenhaft archaische Stufentempel und Obeliske geschnitten wurden.

Ein gemeinsamer Gedanke, ein alles verbindendes „anderes Klima" läßt sich jedoch aus diesem Sammelsurium des gegenwärtig Modischen nicht ablesen. Aber wahrscheinlich liegt das an uns. Denn uns ist es nicht einmal gegeben, den ersten Satz des *Kataloges*, der *zweifellos Idee und* Programm umschreibt, zu verstehen. Da heißt es: „Die künstlerische Form der Rezeption ist die konzeptuelle Pose, das eigentliche Korrelat der künstlerischen Verfremdung der Dinge, wobei der Künstler auch die Sprache als eine Version der Pose verwendet, statt umgekehrt seine Pose sprachlich aufzuklären." Also noch nicht einmal „andere" Worte (bis 5. Oktober; *Katalog 25 Mark*).

PETER DITTMAR

Anwalt der verfemten authentischen Literatur in der Tschechoslowakei – Gespräch mit Jiři Gruša

Auch verschüttete Gärten erblühen

Es war Louis Aragon, der angesichts einer nach dem 21. August 1968 auch und gerade kulturpolitisch „konsolidierten" ČSSR von einem „Biafra des Geistes" sprach. Sechzehn Jahre nach diesem Datum muß man konstatieren, daß die zugespitzte Metapher des französischen Romanciers, der bis zu seinem Tode Mitglied der KPF blieb, zwar die kulturpolitischen Intentionen der vom sowjetischen Besatzungsregime eingesetzten Funktionäre richtig charakterisiert und sich bei oberflächlicher Betrachtungsweise der kulturellen Lage in der ČSSR tatsächlich so etwas wie eine Kahlschlaglandschaft ausgebreitet hat – in Wirklichkeit jedoch gibt es mehr als nur diese Ödnis auf den ersten Blick. Unter den Trümmern zerschlagener traditioneller Künstlerverbände, Institutionen, Literaturzeitschriften und Theaterensembles hat sich etwas erhalten und sogar weiterentwickelt, was man einmal als die eigentliche tschechische und slowakische Kultur dieser Jahre bezeichnen wird.



Ein Biafra des Geistes verhindert: der tschechische Exil-Autor Jiři Gruša
FOTO: HANS-WILHELM HÖFT

Besonders deutlich wird das Dilemma naturgemäß im Bereich der Literatur, denn gerade hier „konsolidieren" totalitäre Regimes am radikalsten, weil die Angst vor dem Gegen-Werte, kritisches Bewußt-Sein und Erinnerungen transportierenden *Wort am größten ist. In der* Konsequenz führt das freilich dazu, daß Kontrabewegungen und Gegenzeichen sich gerade im literarischen Leben intensiv rühren.

Der 1938 geborene, seit 1980 im westdeutschen Exil lebende tschechische Schriftsteller Jiři Gruša, bekannt geworden vor allem durch seinen Roman „Der 16. Fragebogen", der ihm in der ČSSR zwei Jahre Haft einbrachte, ist nicht nur ein profunder Kenner der Einzelheiten dieses ermutigenden Prozesses, er ist vor allem ein unermüdlicher Multiplikator, wenn es um Übersetzungen und Vermittlung der im Untergrund entstandenen literarischen Werke seiner in Böhmen, Mähren und in der Slowakei lebenden Kollegen geht. 1983 gab er im Kölner Bund-Verlag den Band „Verfemte Dichter. Eine Anthologie aus der ČSSR" heraus, in der man neben Texten von Václav Havel, Ludvik Vaculik und Ivan Klima auch Arbeiten vieler hierzulande noch unbekannter Autoren finden konnte.

Gruša in *einem* Nachwort über die Sammlung: „Unsere Auswahl ist gedacht als ein kleiner Kurs über zu Prügelknaben bzw. -mädchen degradierte Dichter, deren Lehranstalt, um den Titel einer Erzählung unserer Sammlung zu paraphrasieren, Böhmen ist. Prügel – oder wenn Sie so wollen, die Erfahrung mit der Geschichte, die 'anders' geschieht –, das ist ein tschechisches Erlebnis par excellence."

In diesen Tagen stapeln sich in Grušas Bonner Wohnung neue und neueste Manuskripte aus dem tschechischen Samisdat, die Zeugnis dafür geben, daß der „Schlag gegen das Gedächtnis des einzelnen und der Nation", wie Gruša sagt, „zwar immer noch geführt wird, aber schon lange *nicht mehr trifft, sondern ins Leere* geht".

Grušas Satz ist kein unangebrachter Euphemismus, eher Ausdruck einer nüchternen Bestandsaufnahme. Soeben *hat der einstige Zeitschriften*herausgeber und Mitarbeiter des Prager Samisdat-Verlages „Edice Petlice" (Edition Riegel) die ersten beiden Bände einer neuen Lyrik-Reihe im Zigarettenpäckchenformat kreiert, die sich „edice kra" – Edition Eisberg – nennt. Die Titel: „Lücken im Gedächtnis" von Jiři Pištora, der im September 1970 Selbstmord verübte, sowie „Verschüttete Gärten" von Ivan Wernisch, Jahrgang 1940.

Wernisch ist ein bekannter Lyriker des Landes, der heute in Prag als Nachtwächter arbeitet. In seinem Band gibt es das Gedicht „Prager Frühling", das auf eindrucksvolle Weise die Aussage Grušas untermauert: „Es ist noch nicht alles überstanden. Aber das Wichtigste ist geschehen: Es gibt das Bewußtsein einer neuen Identität." Ivan Wernisch läßt daran keinen Zweifel: „Nun ist der Frühling wieder da. / Der Laurentiusberg ist wieder ein wenig höher geworden. / Die Billardstöcke sind wieder voller Daunen. / Die Kegel stellen sich von selbst auf. Den Geheimagenten brennen die Ohren. / Ein Mann legt behutsam seinen Spazierstock ab. / Der Spazierstock ist voller Knospen. / Der Fiesling betäubt."

Auf seine spezifische Weise bestätigt die Existenz dieser „neuen Identität" ein anderer Dichter, der weltbekannte Dramatiker und Essayist Václav Havel, dessen (Gefängnis-) „Briefe an Olga" soeben bei Rowohlt erschienen. Schon liegt ein weiteres Manuskript von Havel vor, an dem der unermüdliche Multiplikator Gruša die Übersetzungsarbeit aufgenommen hat: das Schauspiel in sieben Bildern „Largo desolato", in dem ein Philosoph die Hauptrolle spielt, der vor einiger Zeit von „dort" zurückgekommen ist und seitdem nicht mehr arbeiten kann, sich körperlich unwohl fühlt und zu nichts aufrafft, weil er ständig erwartet, daß „sie" wiederkommen.

Havels Stück handelt vom Identitätsverlust eines Menschen, der von anderen in radikaler Weise gefordert wird, aber nicht geben kann, was man von ihm verlangt, weil er „dort" in seinem Inneren zerbrochen wurde und nun – sich selbst entfremdet und dadurch doppelt isoliert – nach einer Ruhe verlangt, die der Friedhofsruhe gleicht. Wer Havels unglückliche Rolle zu Beginn der Bewegung „Charta 77" kennt, weiß, daß dieses Stück einen selbstkritisch-autobiografischen Kern hat.

Als wichtigste Neuerscheinung des Prager Samisdat nennt Gruša die dokumentarische Prosaarbeit „Meine Freundinnen aus dem Hause der Trauer" von Eva Kanturková, die seit 1970 Berufsverbot hat, 1978 die „Charta 77" *mit* unterschrieb und 1981 für zwölf Monate im berüchtigten Prager Untersuchungsgefängnis Ruzyně landete.

Das Buch enthält Lebensgeschichten von weiblichen Mithäftlingen, die deshalb so wichtig sind, wie Gruša ausdrücklich unterstreicht, weil mit ihnen zum ersten Mal keine Dissidentenproblematik in einem Samisdatbuch verhandelt wird, wohl aber eine, *die die Gesellschaft noch viel radika*ler charakterisiert: die schrankenlose, von keinem in- und ausländischen Interesse begleitete Unterdrückung sogenannter „Asozialer", die auch für Gruša nichts anderes als eine wehrlose „Beute des Regimes" sind. Das System braucht Verurteilte nach dem entsprechenden Paragraphen 203, sagt er, um „Sklaven für Industriezweige zu haben, in denen kein ande*rer arbeiten will*".

Gefragt, ob es zwischen der Untergrund-Literatur auf der einen und der Hof-Literatur auf der anderen Seite nicht auch noch Talente und Bücher gebe, die keinem Lager zuzuordnen seien, antwortet Gruša, daß es solch eine „Grauzonen-Literatur" sehr wohl auch gebe, in der man ab und zu etwas finden könne, aber eben: „Sehr selten!" Einen Namen nennt er: Karel Steigerwald, *der zwei „glänzende* Stücke" geschrieben habe, von denen das eine – „Epochentänze" – nur in Aussig, nicht jedoch in Prag aufgeführt werden durfte, weil historische Parallelen überdeutlich wurden.

Gruša selbst legt in diesem Jahr seinen noch in Prag geschriebenen Roman „Janinka" vor. Motto seiner Arbeit: „Es geht letztlich nicht darum, ob Ideen stimmen, sondern Erfahrungen. Stimmen die Erfahrungen nicht, bin ich bereit, die Ideen wegzuwerfen." Eine Erkenntnis, die seine Kollegen in der Heimat täglich zu Außenseitern macht, aber Künstler bleiben läßt. ULRICH SCHACHT

Die Schwierigkeit, die Musik eines Barockmeisters richtig zu spielen – Das 29. Schütz-Fest in Bremen

Mit Doppeltasten das Heulen der Wölfe überlisten

Die internationale Heinrich-Schütz-Gesellschaft hat sich die Premiere zum Jubeljahr der Schütz, Bach und Händel gesichert. Ein Jahr und einen Monat vor dem 400. Geburtstag des „Vaters der deutschen Musik" inszenierte sie in Bremen ihr 29. Fest (das erste fand 1930 in Berlin statt). Das Schütz-Bild, das in diesen Tagen entstand, schufen nicht die Musikphilologen, sondern die forschenden Musiker: Es ging um die Revision eines „Klangbildes", wie es vielerorts in chorischer Unschuld gepflegt wird.

Drei Ensembles – der New College Choir Oxford, die Bremer „Fiori musicali" und die Berliner „Musicalische Compagney" –, ergänzt von der virtuosen Streichergruppe „Musica antiqua" aus Köln und einem niederländischen Vokalquintett (angeführt von dem Bassisten Harry von der Kamp), gaben ein konzertgespicktes Wochenende lang den Ton an. Ihre Namen *stehen für ein interpretatorisches* Ethos: das sendungsbewußte Bemühen um die „wahre Art", Musik des 16. und 17. Jahrhunderts aufzuführen.

Wodurch gibt die „alte Musik" eigentlich Anlaß zu interpretatorischem „Richtungsstreit"? Notentexte der Schütz-Zeit lassen den Ausführenden viel freiere Hand als etwa die Orchesterpartituren Gustav Mahlers, die durch pedantische Auszeichnung der Interpretenwillkür entgegenzuwirken versuchen. Schütz' Partituren gewähren zweierlei Freiheit: das ausdrücklich zugebilligte Belieben der vokalen und instrumentalen Besetzung und Kopierung – und das unausgesprochene, weil damals in lebendiger Praxis geübte Dafürhalten der Tongebung, der syntaktischen Spannung und Lösung, der Artikulation und Auszierung. Hinweise hierauf haben sich nur in Gestalt fossiler Abdrücke in den Traktaten erhalten. Angesichts dieser verlorengegangenen Selbstverständlichkeiten sprach der „*Anführer*" der berlinischen „Musikalischen Compagney", Holger Eichhorn, von dem Streben nach der Utopie, Schütz und seine Zeitgenossen „aufzuführen" – eine Utopie, der man nur näherkäme durch „Lesen, Probieren, Lesen, Probieren".

Das Verdienst des Bremer Schützfestes liegt darin, einer relativ breiten Öffentlichkeit vor Augen und Ohren geführt zu haben, wie leichtfertig man vielerorts mit der „alten Musik" umgeht. Im unteren Saal des historischen Rathauses gab es erlesene Nachbauten von Instrumenten zu bestaunen, wie sie Michael Praetorius in seiner „Organographia" von 1619 abgebildet hat. Star der Ausstellung war ein rekonstruiertes sogenanntes Cembalo universale, das die amerikanische Werkstatt Keith Hill auf Anregung des Bremer Orgel- und Cembalospezialisten Harald Vogel gebaut hat. Es bietet 19 Töne pro Oktave, weil es – „mitteltönig", also terzenrein gestimmt – wie ein sensibler Streicher oder Bläser *zwischen* Cis und Des unterscheidet. Die schwarzen Doppeltasten sollen die „Wölfe" überlisten, deren „Heulen" das Modulieren innerhalb des terzenreinen Stimmungssystems arg behindert.

Allerdings: Die Tastatur bereitet dem Cembalisten, an 12 Tasten pro Oktave gewöhnt, erhebliche Schwierigkeiten. Die Sonntagsmatinee, die Kompositionen von Lasso, Bull, Schütz, Weckmann und Gesualdo gewidmet war, zeigte jedenfalls die vorläufige Überlegenheit fünf gehörempfindlicher Sänger, wenn es um die ungetrübte Wiedergabe kühner Akkord-Rückungen im Genus chromaticum geht.

Ins Rahmenprogramm des Schütz-Festes fielen ein den Stimmungsproblemen gewidmetes Symposion, eine Fahrt zu den historischen Orgeln in Stade, Lüdingworth und Langwarden sowie eine von Wolfgang Helbich geleitete, repräsentative Aufführung des Oratoriums „Jephta" des weiland Bremer *Domorganisten* Karl Martin Reinthaler. LUTZ LESLE

Neue Privatinitiative in Sachen Kunst – Der „Kunstraum Hamburg" zeigt Werke von Marino Marini

Sie haben die Herrschaft über die Tiere verloren

Tragisches Sinnbild der Unsicherheit: „Miracol" (1951/52), aus der Hamburger Ausstellung

Einer Privatinitiative kunstinteressierter Hamburger Bürger ist ein neues kulturelles Zentrum zu verdanken: der 1200 Quadratmeter große „Kunstraum Hamburg" auf dem Gelände der Bornhold-Werkstätten in Eppendorf, der mit einer umfassenden Retrospektive des italienischen Bildhaues Marino Marini (1901–1980) eröffnet wurde.

Ziel der neuen Initiative ist es, das Ausstellungsangebot in Hamburg durch bedeutende museale Sonderausstellungen und andere attraktive Projekte zu ergänzen, die von den Hamburger Museen aus räumlichen und finanziellen Gründen nicht wahrgenommen werden können und bisher an der Hansestadt vorbeigegangen sind. Die Organisation des „Kunstraums Hamburg" leitet im Zusammenwirken mit dem Einrichtungshaus *Bornhold* der *Galerist* Hans Barlach, ein Enkel des Bildhauers Ernst Barlach.

In den neugestalteten lichten Werkstatträumen, die zuvor mehrere Jahre lang brachgelegen hatten und nun in ein mustergültiges Ausstellungshaus verwandelt wurden, kommen Marinis Bronzeplastiken, Gemälde und Zeichnungen, die bereits im Frühjahr in der Residenz in München zu sehen waren, hervorragend zur Wirkung. Die nahezu zweihundert Exponate erscheinen im wörtlichen und übertragenen Sinne in ganz neuem Licht. Durch eine sinnvoll angeordnete Gegenüberstellung der entsprechenden Werke und Werkgruppen tritt auch der organische Zusammenklang von Malerei, Grafik und Plastik in Marinis Schaffen wie nie zuvor deutlich zutage.

Marinis Lebenswerk kreist um nur wenige Grundmotive, in denen sich überlieferte Elemente der Antike mit den Ausdrucksmöglichkeiten der Moderne auf eigenständige Weise paaren. Die bewegten Verschmelzungen von Pferd und Reiter, die sich zuweilen bis an die Grenze zum Abstrakten steigern, und die voluminösen, doch schwerelos anmutenden Aktfiguren des „Pomona"-Typs bilden ihre komplementären Pole, in denen das männliche und das weibliche Prinzip des Lebens sinnfällig verkörpert erscheinen. Alle anderen Motive – die Jongleure, Akrobaten, Tänzerinnen und Pferdegruppen – sind nur Varianten des gleichen Leitthemas. Hinzu kommen die eindrucksvollen Porträts, in denen es dem Bildhauer gelang, Persönlichkeiten wie Strawinsky, Chagall, Kokoschka, Arp oder Germaine Richier auf rein plastische Weise äußerst prägnant zu charakterisieren.

Ein Pathos des Ausgesetztseins erfüllt Marinis ganzfigurige Gestalten, *Grenzsituationen des gefährdeten* menschlichen Daseins sind in ihnen zu zeichenhaften Metaphern verdichtet. Meistens befinden sich Marinis Reiter in einer dramatischen Schwebe an der Grenze des Stürzens oder Abgeworfenwerdens.

„Sie haben die Herrschaft über die Tiere verloren", erklärte der Bildhauer selbst, „und die Katastrophen, denen sie erliegen, gleichen jenen, die Sodom und Pompeji vernichtet haben." Und immer wieder betonte der Künstler, daß seine Figuren nicht „heroisch", sondern „tragisch" seien – Sinnbilder für die totale Unsicherheit, die unsere abendländische Existenz kennzeichnet und der Marini mit seiner elementaren gestalterischen Kraft packenden Ausdruck verliehen hat.

Stets bleibt dabei auch das Echo der Antike in seinem Schaffen spürbar, das ihm aus seiner toskanischen Heimat vererbt wurde und das auch die exzentrisch deformierte Pathosgeste noch ausgewogen und formbe*wußt erscheinen läßt.*

Die Marini-Retrospektive endet in Hamburg. Die Werke gehen anschließend nach Florenz in ein neues Marini-Museum, das in der umgebauten Kirche San Pancrazio eingerichtet und voraussichtlich 1985 eröffnet wird. (Bis 30. Oktober; Katalog 35 Mark.)

HANNS THEODOR FLEMMING



Schwerelose Plastik: „Pomona" (1946) von Marino Marini
FOTOS: KATALOG

JOURNAL

Die 29. Konferenz europäischer Sinologen

dpa. **Tübingen**

Die Geschichte, Historiographie *und die Literatur* sind neben Fragen des modernen Rechts und der Wirtschaft Chinas Themen des 29. Kongresses europäischer Sinologen, der noch bis zum Freitag in Tübingen stattfindet. Auch über die erst jüngst entdeckten Anfänge des Zeitungswesens im China des 10. Jahrhunderts soll gesprochen werden. Eine Besonderheit der Tagung ist, daß sich unter den 150 Wissenschaftler Vertreter aus der Sowjetunion, aus der Volksrepublik China und Taiwan befinden, die sich damit zum erstenmal auf wissenschaftlicher Ebene begegnen.

Polnische Zeitschrift lobt „DDR"-Opposition

J. G. G. **London**

Die wegen ihrer Bemühungen um die deutsch-polnisch-jüdische Aussöhnung bekannte kulturphilosophische exilpolnische Monatsschrift „Przeglad Powszechny" (London) hebt in ihrer jüngsten Ausgabe die Verdienste konservativer Intellektueller, wie des FDA-Präsidenten Hubertus Prinz zu Löwenstein, oder von „DDR"-Oppositionellen wie dem Weimarer Arzt Dr. Koch bei Hilfsaktionen zugunsten des polnischen Volkes und der „Solidarność" hervor. Koch sei dafür zu 15 Monaten Haft bestraft worden. In einem Leitartikel beschwört der Herausgeber der Zeitschrift, der Jesuit J. Mirewicz, seinerzeit Gestapo- und KGB-Häftling, Deutsche und Polen, gerade jetzt „vom politischen Gegner gut und gerecht zu denken".

Unbekannte Gemälde von J. Ch. Rincklake

sch. **Münster**

Ein Porträt des Berliner Bildhauers Johann Gottfried Schadow gehört zu den neuentdeckten Gemälden von Johann Christoph Rincklake (1764–1813). Bislang galt es als das „Bildnis eines Unbekannten von unbekannter Hand". Das *Bildnis konnte im Rahmen der Vor*arbeiten für die Ausstellung „Johann Christoph Rincklake – Westfalens Gesellschaft um 1800" identifiziert werden. Gezeigt werden im Westfälischen Landesmuseum in Münster bis 4. November 150 Gemälde des seinerzeit geschätzten Bildnismalers, davon konnten ihm hundert neu zugeschrieben werden.

Schmuggelware aus dem 15. Jahrhundert

M. v. Z. **Ravenna**

52 volkstümliche Drucke aus dem 15. Jahrhundert wurden jetzt zwischen den Seiten kostbarer Codices der Biblioteca Classense in Ravenna entdeckt. Die seinerzeit hochgeschätzten Raritäten wurden wahrscheinlich als Schmuggelware in den ehrwürdigen Codices verborgen versandt. Die Drucke sind bis Ende September im Saal Manicalunga in Ravenna ausgestellt.

Wasserbüffel am Oberrhein

D. B. **Gernsheim**

Ein aufmerksamer Führer eines Baggerschiffes hat im Kies, den er vom Grund des Eicher Sees bei Gernsheim im Oberrheingebiet zutage förderte, den größten Teil des Hirnschädels eines vor mehr als 250 000 Jahren lebenden Wasserbüffels (Bubalus bubalus) entdeckt. Es handelt sich um den siebten Nachweis eines Wasserbüffels in Mitteleuropa. Wasserbüffel leben heute nur in Gegenden mit feuchtwarmem Klima in Asien und Afrika. In der von etwa 350 000 bis 250 000 Jahren vor heute währenden Holstein-Warmzeit des von starken Klimaschwankungen geprägten Eiszeitalters sind Wasserbüffel kurzfristig aus Südeuropa eingewandert.

Kunst aus Rheinland-Pfalz nach Korea

sch. **Seoul**

Die Arbeiten von acht *Künstlern* aus Rheinland-Pfalz werden in einer Verkaufsausstellung in der koreanischen Hauptstadt Seoul gezeigt. Sie kam durch Vermittlung des Malers H. G. Göbel aus Linz am Rhein zustande, der Vorstandsmitglied des Berufsverbandes Bildender Künstler und zugleich zweiter Vorsitzender der Deutsch-Koreanischen Künstlervereinigung ist.

Dreißigjähriger Krieg und Kaiser Napoleon

sch. **Stuttgart**

Baden-Württemberg plant zwei weitere historische Landesausstellungen. Im Zusammenhang mit der 600-Jahr-Feier der Universität Heidelberg 1986 soll „Südwestdeutschland zwischen Reformation und Dreißigjährigem Krieg" im Heidelberger Schloß dargestellt werden. Im Jahr darauf wird aus Anlaß des 125jährigen Bestehens des Württembergischen Landesmuseums eine Übersicht über „Napoleon, Baden und Württemberg" im Stuttgarter Alten Schloß gezeigt.

Biedere Hausfrau oder raffinierte Giftmischerin?

DW. Krefeld

Der Anklage-Vorwurf lautet auf drei vollendete und sechs versuchte Giftmorde im engsten Verwandtenkreis. Vermutlich wäre der Strafvorwurf erheblich höher ausgefallen, wäre die Pathologie schon in der Lage, Giftspuren an Leichen über einen längeren Zeitraum als 20 Jahre exakt zurückzuverfolgen. Die bieder wirkende 68 Jahre alte Hausfrau Maria Velten aus Krefeld, deren Prozeß heute beginnt, dürfte freilich jetzt schon als eine der gefährlichsten deutschen Giftmischerinnen gelten. Zu den Toten zählen drei ihrer Lebensgefährten.

Die Verbrechensserie über einen Zeitraum von rund 20 Jahren war mehr oder weniger durch Zufall aufgedeckt worden. Die mutmaßliche Mörderin hatte Ende '82, noch zu Lebzeiten ihres 86jährigen Gatten, unvorsichtigerweise gegenüber Verwandten bemerkt, ihr Mann dürfe nicht mehr dazu kommen, zur Bank zu gehen. Wenige Tage später starb der Greis. Familienangehörige gaben daraufhin der Polizei einen Wink, daß nicht nur dieser, sondern vermutlich drei weitere Partner der Frau vergiftet worden seien. Das erschien der Polizei zwar zu vage, immerhin begann sie, die finanziellen Verhältnisse der „Dame" unter die Lupe zu nehmen. Dabei entdeckte sie, daß die Verdächtige, sich mit einer falschen Unterschrift einen 8000-Mark-Kredit erschwindelt hatte.

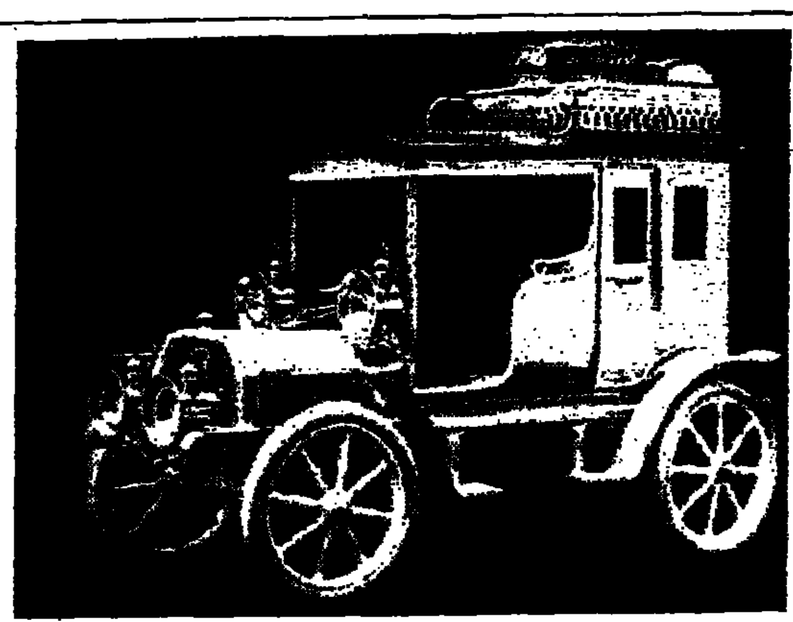
Jetzt kam die Lawine ins Rollen: Die Staatsanwaltschaft ordnete die Exhumierung des 86jährigen an: Vergiftung durch das Pflanzenschutzmittel E 605, ergab die Obduktion. 24 Stunden leugnete Maria Velten, dann gestand sie – nicht nur diese Tat: nun wurde ihr vorletzter Lebensgefährte ausgegraben. Resultat: Tod durch Gift. Den 76jährigen hatte die resolute Frau im März '80 mit vergiftetem Blaubeerpudding getötet, weil er sich an ihre Kinder „rangemacht" habe. Jetzt wurde der Vorgänger des 76Jährigen ausgegraben. Auch er starb gewaltsam.

Danach „fielen" der damals noch Beschuldigten weitere Versuche ein, Nahestehende aus der Verwandtschaft durch Gift beseitigen zu wollen. So will sie ihrem 77 Jahre alten Vater 1963 und ihrer 78 Jahre alten Tante 1970 Gift unter Arzneimittel gemischt haben. Beide Opfer starben kurz danach. Der Vater hatte ihr „zu viel genörgelt". In beiden Fällen schützte die lange Zeit die Frau vor entsprechenden Mordanklagen. Die Ärzte konnten das Gift nicht als Todesursache nachweisen.

Maria Velten, die bereits Urgroßmutter ist, galt Jahrzehnte als mustergültige Hausfrau. Sie hatte sechs Kinder großgezogen. Ihr erster Ehemann war im Zweiten Weltkrieg gefallen.



Immer auf der Höhe der Zeit, wenn ihr nicht gar voraus: Das Spielzeug aus Göppingen. Hier eine Dampflok aus dem Jahre 1902 und ein Auto von 1906.
FOTO: Märklin: Die grossen Jahre



Seit 125 Jahren ein Gespür für das richtige Gleis

Von EBERHARD NITSCHKE

Als 1859 – vor 125 Jahren – die erste Erdölquelle in den USA gerade angebohrt wurde, und Garibaldi für ein einiges Italien kämpfte, gründete der Klempnermeister Theodor F. Märklin in Göppingen eine Firma für Blechspielzeug. Der Vertrieb erfolgte mittels einer Kiepe, die eine Frau, sozusagen der erste weibliche Handelsvertreter, im Lande herumtrug. „Märklin" (Jahresumsatz 1983/84: 117,3 Millionen Mark) ist mit 1700 Mitarbeitern längst zum größten und ältesten Produzenten von Modelleisenbahnen in der Welt avanciert. Das Jubiläum wird heute in Göppingen gefeiert.

Schlagartig bekannt wurde die Firma 1891 auf der Leipziger Herbstmesse mit einer genialen Idee: Die Göppinger boten die erste genormte Spur an. Bis dahin hatte jeder Produzent von Spielzeug-Bahnen seine eigene Gleisbreite verwandt. Von Koordination keine Spur. Nichts war daher mit nichts zu kombinieren. Nun gab es ein festes Maß: „Spur I" war 48 Millimeter breit, „Spur II" 54 Millimeter.

Größere Spurweiten setzten sich nicht durch. Für Generationen entwickelte sich die „Spur 0" mit dem passablen Kreisdurchmesser von 60 Zentimetern als die „Runde" schlechthin. Weltweit zog die Konkurrenz nach.

Bis zum Ersten Weltkrieg war dieses Spielzeug, aus dem sich erst allmählich eine echte Modellbahn entwickelte, praktisch ein deutsches Monopol. Aber auch fortan lagen die Göppinger beim Wettlauf um entscheidende Neuerungen immer vorn – überspitzt, ließe sich sogar formulieren, war Märklin schneller als das nachzubauende Original. So setzte sich erst zögerlich im Deutschen Reich die Elektrizität durch – elektrische Eisenbahnen aber kamen von hier schon seit 1897. Als Kaiser Wilhelm II. 1903 auf der „Marienfelder Militärbahn" von Berlin-Zossen jenen elektrischen Versuchstriebwagen sah, der die damals atemberaubende Geschwindigkeit von 210,3 km/h erreichte, baute Märklin im selben Jahr das Gefährt nach. Längst noch nicht alle großen deutschen Städte hatten Elektrische Straßenbahnen, als sie schon für das Kinderzimmer geliefert wurden.

Eine „Liliput-Tischbahn" hatte man bei Märklin schon 1908 vorgestellt. Aber erst 1935, als es einen nicht publik gemachten Wohnungs-Fehlbedarf von 1,5 Millionen Einheiten in Deutschland gab und man „Einfamilienhäuser" baute, die eine Wohnfläche von nur rund 40 Quadratmetern hatten, kam der Durchbruch. Die „00"-Bahn, aus der die heute weltweit meistgefahrene Spur „H0" entstand, wurde Antriebskraft für ein neues Zeitalter des Modellbahn-Baus. Die Modellbahn wurde „stationär", sie mußte nicht mehr nach Weihnachten abgebaut werden, weil die Familie Platz brauchte.

Höhepunkte dieser Entickluug war die 1972 herausgebrachte kleinste Modelleisenbahn der Welt, die unter dem Namen „mini-club" auf nur 6,5-Millimeter-Schienen fährt und als „Erwachsenen-Eisenbahn" in Schreibtischfächern von Spitzenmanagern ihre Strecke genau so korrekt abmißt, wie notfalls in der Pralinenschachtel der reisenden Dame. Diese Bahn ist Märklins Wundermittel gegen den Pillenknick, der dem Haus dadurch zu schaffen macht, daß die Zielgruppe der Sechs- bis Zehnjährigen immer kleiner geworden ist.

Tradition drückt sich im Jubiläumsjahr unter anderem auch dadurch aus, daß die Symbol-Lok des Hauses, die schwere Schweizer Elektrolokomotive „Krokodil", deren Spur-I-Version 1935 den Spitzenpreis von 280 Mark kostete, neu aufgelegt wurde.

Wer eines dieser Oldtimer behalten hat, kann heute damit reich werden. Die Ertragssteigerung liegt bei 200 Prozent.

Im Göppinger Werksmuseum zeigt sich, was hier in 125 Jahren alles produziert wurde. Der Firmengründer begann mit Puppenherden und Weißblechausrüstung für Puppenküchen. Als im Jahre 1901 in Deutschland ganze 832 Personenkraftwagen mit Verbrennungsmotor gebaut worden waren, war Märklin mit „Motor Caleschen" schon seit 1900 auf dem Markt – ein Wagnis, weil man damals noch gar nicht absehen konnte, ob sich der neue Antrieb durchsetzen würde. Beim ersten Autorennen der Welt 1894 in Paris hatte ein dampfbetriebenes Fahrzeug vor den Benzin-Stinkern gesiegt.

Es ist dieser historische Hintergrund, der das Lokalereignis von Göppingen ins Licht zieht. In der Fabrik, die jetzt ihr höchst seltenes Jubiläum begeht, wurde der erste Spielzeug-Zeppelin fürs Kinderzimmer gebaut, gab es maßstabgetreue Spielzeug-Flugzeuge, als die Gebrüder Wright mit ihren fliegenden Kisten den Himmel eroberten. Hier wurde ein Kinder-Telefon auf den Markt gebracht, als die Deutsche Reichspost noch mit gereimten Lehrfibeln versuchte, den ersten Fernsprechern die Kunst der Mitteilung über Draht beizubringen. Schließlich wurde hier die Flotte für die „lieben Kleinen" gebaut, als deutsche Kinder nur im „Kieler Anzug" vorstellbar waren.

Zum Jubiläum dreht die Firma das Rad ihrer Geschichte eine Umdrehung weiter: sie präsentiert die digital-gesteuerte elektronische Modellbahn, die alles Drahtgewirr unter den Tischen überflüssig macht.

27 Monate für Berliner Gynäkologen

dpa, Berlin

Wegen Vergewaltigung und sexueller Nötigung einer Kollegin sind zwei Frauenärzte der Berliner Universitätsfrauenklinik gestern zu je 27 Monaten Haft verurteilt worden (s. WELT v. 10. 9.). Die Staatsanwaltschaft hatte je viereinhalb Jahre Freiheitsstrafe gefordert, die Verteidigung Freispruch beantragt. Sie kündigte Revision an. Nach Auffassung des Gerichts hatten die Angeklagten ihre Kollegin in der Nacht zum 22. Dezember 1983 in deren Dienstzimmer „bis hin zur Vergewaltigung" sexuell genötigt. Der Hilferuf des Opfers sei zwar gehört, aber nicht sonderlich ernst genommen worden. Während der Privatdozent die Frau festhielt, habe der Oberarzt den Geschlechtsverkehr vollzogen. In einer für die deutsche Rechtssprechung ungewöhnlichen Art und Weise hatten die Verteidiger die Urteilsverkündung unterbrochen, um neue Beweisanträge zu stellen. Das Gericht lehnte dies jedoch ab und rügte die „befremdende Unterbrechung".

Gefährliche Güter

dpa, Wiesbaden

Nach Angaben des Statistischen Bundesamtes wurden im vergangenen Jahr 230 Millionen Tonnen Gefahrgüter (explosive, entzündbare, giftige, radioaktive Stoffe) befördert. Dies waren 7,7 Prozent der Gesamttransportmenge von fast drei Milliarden Tonnen. Der größte Teil der gefährlichen Ladungen – 82 Prozent – gehört zur Gefahrenklasse drei „entzündbare, flüssige Stoffe". Dazu gehören vor allem Mineralölprodukte.

Schweizer Tempo

AP, Bern

In der Schweiz gelten vom nächsten Jahr an neue Geschwindigkeitsbegrenzungen. Drei Jahre lang darf dann auf Landstraßen nur noch 80 Stundenkilometer und auf Autobahnen nur noch 120 gefahren werden. Für diese Maßnahmen waren Gründe des Umweltschutzes maßgebend.

Capotes Nachlaß

AP, New York

Der kürzlich gestorbene amerikanische Schriftsteller Truman Capote hat ein Vermögen im Wert von 600 000 Dollar hinterlassen. Davon sollen sechs Prozent an Jack Dunphy, Capotes langjähriger Partner, als Jahresrente ausgezahlt werden. Nach dem Tod des Nutznießers wird eine Stiftung gegründet, die jährlich nach dem Vorbild des Pulitzerpreises einen Preis für Literaturkritik vergibt.

Neonröhre implodierte

dpa, Frankfurt

Der Brand im Offenbacher Stadtkrankenhaus ist offenbar von einer defekten Neonröhre ausgelöst worden. Zu diesem Ergebnis kam das Landeskriminalamt nach mehrtägiger Untersuchung. Wegen des Brandes mußten sämtliche 900 Patienten evakuiert werden.

Gouverneur verbrannt

dpa, Madrid

Bei einem Waldbrand auf der Kanareninsel Gomera sind gestern neun Menschen ums Leben gekommen, unter ihnen der spanische Zivilgouverneur. 17 Menschen wurden verletzt. Das Feuer breitet sich weiter rasend aus.

LEUTE HEUTE

Um Haaresbreite

Der 63jährige Berufsspieler **Vladimir Granec** ist gestern vom Landgericht München II vom Vorwurf des fortgesetzten Betrugs freigesprochen worden. Im überfüllten Sitzungssaal betonte Vorsitzender **Kurt Sonnenschein** allerdings: „Dies ist kein Freispruch wegen erwiesener Unschuld. Der Angeklagte ist einer Verurteilung so knapp entgangen, daß selbst das Wort Haaresbreite dafür zu schwach ist." Die Staatsanwaltschaft hatte fünfeinhalb Jahre Haft und 100 000 Mark Geldstrafe gefordert. Sie war davon überzeugt, daß der „Roulettkönig" das Kasino von Bad Wiessee durch Manipulationen an den Spieltischen um 6,7 Millionen Mark erleichtert hat.

Künstliche Plasmawolke im All erzeugt

AP, München

Zum ersten Mal ist nach Angaben der Max-Planck-Gesellschaft eine künstliche Plasmawolke im All erzeugt worden. Bei dem deutsch-amerikanisch-britischen Gemeinschaftsprojekt erhielt um 9.15 Uhr der in 100 000 Kilometer Höhe kreisende deutsche Teilsatellit das Kommando, zwei mit Lithium-Metall und Kupferoxid gefüllte Behälter abzuwerfen, die durch eine Explosion zehn Minuten später 500 Gramm Lithium-Dampf freisetzten.

Das Experiment, das vom Garchinger Max-Planck-Institut für extraterrestrische Physik vorgenommen wurde, dient der Erforschung des Sonnenwindes und dessen Wechselwirkung mit dem Magnetfeld der Erde.

Durch die Lithium-Wolke und deren Verteilung im All versuchen die Forscher, die Bewegung dieses Windes herauszufinden. So habe die interessanteste Phase des Versuchs auch erst zwei Stunden nach Freisetzung des Lithiums begonnen, erklärte der Leiter des Instituts, Gerhard Härendel. Erst dann träfen die Lithium-Ionen im Sonnenwind bei dem innerhalb des Erdmagnetfeldes postierten amerikanischen Plasma-Diagnose-Satelliten ein. Sie liefern Aufschlüsse darüber, wie von der Sonne stammende Plasma-Teilchen vom Magnetfeld der Erde eingefangen werden.

Das Freisetzen der Lithium-Wolke war das erste einer Reihe von sieben Verdampfungsexperimenten, bei denen die Forscher das Weltall als „Labor ohne störende Wände" benutzten. In der Zeit um Weihnachten soll als Höhepunkt der Versuche ein künstlicher Komet aus Barium-Plasma erzeugt werden, der jedoch nur vom Pazifikraum und vom Westen Amerikas aus zu sehen sein wird.

Sonnenwinde wurden erstmals 1959 nachgewiesen. Dabei handelt es sich um einen ständig von der Sonne ausgehenden Partikelstrom aus Wasserstoff- und Heliumionen, der in Erdnähe eine Geschwindigkeit von 400 Kilometer pro Sekunde erreicht.

Gefängnis der Hansestadt meldet regen „Ausgang"

Drei Häftlinge verschwanden nacheinander aus Fuhlsbüttel

PETER ZERBE, Hamburg

Zwei Mörder und ein Schwerbrecher aus der Strafanstalt Fuhlsbüttel werden gegenwärtig im gesamten Bundesgebiet gejagt: Am Dienstagvormittag war der 42jährige Jürgen-Siegfried Kempski mit Waffengewalt befreit worden, als er gefesselt und von zwei Justizbeamten begleitet in das Krankenhaus Barmbek zur Augenuntersuchung gebracht wurde. Vom Urlaub nicht wieder ins Gefängnis zurückgekehrt sind der 37jährige Werner Alexander Fischer (Mord) und der wegen schweren Raubes verurteilte Werner Schlüter (27).

Damit hat der „humane Strafvollzug" in Hamburg einen schweren Rückschlag erlitten. Justizsenatorin Eva Leithäuser hat nach Ansicht der oppositionellen CDU den Strafvollzug nicht mehr im Griff. „Unter dem Deckmantel falsch verstandener Liberalität vermissen wir die gerade in diesem Bereich erforderlich strenge Dienstaufsicht." Der Rechtsausschuß der Bürgerschaft, das Hamburger Landesparlament, wird sich demnächst mit dem Strafvollzug beschäftigen.



Befreit: Mörder Kempski; verschwunden: Mörder Fischer FOTOS: AP

Der am Dienstag gegen 10.30 Uhr auf ungewöhnliche Weise befreite Mörder Kempski war 1964 zu einer lebenslangen Zuchthausstrafe verurteilt worden, die 1967 auf dem Gnadenwege in eine Freiheitsstrafe von 20 Jahren umgewandelt wurde.

Durch eine weitere Begnadigung wurde Kempski 1976 aus der Haft entlassen. Nach einer Geiselnahme wurde er erneut im April 1980 verhaftet und die Begnadigungen widerrufen. 1982 folgte wegen erpresserischen Menschenraubes eine weitere Freiheitsstrafe von elf Jahren. Während der Verhandlung konnte der Verbrecher entkommen, stellte sich aber fünf Tage später der Polizei. Für ihn waren umfangreiche Sicherheitsmaßnahmen angeordnet worden. So durfte er die Haftanstalt nur gefesselt und in Begleitung von zwei Justizbeamten verlassen.

Das reichte nicht: In der Ambulanz der Augenklinik Barmbek trat plötzlich ein Mann mit Strumpfmaske auf und bedrohte die beiden Beamten mit einem Revolver. In einer Tasche hatte er zweiten bei sich – für Kempski. Beide Ganover verschwanden – bisher jedenfalls – auf Nimmerwiedersehen.

Bereits seit Freitagabend wird ein zweiter Mörder aus Hamburg gesucht. Er war nach einem Hafturlaub nicht mehr nach Fuhlsbüttel zurückgekehrt. Fischer stammt aus begütertem Hause und wurde von der Anstaltsleitung wegen seines disziplinierten Auftretens mit gelockerten Haftbedingungen belohnt. Wegen seiner guten Führung hätte er in weniger als drei jahren aus der Haft entlassen werden können. Daß er zu den Fahrten ins Krankenhaus und in den ihm zustehenden Urlaub Autos der Nobelmarken Mercedes und Porsche fuhr, die vor der Strafanstalt parkten, fiel der Justiz erst kürzlich auf.

Fischer war im April dieses Jahres im Gefängnis ins Gerede gekommen, als er von Häftlingen beschuldigt wurde, mit Rauschgift zu handeln. Im Mai offenbarte er sich und erhob Beschuldigungen gegen andere, auch gegen Mitarbeiter der Anstalt. Ein Beamter wurde verhaftet. Damit noch nicht genug: Seit vorgestern wird nun noch ein dritter „schwerer Junge" vermißt. Er war gleich vom ersten Ausgang nicht zurückgekehrt.

Kopfloser Clan findet sein Oberhaupt

SIEGFRIED HELM, London

Seit 240 Jahren war der schottische Clan der Nicolsons kopflos. Jetzt hat er wieder ein Haupt. Dazu hat ihm ein englischer Hobby-Genealoge verholfen. Anspruch auf den Titel „Chief" des Clan Nicolson hat ein gewisser Sir David Nicolson (64), Anwalt in London, der noch nie einen Kilt getragen hat, geschweige denn wußte, daß er in direkter Linie von einem jener absoluten Herrscher der Highlands abstammt, die die Legende verklärt hat, obwohl sie die blutrünstigsten Feudalherren Europas waren, bis die Engländer deren Macht 1746 in den Schlachten von Culloden brachen.

Seitdem waren Amt und Würde des Nicolson Chief verwaist. Das gälische Wort „Clann" bedeutet Kinder. Alle Mitglieder eines Clans leiteten ihre Herkunft von einem gemeinsamen Ahnherrn her, dessen Namen sie tragen. Die Clans der Campbells, MacDonalds sowie viele andere halten noch heute regelmäßig ihre Treffen ab, wozu die Mitglieder aus aller Welt anreisen.

Jetzt sollen auch wieder die Nicolsons auf der Burg von Stirling zum markerschütternden Genäsel der Dudelsackpfeifer der alten Zeiten gedenken, als ein Chief noch das Recht hatte, einen Missetäter am nächsten Baum aufknüpfen zu lassen, und als ihre Vorfahren sich bei ihren ewigen Querelen zur Ader ließen.

Das frisch entdeckte Oberhaupt der Nicolsons gestand: „Ich weiß noch nicht, wie es derzeit um meinen Clan bestellt ist. Aber wenn sich in den Nicolsons der alte Clan-Funke wiederbeleben läßt und es zur Bildung eines Organisationskomitees kommt, dann bin ich bereit, bei der Führung des Clans eine aktive Rolle zu spielen." Sir David stammt aus einer angesehenen Familie, die hohe Offiziere und Diplomaten hervorgebracht hat. Sein Anspruch auf die Würde des Chief wurde inzwischen vom Adelsgericht Lyon Court bestätigt. (SAD)

WETTER: Veränderlich

Wetterlage: Der über Deutschland angelangte Tiefausläufer verlagert sich ostwärts und beeinflußt dabei den Norden Deutschlands. Im Süden überwiegt Hochdruckeinfluß.

12. September 1984, nachm. Deutscher Wetterdienst

Vorhersage für Donnerstag:
Veränderliche, im Süden mehr aufgelockerte, im Norden zeitweise stärkere Bewölkung, dabei über Norddeutschland geringe Niederschlagsneigung, sonst weitgehend niederschlagsfrei. Tageshöchsttemperaturen zwischen 14 und 19 Grad. Nächtliche Tiefstwerte um 10 Grad. Im Norden mäßiger bis frischer, sonst schwacher Wind aus westlichen Richtungen.

Weitere Aussichten:
Von Westen her wieder unbeständig bei etwas höheren Temperaturen.

Temperaturen am Mittwoch, 13 Uhr:

Berlin	14°	Kairo	34°
Bonn	14°	Kopenh.	14°
Dresden	13°	Las Palmas	23°
Essen	14°	London	19°
Frankfurt	16°	Madrid	21°
Hamburg	14°	Mailand	21°
List/Sylt	14°	Mallorca	25°
München	14°	Moskau	12°
Stuttgart	14°	Nizza	23°
Algier	27°	Oslo	12°
Amsterdam	15°	Paris	19°
Athen	26°	Prag	12°
Barcelona	23°	Rom	24°
Brüssel	17°	Stockholm	13°
Budapest	19°	Tel Aviv	33°
Bukarest	21°	Tunis	25°
Helsinki	11°	Wien	13°
Istanbul	24°	Zürich	15°

Sonnenaufgang* am Freitag: 6.55 Uhr, Untergang: 19.39 Uhr; **Mondaufgang:** 21.14 Uhr, Untergang: 11.05 Uhr
*in MEZ, zentraler Ort Kassel

ZU GUTER LETZT

Statt der für das zweite Geschäftsjahr als AG in Aussicht gestellten 15 DM Dividende werden die Aktionäre der SM Software AG, München, 1984 aller Voraussicht nach leer ausgehen. Auch ob für 1985 eine Dividende in dieser Höhe gezahlt werden kann, steht noch in den Sternen. Aus der „Süddeutschen Zeitung".